

Nr. 36 / 4 - 1988 3,-

AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN

Business-Glas ist unser Standard



REDAKTIONEN:

Regionalredaktion Frankfurt:
(Einschreiben, Pakete o.ä.:
z.Hd. **P.Schmidt**
c/o Libertäres Zentrum
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt

Redaktionstreffen: dienstags ab 19 Uhr

Regionalredaktion Göttingen:
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

AKTION und Regionalredaktion Hamburg:
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 4

Regionalredaktion Rhein-Ruhr:
c/o Libertäres Zentrum
Essensberger Sr. 100
4130 Moers

Regionalredaktion Darmstadt:
Postlagerkarte 010093 B
6100 Darmstadt
oder
Infoladen
c/o Aktionsgemeinschaft Umweltschutz
Lauteschlägerstraße
6100 Darmstadt

VisdP: **Petra Schmidt**

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und schon gar nicht die des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Der Gerichtsstand ist Frankfurt.

Konto:
W. Zoubek
Postgirokonto 4909 30-607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

ABO:
5 Ausgaben 15.-DM
10 Ausgaben 30.-DM
Überweisungen mit der Angabe der ersten zu sendenden Nummer auf unser Konto oder mit Scheck. Absender nicht vergessen!
WiederverkäuferInnen erhalten 30% Rabatt zuzüglich Porto.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

EDITORIAL

"Sssöörpreieisss!!!" Diese AKTION ist anders als ihre Vorgängerinnen, denn die AKTION Nr. 36 wurde nicht - wie üblich - in Frankfurt zusammengestellt sondern in Hamburg!
Warum?
Nun, innerhalb der Frankfurter Redaktion gab und gibt es mehrere Probleme, die zusammen dafür sprechen, die Endredaktion der Zeitung vorübergehend abzugeben. Die AKTION Nr. 36 konnte von uns Hamburgern halt schneller gemacht werden als von den FrankfurterInnen. Die nämlich hatten a) "Personalmangel" wg. Urlaub, b) kein Libertäres Zentrum mehr, daür jede Menge Gespräche wg. einem neuen Zentrum (siehe S.17) und c) eine existenzielle Diskussion, vor deren vorläufigen "Ende" wohl keine vernünftige Redaktionsarbeit geleistet werden kann. Wohlgemerkt, der frühe Zeitpunkt des Erscheinens der AKTION war ausschlaggebend. Es ging und geht nicht darum den (Hamburger) Deckel auf (Frankfurter) Diskussion zu halten.
Was jetzt dabei herausgekommen ist, sind 44 Seiten, auf die wir Hamburger schon ein bischen stolz sind, auch wenn fast die Hälfte der Beiträge aus unserer Stadt kommen. Wir waren nicht in der Lage, mehr internationale Texte zu beschaffen. Die besondere Länge des Flora-Artikels hängt nicht mit dem Ort der Endredaktion zusammen, sondern ist Ausdruck der Bedeutung dieser neuen Auseinandersetzung, die uns sicher noch lange beschäftigen wird.
Aber auch zwei weitere Dinge kamen bei unserer Arbeit an dieser AKTION heraus. Zum einen verstehen wir selbst diese Nummer nicht als Not- oder Sommerlochausgabe. Wir haben bei dieser Ausgabe von vorneherein versucht, den Standard zu halten, der bisher erreicht wurde (Danke! Die FrankfurterInnen). Eine Not- und Sommerlochausgabe hätten wir auch mit 28 Seiten und drei Wochen früher machen können. Die bundesweite AKTIONsredaktionsdiskussion um Dezentralisierung der Strukturen und Rotation der Zusammenstellung der Zeitung ist zwar schon älter, aber wir waren dennoch relativ unvorbereitet, als wir die Endredaktion übernahmen. Inzwischen sind wir durchaus mit unseren Aufgaben gewachsen und fühlen uns für künftige Arbeiten dieser Art besser gewappnet.
Zum anderen ist diese Ausgabe keine "Ausweich"-Nummer. Die Infokanäle in unseren Zusammenhängen sind inzwischen gut genug, auch überregional Nachrichten von-Mund-zu-Mund zu transportieren. Sie sind aber noch nicht gut genug, die Informationen dabei **nicht** zu verfälschen bzw. zu färben.
Nach der Lektüre dieses Editorials und des leider meist unerfreulichen Restes der Seiten freuen wir uns auf eure Reaktionen für die nächste AKTION.

Eure Hamburger AKTIONäre

REDAKTIONSSCHLUSS:
26.9.1988





'O + VORABINFO + VORABINFO +

NPD plant Großkundgebung in Frankfurt

Die NPD plant für den 15. Oktober zwei "Großkundgebungen" für Frankfurt. NPD-Aufmärsche dieser Art sind in Frankfurt noch in schlechter Erinnerung. 1978 zerschlug die Polizei mit äußerster Brutalität eine Demonstration gegen eine NPD-Kundgebung. 1979 wurde eine Demonstration gegen einen erneuten NPD-Aufmarsch von Wallmann verboten, und dies obwohl der DGB mit dazu aufgerufen hatte! Trotz des Verbotes versammelten sich 40 000 AntifaschistInnen in Frankfurt und verhinderten die Naziveranstaltung. Frankfurt wurde nicht zur "Hauptstadt der Bewegung".

In der folgenden Zeit kam es bei Nazikundgebungen, Aktionen und Versammlungen immer wieder zu Auseinandersetzungen. Auf welcher Seite die Bullen stehen, haben sie in den letzten Jahren mehr als deutlich bewiesen. Am 28.09.85 wurde Günther Sare bei einer Demonstration gegen eine NPD-Versammlung im Gallusviertel von einem Wasserwerfer überrollt und getötet.

Zum Aufmrasch am 15.10.88

Als Hauptredner bei den beiden Kundgebungen ist der Exbulle, NPD-Senkrechtstarter und mittlerweile stellvertretender Vorsitzender der NPD, Jürgen Schützinger eingeplant. Er ist zur Zeit einer der gefragtesten Redner seiner Partei.

Schützinger: "Wenn ich etwas gegen Skinheads hätte, müßte ich ja gleich etwas gegen Bartträger haben..."

Auf nach Frankfurt

Samstag, 15. Oktober 1988

2 Großkundgebungen

(Redner u. a. Jürgen Schützinger, stellv. Parteivorsitzender) mit Demonstration.

Treffpunkt: bis 12 Uhr Festplatz vor der Eissporthalle

Auftakt zum Kommunalwahlkampf.

Frankfurt muß eine deutsche Stadt bleiben!

Nationale Demokraten in den Römer!

Wir vermuten, daß die Faschos von der Frankfurter Eissporthalle, dem Haupttreffpunkt der geplanten Demonstration, in die Innenstadt marschieren wollen. Dies gilt es zu verhindern!

Zahlreiche militante Neonazis werden Ordnerfunktionen übernehmen. Wie bereits bei anderen Gelegenheiten dieser Art ist mit bestens ausgerüsteten und ausgebildeten Schlägern zu rechnen, die jederzeit im Stande sind, Gegendemonstrationen zu überfallen und schwere Auseinandersetzungen zu provozieren. Im Schutz des NPD-Aufmarsches werden auch andere Nazi-Organisationen versuchen, ihre Propaganda zu verbreiten.

Es ist nötig, daß wir am 15. Oktober 1988 massenhaft in Frankfu.t sind, um die Nazi-Show zu verhindern.

▶ FORTSETZUNG AUF SEITE 42

Treffpunkte und Uhrzeiten für Gegenaktionen werden noch rechtzeitig bekanntgegeben!







Der Aufhänger für diesen Text ist der Artikel von Spiegelbruch in der Aktion 1/1988. Ich sehe meine Antwort weniger als Kritik o.ä., sondern eher als Versuch einer Fortführung oder Erweiterung. Im Nachhinein stelle ich fest, daß die ganze Geschichte etwas chaotischer geworden ist, als ich geplant hatte. Der/die geneigte Leser/in möge mir verzeihen.

zu: "Der Zusammenbruch des Kapitalismus" 1/88

Die Legitimationsbasis dieses Systemes, das Versprechen der Herrschenden, für genügend Arbeit und damit Privateigentum zu sorgen beginnt zu zerbrechen. Immer mehr Menschen fangen an, die Ursachen für das ganze Dilemma der Menschheit zu sehen. Nicht nur in der Arbeiterklasse, die auf Grund unserer "jüngsten Vergangenheit" eh kaum noch vorhanden ist, sondern in allen gesellschaftlichen Gruppierungen.
Das Kapital hat diese Entwicklung längst wahrgenommen - logischerweise natürlich auch, weil es die Ursache dafür ist. Es verlegt sich darauf, die Arbeit durch das Private abzulösen. Es betont die Wichtigkeit des Privatlebens, der persönlichen Selbstentfaltung. Dazu muß mann/frau sich nur die Begründung für die Einführung der Teilzeitarbeit u.s.w. anschauen. Die Vertreter des Neokonservatismus ziehen jetzt nach. Die Aufkündigung des Tauschgeschäftes *Arbeit* gegen *Gehorsam* durch das Kapital macht eine Veränderung der Legitimationsbasis nötig: Dies ist der Sprung von der Industriegesellschaft in die Mediengesellschaft.
Und an diesem Prozess muß die Arbeit der Linken ansetzen. Die Linke muß klarmachen, daß mit dieser Veränderung nicht nur die Arbeit eines Menschen, sondern auch sein Privatleben vermarktet wird. Daß, mit anderen Worten, das gesamte Leben einer permanenten Ausbeutung unterworfen wird, wobei zu bedenken ist, daß all dies jetzt schon läuft.
Um die Veränderung im Sinne des Kapitals und seiner Hampelmänner zu verhindern, ist die Erarbeitung eines aktiven Gegenentwurfs zum Neokonservatismus nötig. Es darf keine weitere Selbstbeschränkung auf *Arbeit* als Dreh- und Angelpunkt des menschlichen Lebens geben. Stattdessen muß dem Privatismus der Neokonservativen ein Sozialismus entgegengesetzt werden, der sich auf alle Lebensbereiche erstreckt.
Diese Sozialisierung des Lebens kann nur über das Niederreißen von Normen unserer Kultur erreicht werden, denn genau diese stehen diesem Prozeß entgegen. Der Weg dorthin ist aber kaum durch eine Revolution zurückzulegen. Viel wirksamer ist ein eigenes Vorleben der Utopie und Einwirken auf die Umgebung. Die Schranken zwischen Privatleben und Politik müssen fallen - also die Schranken in uns selbst, die wir durch unsere Sozialisation in uns tragen.
Diese Arbeit an uns selbst und die Arbeit nach außen bedingen einander, sie kosten Mühe - mehr und bessere Kraft, als ein purer Aktionismus in uns aufbauen kann. Die Anarchie fängt im eigenen Leben an.
Um dieses zu tun, ist vor allem ein starkes soziales Netz notwendig, welches unsere Arbeit unterstützt und multipliziert. Vor allem deshalb, um jene aufzufangen, die aus ihren anarchistischen Höhenflügen zu hart auf dem Boden der Realität aufschlagen. Eine solche Vernetzung und Organisation unserer Strukturen muß noch geschaffen werden.
"Die Organisationsdebatte muß weitergeführt werden."

(Zitat Spiegelbruch)

Berlin, März 1988 Anonymus



Immer wieder gehts so ziemlich ums gleiche. Unter uns gibt es denn auch Uneinigkeit, ob auf das Gleiche immer wieder ziemlich gleich reagiert werden muß. Ermüdungserscheinungen streiten da mit dem Willen zur Kontroverse. Denn so sehr wir uns konstruktive Auseinandersetzungen über Methoden und Ziele sozialrevolutionärer Politik wünschen - auch und gerade über die im ganzen produktive Diskussion innerhalb der FAU hinaus - , so frapierend festgefahren erscheint das Bedürfnis bestimmter anarchistischer Kreise zu sein, die FAU in irgendeine verstaubte und verkalkte Ecke zu stellen, zu diskreditieren. Unsere Erwiderungen geraten auf diese Weise oft sowohl zu Wiederholungen als auch unter Rechtfertigungs- und Legitimationsdruck. Eine denkbar schlechte Voraussetzung für offene Diskussionen.
Anlaß zu diesen Zeilen ist das Interview mit "der FAU" in der "Aktion" (Nr.35/3-88) im Zusammenhang mit den fortgesetzten Anpissereien aus dieser Zeitung (Der frankfurter Mist, der hamburger Tipper). Es soll hier um das Klima für produktive Kritiken und Diskussionen gehen. Nicht um die so-und-so-vielte Wiederholung von Ausführungen dazu, daß eine Polarisierung von Betriebsarbeit statt "sozialer Bewegung" genauso unsinnig ist, wie Alltag statt Klasse. Daß Anarchosyndikalismus immer schon viel mehr bedeutet hat, als nur "anarchistische Gewerkschaft". Ganz zu schweigen von Antworten auf Spitzfindigkeiten wie: warum das koordinierende Komitee auf nationaler Ebene "Nationalkomitee" heißt. Oder warum die Fluktuation in der frankfurter FAU-Gruppe so hoch ist - offenbar ein Novum in anarchistischen Gruppen!! Und schließlich Fragen wie: warum die FAU noch keine Massenorganisation ist, in den meisten Betrieben noch nicht offen als Organisation auftritt und noch keine Massenstreiks organisiert?!! Da scheint keine Frage zu dumm, keine Polemik zu plump zu sein, um Fronten im eigenen Lager aufzubauen.
In der "Direkten Aktion" (Nr.68,2/88) haben wir von Hamburg aus versucht, den FLI-Thesen vom "Verfall der Arbeit" unsere Positionen gegenüberzustellen. Dieser Gegenüberstellung lag die gleiche Frage zugrunde, die wohlwollend aus den Fragen der (frankfurter)"Aktion" herauszulesen ist: die nach der Aktualität des Anarchosyndikalismus. Es wäre zunächst ungeheuer produktiv, wenn auch die "Aktion" sich in ihrer inhaltlichen Kritik auf diese - oder eine der übrigen, recht zahlreichen Positionsbestimmungen der letzten Jahre - beziehen würde, statt auf versteinerte Vorurteile. Bei fortgesetzter Nicht-Befassung mit unseren Antworten auf Kritiken könnte sonst leicht der Eindruck entstehen, es ginge gar nicht um Auseinandersetzung, sondern eben nur um Anpisserei. Eben nur darum, ein privates Mütchen zu kühlen. Den Leitsatz: "Das Private ist politisch" haben wir bisher anders verstanden. Grundlage einer produktiven Auseinandersetzung wäre also erstmal die echte Frage nach Zustand und Entwicklung einer Gruppe/Organisation. Richtigstellungen, die bei einem Interesse aneinander längst überflüssig wären, sind entnervend. Noch entnervender solche, die bewußten Falschmeldungen folgen müssen. Es gibt genügend Mißverständnisse unter uns, die ernsthaft zu klären wären.

Weiterhin wäre ein Ausgangspunkt, sich nicht aus einem "Vakuum" gegenseitig zu beschießen, sondern sich auf die gleiche Ebene miteinander zu begeben. D.h. konkret, daß z.B. aus der "Aktion" immer wieder Kritik am "formalistischen Organisationsansatz" der FAU kam, aber nie die Frage behandelt wurde, wie verbindliche, libertäre Organisations- und Diskussionsstrukturen bundes- oder weltweit gefestigt werden können ohne eine Einigung auf formale Strukturen der Basisdemokratie? (Stimmt, wenn man/frau von Nick van Offenseins Artikel "Über die Diktatur von informellen Strukturen" in Aktion, No.28, einmal absieht, d. Tipper) Wie kann ich ansonsten sicherstellen, daß keine verbindlichen Beschlüße in meiner Abwesenheit über mich hinweg gefällt werden? Also bittesehr eine konkrete Organisationsdebatte, die mehr ist, als eine allgemeine, abstrakte Willenserklärung.
Da liegt eine traurige Ironie drin, daß einerseits in der BRD libertäre u. autonome Organisations- und Informationsansätze beschissenerweise immer wieder stecken bleiben (Infozentren gehen wieder ein, Rundbriefe funktionieren nicht, Gruppen lösen sich wieder auf), und andererseits funktionierende Strukturen - wie die der FAU - teilweise irrationalsten Angriffen

REAKTIONEN

★

seitens der AnarchistInnen ausgesetzt sind.

Ich will es aber nicht bei diesen moralisierenden Ausführungen zu Umgangsformen belassen. Ganz ohne Frage trägt unser eigener polemischer Stil auch nicht immer zum besten Klima in Diskussionen bei.
Deshalb laden wir alle Interessierten aus der "Aktion" zwecks offener Diskussion ihrer Kritiken und - mehr noch - ihrer eigenen Strategien und konkreten Vorschläge, nach Hamburg ein. Selbstverständlich bei freier Kost und Logis! Einen passenden Termin müssen wir mit ihnen noch absprechen. Bis dann

B. Marley, FAU-Hamburg



Ist Rheinhausen der erste große "Knick" des realen Kapitalismus, wie Spiegelbruch schreibt? Deren Vorläufer gab es schon einige: so die Krise der AEG, der Werften - darunter der Weser AG - u.s.w. So wie es aussieht ist Rheinhausen (nach Rattingen) zum ersten Mal ein Symbol geworden - und dies einer- und andererseits.

Ein kapitalistisch relativ stabiles Land wie die BRD erhält somit auch im Stahlbereich eine "Kerbe", denn warum sollte es nur die anderen treffen wie Frankreich oder England. Sind dies die ersten Gewitterwolken, das Barometer der abwärtsrasenden Welle der Wirtschaft und Politik?
Rheinhausen ist auf jeden Fall der Bevölkerung außerhalb des Revier "bekannt". Nur noch die "Häusle-Bauer" im Späth-Kapitalismus erfreuen sich (noch) einer stabilen Haltung. Doch auch hier knirscht es im Gebälk: wo doch Porsche Absatzschwierigkeiten hat - und was soll Daimler machen, wenn infolge Arbeitslosigkeit die Käufer ausbleiben?
Vielleicht sind deshalb die süddeutschen Autonomen es, die so vorpreschen - vom Reagieren zum Agieren. Genauso, wie am 27.2.1988 etwa Hunderttausend ArbeiterInnen in Stuttgart gegen die Sozialpolitik demonstrierten - von wegen totgesagter ArbeiterInnen-Bewegung. Sorgt der Roboter im Schwabenländle für Nachdenklichkeit? Schaffe, schaffe, und trotzdem zeigt Schwabens Maschinenbauindustrie, daß durch Rationalisierung nicht mehr Arbeitsplätze entstehen. So vernichtete allein der Krupp-Konzern in Duisburg über 12000 Arbeitsplätze.
Es wäre an sich nicht schlecht, durch bessere Rationalisierung weniger zu arbeiten. Doch die Widersprüchlichkeit von Mr. Kapital läßt selbst im Ruhrgebiet dies nicht zu, solange "Wir" zusehen. So malochen auf der anderen Seite des Ruhrgebietes bei Thyssen, Duisburg, die Stahlwerker Überstunden, wärend die in Rheinhausen in Skepsis und Zorn um ihre Arbeitsplätze zittern.
Und was nicht alles läuft: SchülerInnen machen eine Menschenkette ums Stahlwerk oder gar durchs Ruhrgebiet - Händchen halten bis nach Bonn zur Kanzlerrunde. Da kämpfen alle und (nanu) selbst die DKP bezw. MSB (Rote Blätter) entdecken die Autonomen. Was, wenn sich die Autonomen drüben eines besseren belehren lassen? Doch belassen wir es bei den "Autonomen".
So treffen sich 4 bis 500 von ihnen, vom Stahlwerker bis zur Hausfrau, vom Pfarrer bis zum Anarchosyndikalist. Dies sollte auf keinen Fall übersehen werden, denn wo gab es noch soviel Bewegung eines inzwischen für Tot erklärten Proletariats?
Auch ein regionales TV-Programm (in diesem Sinne Glück Auf und guten Abend - Wie wärs mit einem libertären Videoprogramm?), von ArbeiterInnen selbst gestaltet, gibt es, ein kleiner Schritt in Richtung Selbstbetätigung. Deren weitere könnten eines Tages zur Selbstverwaltung führen. Doch dazu müßten die großen Stützen des Staates noch einen "Knick" bekommen.
Was ist, wenn im Ruhrgebiet ein Machtvakuum entsteht? Sicher so bald nicht. Doch zumindest hat es angefangen. Nicht umsonst das Gerede von der Staats- und Politikverdrossenheit. Noch halten die Stützen, manches schwankt noch nicht bedenklich, dennoch hoffen nicht wenige, daß der Tanker wieder auf Kurs kommt.
Immerhin, in Rheinhausen, einer bürokratischen Gewerkschaftshochburg, regt sich die Basis. Was wäre, wenn 60 000 Mitglieder der IGM Duisburg zur Direkten Aktion übergingen? Sogar ein Steinkühler bekommt sein Fett ab. Denn was er verspricht, ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. So erhält ein starkes Stück SPD-IGM einige rot/schwarze Risse.



Frei nach dem Motto: "Es lebt noch eine Flamme", wenn auch ihre augenblickliche Intensität eher die einer Sparflamme ist als ein Feuer wie in Puerto Real.
Doch wo bleibt die Solidarität mit der Hafenstraße? Hier fehlt sicherlich eine wichtige Verbindung zu einer Linken. Diese hat erst in den letzten Jahren Einfluß auch im Betrieb durch linke GewerkschafterInnen gewinnen können, selbst wenn diese aufpassen mußten, nicht gleich wieder zur Hintertür hinausgeworfen zu werden - wie es mit Gewerkschaftern bei BMW in Westberlin fast passiert wäre.
Zu einem starken Stück Kapitalismus gehört ein starkes Stück Solidarität und Nerven wie Drahtseile. Selbst dann, wenn sich, wie in Rheinhausen, ein paar "Knoten" lösen (wilde Streiks u.s.w.), um uns zu befreien, sind die Herrschenden auf der Hu(e)t(te).
Die Pazifizierungswelle rollt, hieß es so "schön" in der letzten "Direkten Aktion". Selbst der Bulle ist ein "Kumpel". So kommen jetzt die Stahlwerker in den Genuß der 36,5-Stunden-Woche, um ihren Zorn zu bremsen. Es wird dann noch schwieriger, da "noch ein Brikett draufzulegen", wie die FAU meint. Doch die Glut wird ausreichen, das die abhängig Beschäftigten Rheinhausen nicht allein stehen lassen. Der Hüttenbär und wir Anarchos/as werden uns manches mal eher die Wunden lecken als den Honig der sozialen Revolution; gemeinsam mit allen Außenstehenden, die auf den Tag X warten.

Die Bilanz der jetzt erfolgten Aktionen sollte uns ermutigen, trotz aller Bestätigungen, das Rheinhausen nicht zu halten ist. Allein, das der Begriff "Vergesellschaftung"(zwar verschwommen, was damit gemeint ist) gefallen ist, sollte uns Anarchos aufhorchen lassen. Denn wie die "Revier"(IGM-Käseblatt) selbst schreibt, bringt Planwirtschaft auch nicht mehr und die vorbildliche verstaatlichte Stahlindustrie Englands setzt auch Arbeitskräfte frei.
Es mag in diesem Zusammenhang makaber und zynisch klingen, aber vielleicht rettet das Ende von Rheinhausen unsere Umwelt - weniger Kokerei-Abgase u.s.w., weniger Raubbau an den Bodenschätzen der Natur.
Das als Ersatzarbeitsplätze der Abbau der alten Stahlwerke herhalten - was sicherlich für den Umweltschutz dringend erforderlich ist - muß, ist "Öko-Abbau-Technik" auf kapitalistisch. So wird in Essen ein großes Gebiet metertief von Baggern umgegraben. Vorher stand dort eine Zink-Hütte. Später wurden dort Wohnhäuser gebaut. Und erst in jüngster Zeit wurde zufällig die hohe Bodenverseuchung durch Zinkrückstände und Chemikalien "entdeckt".
Wie schrieb der Schriftsteller Oskar Maria Graf so treffend:"Wir sind Gefangene" - des Systems. So etwas nennt man dann "Altlasten des Späth-Kapitalismus". Eigens dafür soll eine neue Autobahn im Revier gebaut werden, damit die ArbeiterInnen zu den neuen "Umweltschutz-Abbau-und-Technik Fabriken" fahren können.

Doch Umweltschutzmaßnahmen könnten tatsächlich auch von Stahlwerken ausgehen: durch bessere Entstaubung, weniger Abgase, Abwärmenutzung nicht nur zur Kokerei, sondern als Fernwärme zur Beheizung der umliegenden Siedlungen u.s.w., wie es teilweise schon gemacht wird. Statt tonnenfressende Verschwendung von Stahl für Atom- oder Kohlekraftwerke sollte weniger Stahl für dezentrale Wind- und Sonnenkraftwerke und die Wärme-Kraft-Kopplung produziert werden. Hiermit ließen sich - wenn der Verlust nicht zu groß ist - große Städte versorgen, wenn nicht, weithin bei AkWs an den großen Abwärme-Kühltürmen ersichtlich, nur Strom, sondern Wärme und Strom zugleich erzeugt würde. Radikale Arbeitszeitverkürzungen auf 5-6 Stunden und ein Abbau von Akkord und Arbeitshetze wären möglich. Die Gewerkschaft müßte hier von der Basis (direkte Aktionen) noch mehr unter Druck gesetzt werden.
Selbst die Kohle im Kohlenpott kann durch dezentrale, weitgehend umweltverträgliche Wirbelschicht-Kraftwerke genutzt werden, ohne daß der Wald sterben muß. Diese Technik ermöglicht



die Nutzung unwerter Kohle, so daß der Landschaftsraub stark eingeschränkt werden kann. Ökologie und Ökonomie könnten so synergetisch einander ergänzen.
Der Stahl der stillgelegten Werften könnte zum Bau von Windkraftwerken benutzt werden. Vielleicht könnte sogar

REAKTIONEN

die High-Technologie verhindert werden....Dieser Versuch einer Verbindung oder förderativen Vernetzung zwischen Anti-AKW, Ökologie, Gewerkschaften u.s.w. - ja, jede Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne verbunden mit kultureller "Arbeit" - ließe die Kumpels nicht alleine stehen.
Kropotkin läßt grüßen - Gegenseitige Hilfe, Landwirtschaft, (Klein-)Industrie und Handwerk hätte in diesem "Falle" sein "Neubeginnen". Mithelfen könnte die Friedensbewegung bezw. die Antimilitaristen, um durchzusetzen, daß nicht mehr Tonnen von Stahl in U-Booten für Chile verbaut werden, sondern - falls Chile es will - in Wind- und Sonnenkraftwerken zu nicht profitorientierten Weltmarktpreisen ect..
Soweit der Rundumschlag, um den Begriff Vergesellschaftung etwas "auszumalen": Für eine Ordnung ohne Herrschaft und den Wohlstand für Alle, für eine Logik der Perspektive mit Ein- und Ausblicken ohne Patentrezepte.

Das dieses System nicht das Beste ist, wissen und spüren die Kumpels selbst. Doch das die Alternativen so wenig durchbrechen, liegt u.a. auch in unserem "Revolutionismus" - manchmal auch an der "richtigen Linie"....Doch es soll hier nicht ums berüchtigte "Beinpinkeln" gehen. Schließlich war der Autor einstmal Mitglied der DKP. Es ist vielmehr ein Versuch, Mythen zu knacken, ob, wie Spiegelbruch notiert, von militanten autonomen Kleingruppen oder bei den ArbeiterInnen selbst - "Gegen die daoben ist nichts zu machen".
Deshalb meine obige Zustimmung an die "Revier". Vor Euphorie sei gewarnt - in Rheinhausen und auch anderswo (der Besserwisser). Was sich bei den ArbeiterInnen immerhin andeutet, wenn sie auch noch nicht so weit sind wie die Anarchos/as, ist: soll die Arbeiterklasse (Abhängig Beschäftigte und Arbeitslose) in der politischen Arena zum Akteur werden, so muß sie zuerst wieder zum Akteur in den Gewerkschaften werden. Deshalb muß die Gewerkschaft instandgesetzt werden!
Deshalb brauchen wir Anarchas/os auch nicht bange sein. In den "goldenen zwanziger Jahren" hatten die AnarchistInnen anfangs im Ruhrgebiet sehr viel Einfluß, der dann von den Sozialdemokraten verdrängt und später von den Kommunisten abgedrängt wurde. Die Genossen erreichten damals ein starkes, kleines Stück Utopie durch die Einführung des 6-Std.-Tages (wenn auch nur für wenige Tage!). Sicher sollte heute nicht alles wiederholt werden. Selbst die ArbeiterInnen erkennen heute, daß rauchende Schlote keine bessere Zukunft mehr verheißen.
Zumal heute mit Hilfe von Computern, Robotern und Automation anders als damals das Reich der Freizeit sogar materiell besteht und somit das Recht auf Faulheit (Was für ein Schwachsinn! der Tipper). Oder wenn unsinnige Arbeit in sinnvollere Arbeit hinübergleitet und somit Hand- und Kopfarbeit nicht mehr in Blaumann und Weißkittel getrennt "erscheinen".
Es sollte endlich gemeinsam gearbeitet bezw. "geforscht" werden, wie bessere Wind- und Solarkraftwerke mit sicheren Wasserstoff-Speichern entwickelt und an die Betriebe geliefert werden könnten, so daß z.B. die Fahrradfabrik in Wackersdorf weiter laufen kann.
Oder wir basteln einen Roboter, der wiederum unnütze Roboter verschrottet. Letztlich wollen wir aus dem stinkigen und verstaubten Stahl- und Kohlerevier ein "Öko-Revier" machen.

Leider ist dies nicht so einfach, wie es sich anhört. Gab es da nicht Lucas Aerospace oder ein "Selbsterhaltungs- und Verwaltungswerk" Voith in Bremen, welches jetzt ums Überleben kämpft und wo deshalb die Selbstverwaltung nach und nach über Bord ging? Wie soll sich da ein selbstverwaltetes Stahlwerk halten??? Welches alternative Handelsnetz besteht denn...??
Doch vielleicht liegt hier das Ziel, lediglich für die Gegenwart noch zu weit voraus. Noch schieben die Kollegen bei Thyssen Überstunden und führen das "letzte Gefecht" um Arbeitsplätze ad absurdum. Von wegen Arbeitsmythos - so soll es bei Thyssen eine FAP-Betriebsgruppe geben. Schlimmes läßt sich erahnen. Ist Dortmund nicht geradezu ein Signal, wo die Linke sich im Jugendzentrum nur noch unter Polizeischutz treffen kann?
Auch hier ein dunkles Behagen: war es nicht in den zwanziger Jahren ebenso? Wir Anarchas/os sollten uns bis zum Öko-Feminismus öffnen. Oder wir sollten wie in London linke Stadträte haben, die in London ihren Einfluß z.B. für die Isolierung von Rentner-Häusern durch Arbeitslose (mit Weiterbildung) geltend machen, wodurch die Umwelt weniger belastet wird und die Heizkosten gesenkt werden.
Selbst wenn wir Anarchos/as nicht ins Parlament wollen, sollte doch die Überlegung der schwedischen, (ehemals) anarchosyndikalistischen SAC, Kommunalpolitik zu betreiben, nicht ganz ausgeschlossen werden. Auch, wenn der Begriff "Revi" einbezogen wird. Dies ist nicht bös gemeint, wo sich die sogenannten "Revis" in einem stark sozialdemokratisch geführten Land ganz tapfer halten und vom Stadtteil-Cafe träumen, wo Otto-Gebühr sich mit Anarchos/as trifft.



Uns soll es nicht wie den FAU-GenossInnen in Rheinhausen ergehen: auf einmal kommen die "Arbeiter-Massen", und keiner ist darauf vorbereitet. Oder wie es schon den KollegInnen bei Voith, Bremen, erging: Wer will schon einiges selbstverantwortlich mitleit(d)en bezw. selbstleit(d)en.
Schon damals 1983 warnten die linken MacherInnen vor zuviel Optimismus. Denn ein jahrzehntelanger Konsum und eine Erwartung, angeleitet zu werden, haben jeden "Selbstverwaltungstrieb" abhanden kommen lassen. Die eigentlichen Lernprozeße entstehen da und dort erst - unter anderem in Rheinhausen.
Vergesellschaftung ist für viele irgend ein Wort oder Begriff, schlimmstenfalls eine Hülse, leider mehr (noch) nicht. Doch das ganz "normale KollegInnen zu einer FAU-Betriebsgruppe gehen - unter diesen Umständen - läßt mehr als hoffen, von Innen und Außen.

Wann gibt es ein neues Mai 68 - 1988 zum Beispiel im Ruhrgebiet!! - Es gibt viel zu tun zum "Aufruhr". Viva Anarchia.

Jakob



Ich weiß ja nicht wer Achim Bender ist. Vielleicht ist er eine (politische) Rhein-Main-Größe und irgendeiner (politischen) Linie/Organisation von vornherein zuzurechnen. Das weiß ich, wie gesagt, nicht und insofern bin ich ihm gegenüber vorurteilsfrei.
Ich weiß auch nicht, was er ausgesagt hat und was nicht (bei der Polizei.). Mir geht es nicht darum, an Verräter-gerüchten herum zu kochen - Ich haße das! - , sondern ich will *inhaltlich* Stellung beziehen zu seinem Text, der für mich unabhängig vom Gerede im Rhein-Main-Gebiet darsteht.



Ich kann von Hamburg aus auch nur eingeschränkt und nur gestützt auf die AKTIONS-Berichterstattung, Rhein-Main-Infos und persönliche Kontakte die Situation einschätzen und beurteilen. Und es kann natürlich auch sein, daß ich A.B. gar nicht richtig verstanden habe, meine Antwort auf seinen Leserbrief in der Aktion Nr. 35 ("Kopf ab?-Nein Danke!") folglich für ihn unverständlich bleibt.
Aber: Wenn Worte einen Sinn haben, dann muß ich doch sagen, daß sein Text einfach nur eines enthält: *Scheiße*.
Zur Sache: A.B. sagt, daß wir "in ein wildes Ränkespiel verfallen", nur weil die "Staatsgewalt" versucht, uns zu zerschlagen und damit auch Teilerfolge hat. Sind wir hysterisches Federvieh, daß sich gegenseitig die Augen aushackt, wenn der Fuchs im Stall ist?
A.B. sagt weiterhin, daß "menschliches Fehlverhalten" des Aussagenden dazu benutzt wird, "Abreaktionen der eigenen politischen Inkompetenz und Sprachlosigkeit aufzubauen". Soll hier der Versuch, das Aussagekarussel zu stoppen, als Sprachlosigkeit dargestellt werden? Sind die, die nichts ausgesagt haben, deswegen sprachlos und nicht kompetent? Dann können sich Bullen und Staatsanwälte ja über die kompetenten Zeugenaussagen freuen!
Ich fürchte, A.B. meint noch etwas ganz anderes:"Wir können uns, in unserem täglichen Umgang miteinander, gewisse Oberflächlichkeiten durchaus leisten." Gewiß, gewisse scheinbare eventuelle Oberflächlichkeiten könnten eigentlich - ganz Allgemein - unter

REAKTIONEN

Umständen bedingt, und womöglich indirekt, doch keinen allzu großen Schaden anrichten, vielleicht. Oder? Sülz, sülz, sülz. Und schließlich:"In unseren Reihen gibt es sehr unterschiedliche Strömungen. Dagegen kann nichts eingewendet werden." So?

Ich nehme mir heraus, dieses Dogma von A.B. zu hinterfragen. "Vielfältigkeit ist immer der Einfältigkeit vorzuziehen." Auch diesem Dünnsinn werde ich mich widersetzen. Wenn eine soziale Widerstandsbewegung (hier Startbahn 18 West) verschiedene politische Strömungen umfaßt, kann ich dies Vielfalt nennen und gut finden. Aber wo sind den "unsere" eignen "Reihen"? Die AKTION ist immerhin anarchistisch! Das sind doch bei A.B. schon keine Oberflächlichkeiten mehr, das sind doch Grundfragen der Politik.

Was wollen wir denn? Über die - oft fehlenden! - Ziele, Utopien und Gesellschaftsmodelle unserer MitstreiterInnen im sozialen Kampf hinwegsehen? Uns ohne die anderen als Einfalt verstehen? - Vielen Dank!

Fast alle Probleme der Neuen Linken gehen doch darauf zurück, daß Diskussionen verschoben, Konflikte zur konstruktiven Auseinandersetzung untereinander ängstlich vermieden werden. Und jetzt wird plötzlich wieder die bunte, vielfältige, strömungsreiche und ergo dynamische und kräftige - ja nur so wirklich starke - Sozialpartnerschaft der Opposition gepredigt? Wo bin ich denn?

"Es sind unumstritten (immerhin!) Aussagen gemacht worden, auf deren Grundlage Menschen im Gefängnis sitzen und ihrer Freiheit beraubt sind. Aber dies kann nicht dazu mißbraucht werden, um zu einer verdeckten Gegenrepression (in den eigenen Kreisen) überzugehen. Wenn Gewalt ausgeübt wird muß (sie) kontrollierbar sein.(...)Wer will denn (...) garantieren, daß nicht Intoleranz und Dunkelmännertum (Angst vorm Schwarzen Mann?) die politische Restkultur völlig zerstören (...)?"

Ich habe gerüchteweise von zerschnittenen Bremsleitungen am Auto eines Menschen gehört, der ausgesagt hat. Wen A.B. darauf anspielt, soll er das deutlich machen.

"Die Tatsache allein, daß (...) der Staat tief in die Strukturen hineinschaut, ist noch lange kein Grund, in eine Wagenburgmentalität zu verfallen. (...) Jeder Akt von Selbstjustiz hat zu unterbleiben. Vergeltung und Rache sind *archaische* Verhaltensweisen, die in unseren Reihen nicht geduldet werden dürfen."

Kontrollierte Gewalt, Garantie vor Dunkelmännern, Wagenburgmentalität, Selbstjustiz, archaische Verhaltensweisen.... Für mich steht fest: A.B. hat Angst vor Unsicherheit, Hysterie, Panik, Chaos. Er verbietet (!) sich und anderen, Urteile zu fällen und umzusetzen. Er will ursprüngliche Gefühle nicht dulden. Verbote und Befehle sollen peinliche Gedanken und Konsequenzen ersetzen. Knüppel aus dem Sack! Für mich drückt seine Sprache aus, daß er ein ängstlicher Mensch ist und das bürgerliche Denken nicht verlassen hat.

Zur Erläuterung meiner Differenzen zu ihm hier in Kürze meine Sicht der Dinge: Die Kontrolle körperlicher und geistiger Gewalt, die von anarchistischen Kreisen ausgeht, kann nur zum Teil von allen vollzogen werden (durch Absprachen, OrdnerInnen, u.a.), denn wir wollen ja gerade <u>keinen</u> neuen Staat. Die andere Ebene der Gewaltlegitimation ist aber die persönliche, die der gesellschaftlichen durchaus widersprechen kann. Und hier ist m.E. immer noch ein Knackpunkt in "der Gewaltfrage" bei uns.

Denn selbstverständlich braucht eine anarchistische Gesellschaft Sanktionen, um sich (?) schützen zu können. Die anarchistischen Sanktionen sind nicht "religiös" ("Fegefeuer") oder institutionell ("Knast"), sondern sozial und richten sich - definitionsgemäß - gegen asoziales Verhalten. Zu ihnen gehören Veröffentlichungen, Nichtzusammenarbeit und Ausgrenzung (Stigmatisierung?). Diese Sanktionen sind keine Macht- sondern Statuserhaltungsmittel. Sie sollen verdeutlichen, daß ein den Status gefährdendes Verhalten nicht geduldet wird. Da leere Drohungen unnütz, ja schädlich, sind, müssen Sanktionen auch umsetzbar sein. Die Macht dazu kann nur vom Kollektiv ausgehen und wird nur genutzt, um den anarchistischen Status zu erhalten.

Kann ein Nichtraucher, der einen Raucher hindert, in seiner Wohnung die Luft zu verpesten, kein Anarchist sein? Ich fordere alle AnarchistInnen hiermit auf, sich zu überlegen, ob eine anarchistische Gesellschaft nur BefürworterInnen und Gleichgesinnte kennen wird. Wo sollen die den auf einmal alle herkommen? Werden unsere Feinde nach der politischen Revolution aufwachen und merken, daß sie eigentlich schon immer zu uns wollten oder sich andernfalls entschließen, uns in Ruhe zu lassen?

"Dunkelmänner" will ich erst gar nicht als Anarcho-Mafia verstehen, sondern als Männer und Frauen, die sich nicht an Absprachen der Scene/Gesellschaft halten, bezw. diese nicht abwarten wollen/können. Und für solche Fälle gilt wieder, daß wir noch nicht in der Lage sind, alle zusammen Stellungnahmen abzugeben oder auch Sanktionen durchzuführen.

"Selbstjustiz" ist doch genau das, was wir alle wollen, wenn wir von Revolution reden. Unser eigenes Verständnis von (freiem) Recht und (anarchistischer(?)) Ordnung soll doch durchgesetzt werden! Wir greifen doch auch Faschos an und ächten Spitzel. Sobald also (und wenn auch nur für einige) klar ist, daß sich gewisse Leute unsere Unterstützung und Solidarität durch konterrevolutionäres Verhalten "verscherzt" haben, sollte es doch logisch sein, sie nach nicht angenommener Zur-Rede-Stellung rauszuwerfen. Anschläge auf Leib und Leben kann ich dabei nur unter Hinzuziehung der Informationen und Perspektive der TäterInnen bewerten. Pauschal ablehnen kann ich sie nicht.

Und "archaische" (ursprüngliche, unverfälschte) Verhaltensweisen kann ich mir doch nur wünschen. Es ist doch gerade mein Ziel, von Selbstregulation, -betrug und -unterdrückung wegzukommen. Was ist schlecht am affektivem, ehrlichem Handeln? Daß es uns nicht in unser taktisches Kalkül paßt? Wir sind doch keine Automaten!

"Wagenburgmentalität" schließlich ist für mich ein Zusammenrücken beim Angriff von Außen. Das find Ich gut. Und wenn der "Staat tief in unsere Strukturen hineinschaut", dann <u>ist das</u> für mich ein solcher Angriff. Daß nach dem 2.11.87 Hektik, Panik, Paranoia, Chaos ausbrach, liegt doch nicht an unserem Verteidigungswillen, sondern daran, daß weder Strukturen noch Einheit (nicht Einfalt!) in unserer Bewegung vorhanden sind bezw. waren - die alte Leier - , die solchen Entwicklungen etwas entgegenstellen können bezw. konnten.

A.B. (unbekannterweise) möge mir den harschen Stil meiner Ausführungen verzeihen, aber sein Brief hat mich wütend gemacht. Ich fühlte mich veranlaßt, etwas zur Rettung wichtiger Begriffe und Ideen zu tun.

G. Nervt, Hamburg



<u>KOMMENTAR:</u>

Offensichtlich fehlten dem Schreibenden dieser obigen Zeilen wesentliche Informationen, um Achim Benders Brief und den dahinter stehenden Konflikt richtig beurteilen zu können. Ihm ging es, wie das Gespräch der Redaktion mit ihm ergab, <u>nicht</u> um den Streit in Frankfurt/Main, sondern um den Brief selber - und aller darin stehenden Behauptungen.

Ein Redaktionsmitglied war der Meinung, sich keinesfalls in den Konflikt einzumischen, ohne vorher auf einer Gesamtredaktionszusammenkunft darüber diskutiert und einen Standpunkt der AKTION erstellt zu haben. Da wir jedoch die AKTION letztlich auch als Diskussionsorgan begreifen, in dem um die verschiedenen Standpunkte durchaus lebendig gerungen werden kann, wollen wir die Diskussion um Benders Brief nicht gänzlich abwürgen. Deshalb drucken wir diesen Brief nun doch ab.

Einigen Behauptungen dieses Briefes muß jedoch hier schon widersprochen werden.: So der Behauptung, Sanktionen wie Ächtung oder Stigmatisierung hätten nichts mit Macht oder Herrschaft zu tun. Natürlich sind dies Herrschaftsformen sozialer Natur, welchen Frauen, Behinderte, Homosexuelle und Farbige Zeit ihres Lebens ausgesetzt sind; deshalb, weil die heutige Gesellschaft gegen die Emanzipation von Frauen, Behinderten oder Homosexuellen <u>ihren</u> Status sozialer Normierung beibehalten will. Werden sie von Anarchisten verwendet, um "den anarchistischen Status zu erhalten", so sind diese Sanktionen ausgeübte <u>Herrschaft</u>, um "Herrschaftslosigkeit" zu erhalten. Diese "Anarchie" soll ergo nur für all jene gelten, die sich in ihrem Verhalten dem, was die Kollektive für "anarchistisches Verhalten" halten, <u>unterordnen</u>. Natürlich! Nur diese Unterordnung ist sozial! Denn um "Asoziale" festzustellen, muß vorher "sozial" definiert und als Verhaltensauflage, an die sich alle zu halten haben, festgeschrieben sein.

Wo aber die Bestimmung menschlichen Verhaltens nicht allein Sache des einzelnen ist, sondern dieser sich nach einer sozialen oder rechtlich-staatlichen Verhaltensvorschrift richten muß, besteht keine Freiheit und keine "Anarchie", selbst dann nicht, wenn dem Menschen "anarchistisches Verhalten" vorgeschrieben wird. Wir hätten uns an unseren Feinden auf Kosten unserer Freiheit <u>gerächt</u>.

Kann eine anarchistische Gesellschaft überhaupt einen vorgeschriebenen Verhaltens-"Status" kennen?! Wird nicht der Wilkür und Ungerechtigkeit Tür und Tor geöffnet, wenn wir den Kollektiven und anarchistischen Gesellschaften soviel Macht einräumen?! Sind die wütenden Südstaatler, die wahllos Nigger aufgrund ihrer Hautfarbe linchen, etwa Anarchisten?!

Nick van Offensein

»Linke Kirchen, linker Ritus....«

WIR ALLE WISSEN, DAS UTOPIE MÖGLICH IST,

ABER IST SIE AUCH NOTWENDIG?!?

Seit 200 Jahren definieren sich einige Menschen als "Linke", andere dagegen sehen sich als "Rechte". "Links" sein bedeutet, sich einer der zahlreichen "linken" Utopien anzuschließen und sein Leben auf dem Langen Marsch bis zur vollständigen Verwirklichung dieser Utopie zu verbringen.

Utopie beinhaltet neben jeder bis ins Detail festgelegten Vision einer kommunistischen oder anarchistischen Gesellschaft auch jeden Willen, die gesellschaftlichen Verhältnisse durch eine "soziale Revolution" umzustürzen. Es genügt, eine "neue Ordnung" zu wollen und als finales Resultat anzustreben, um mit allen Folgen des Langen-Marsch-Syndroms konfrontiert zu werden.

"Links" bedeutet darüber hinaus, sich einer bestimmten geistesgeschichtlichen Tradition verpflichtet zu fühlen. "Linke" sind Aufklärer; sie schätzen den Verstand mehr als Glauben und Religion, ohne zu begreifen, selber nur einer "religiösen Vorstellung" der absoluten Materie aufgesäßen zu sein; ihr Konzept der "sozialen Revolution" enthält nach wie vor das unzeitgemäße Konzept des Fortschritts einer linearen Zeitauffassung vom Schlechten zum Besseren. Gleichgültig, ob es sich um den technischen Fortschritt oder um den Fortschritt des Kampfes um eine sozialere Gesellschaft handelt, immer steht nicht die augenblickliche Gegenwart, sondern die Zukunft im Mittelpunkt des Interesses.

Heiliger und Sünder

Die jeweilige utopische Vorstellung prägt den "linken" Umgang mit der Wirklichkeit.: Der Mensch ist aufgefordert, sich gemäß den Vorgaben seiner Utopie zu verhalten, wenn er zu sich selbst ein positives Verhältnis haben will; an ihr wird er von seinen "Genossen" gemessen. Sein Handeln muß der Durchsetzung seiner Utopie dienen.

Seine Hingabe an die Utopie, an die "revolutionäre Sache" adelt ihn; diese Idee von der Notwendigkeit, alles zur Utopie hin zu verändern, hat er allen Normalsterblichen voraus; es ist für ihn Grund genug, alle anderen Menschen zu beurteilen und zu belehren. Die Karten sind ausgegeben, die Rollen verteilt: die "Linken" sind die Lehrer, die Normalsterblichen die Belehrten. Alle anderen Menschen haben ihre befriedigenden Taten, Freuden und eignen Wünsche aufzugeben, um ihr "echtes" Glück in der Verwirklichung der Utopie zu finden.

Stimmt das Verhalten des "Linken" jedoch nicht mit den Vorgaben und Ansprüchen seiner Utopie an ihn überein, so kann er sich nur schuldig fühlen; die herrschende Unterdrückung, seine Prägung durch sein Aufwachsen in den herrschenden Strukturen vermag sein Verhalten zwar erklären, es jedoch nicht moralisch entschuldigen; in Zukunft muß er sich mehr beobachten, sich selbst kontrollieren und rücksichtslos selbst kritisieren, ein Schwein zu sein; ihm ist nur ein negatives Verhältnis zu sich selbst möglich.

Linke Sekten

"Linke" denken oft in Schwarz/Weiß.: "Genossen" sind alle, die von der Notwendigkeit des Langen Marsches überzeugt sind - alle anderen sind Gegner oder Feinde. Die Genossen haben "Genossen" gegen Gegner und Feinde zu verteidigen, egal, weshalb sie angegriffen wurden. Die "Genossen" sind stehts grundsätzlich "unschuldig", ihr Motiv edel und ihre Verurteilung durch Gegner oder Feinde moralisch verwerflich; Feinde oder Gegner dagegen handeln stehts aus bösen Beweggründen und hegen gemeine Absichten.

Solidarität ist eine Prinzipienfrage. Will man/frau vor allem eine gewaltfreie "libertäre Gesellschaft", so ist jeder Gefangene, der sich zur Gewaltfreiheit bekennt, "Genosse". RAF-Gefangene sind politische Gegner, die der eigenen Utopie zuwiderhandeln und sich auf einem konkurrierenden Langen Marsch befinden. Will man/frau dagegen mit Waffengewalt die Macht erobern, so sind RAF-Gefangene "Genossen" und die Gewaltfreien Gegner.

Jede noch so unsinnige und grausame Tat ist "Linken" sofort plausibel und folgerichtig, wenn sie im Kontext ihres Langen Marsches des "revolutionären Kampfes", der "Notwendigkeit der Geschichte" oder der "sozialen Revolution" gerechtfertigt wird. Zweifel und Skepsis gegenüber der "eigenen Aufgabe" gibt es nicht mehr; selbst in den lebensfeindlichsten Situationen (Isolationshaft z.B.) gingen die "Genossen" im "linken" Selbstverständnis nicht am Zweifel in ihre Sache, der verfahrenen Situation oder der Einsicht, möglicherweise falsch gehandelt zu haben, zugrunde, sondern wurden (natürlich!!) von ihren Feinden heimtückisch ermordet.

Jeder -Ismus glaubt, im Besitz der erlösenden Idee zu sein. Helden oder gar Märtyrer sind all jene, die für diese erlösende Idee im Kampf gefallen sind, gefallene Engel und Verräter all jene, die überlebten und später Zweifel am Sinn ihrer Taten für die Idee anmeldeten; zweifeln heißt "die Seite wechseln", zum "Gegner überlaufen" oder "die Idee verraten"; mit protestantischen Eifer wird auf alle Zweifler an der eigenen "Mission" eingeschlagen.

Linke und Rechte

"Linke" und "Rechte" sind zwei Seiten ein und derselben Münze: soll vorne von "links" der Mensch entsprechend dem Bilde einer idealen, zukünftigen Gesellschaft geformt werden, so soll er hinten von "rechts" nach dem Bilde einer bestehenden oder vergangenen Gesellschaft geformt werden. Beides sind Utopisten - weil sie mit ihrem Menschenbild nicht davon ausgehen, wie der Mensch ist, sondern wie er sein soll.

Beide sind davon überzeugt, die Menschen unterrichten, lenken und "erziehen" zu müssen. Uneinig ist man/frau allein darüber, wozu der Mensch "erzogen" werden muß: ob zum "rassenbewußten Deutschen", "guten Staatsbürger", "guten Proleten" oder "aufrechten Anarchisten". "Linke" wie "Rechte" suchen das Gefühl eigener Minderwertigkeit, welches unter Herrschaft lebende, schon als Säuglinge um ihre Autonomie und Integration all ihrer Gefühle in ihre Persönlichkeit betrogene Menschen geißelt, durch den Glauben an bezw. den Einsatz für die erlösende Idee aufzuheben: entweder durch den Stolz auf die eigene "Rasse" oder durch den Stolz auf die eigene "revolutionäre Klasse".

"Linke" und "Rechte" brauchen einander. Gäbe es keine "Rechte", so muß die "Linke" sie erfinden - wie es in der Vergangenheit oft genug geschehen ist. Ein Feind muß her, von dem sich die "Linke" unterscheiden und abgrenzen kann, ein Feind, welcher als weißes Gegenteil die "Radikalität" des eigenen Entwurfes unterstreicht; denn "revolutionär", "radikal" oder "anarchistisch" sind keine Werte an sich, sondern bestehen als Werte nur durch ihr Gegenteil: "reaktionär", "liberal" oder "archistisch".

Dieser Feind schützt die eigene Überzeugung vor der Kritik aus den eigenen Reihen und vor dem Fiasko eines Kontaktes mit der Realität.: Abweichende Meinungen lassen sich relativ leicht durch ihre angebliche Nähe zu "rechten" Positionen diskreditieren, eigene Fehler können der "konterrevolutionären Tätigkeit der Rechten" angelastet werden und die Existenz der "Rechten" vertagt die experimentelle Erprobung der eigenen Utopie auf einen späteren Zeitpunkt.

Darüberhinaus nimmt die "Linke" an, daß die "Rechten", sofern sie die bestehende Gesellschaft verteidigen, für ihre Strukturen, Privilegien und Oligarchien verantwortlich sind. Ihr Ziel sei es, alle "linken" Ansätze zu vereinnahmen und zur Wohlfahrt der bestehenden Gesellschaft zu verwenden. Man/frau braucht nur laut genug die Totalität der "rechten" Präsenz in der vorhandenen Gesellschaft zu behaupten, um jede Suche nach Formen z.B. eines *gegenwärtigen* Anarchismus als "Reformismus" abzuwürgen.

Opfer für die Zukunft

Die "Linke" kann auf die "soziale Revolution" der eruptiven Veränderung der Gesellschaft nicht verzichten, solange sie (oder die durch sie verwirklichte Utopie) den lebenslangen Kampf des Langen Marsches der "Linken", eine solche Revolution anzuzetteln, rechtfertigt. Sich diesem Kampf hinzugeben, heißt, nicht nur unendlich viel Zeit mit verbalen Streitereien, Schulungen und langweiligen Plenas zu verbringen, abgehetzt zu sein und von Termin zu Termin zu eilen, sondern auch viel Geld und Kraft zu investieren, die andere Menschen in ihre Hobbys, ihr Haus oder ihre Urlaubsreisen stecken.

Jeder dieser "Ansätze" ist daher nur Mittel zum Zweck, um dem Endziel näher zu kommen; wenn "Linke" z.B. einen Videoclub gründen, so tun sie dieses in erster Linie nicht, weil Filme sehen zusammen mehr Spaß bringt, sondern weil dadurch neue Leute für die Revolution gewonnen werden könnten. Nicht die Gegenwart des eigenen Genusses, nicht die Unmittelbarkeit der eigenen Gefühlswelt bestimmt Handlung und Bewußtsein der "Linken", sondern die gegenwärtige Aktivität ist nur ein Mittel, den Zweck, mehr Leute für die Revolution zu begeistern, zu erreichen. Die "linke" Gegenwart ist daher nichts anderes als ein Werben für ihre bessere, utopische Zukunft.



Um dieses Werben plausibel zu machen, darf die unmittelbare Gegenwart nur als negative "freudlose Gasse" gedeutet werden. Sie muß als Problem, als unfertig, falsch und unvollkommen formuliert werden, in welcher der einzelne "keine Chance hat", ein befriedigendes Leben zu führen; nur der Kampf um eine "bessere Zukunft" darf als Alternative zum Selbstmord übrig bleiben. Nur so sind die zahlreichen Opfer der "Linken" für ihren Kampf um eine "bessere Welt" notwendig.

Freiheit zum Ungehorsam

Freiheit beinhaltet für "Linke", insbesondere für "autonome Linke", *keinen* wirklich freien Menschen, der sich für sein Leben und dessen emotionalen, sozialen und wirtschaftlichen Preis entschieden hat, ohne andere Menschen für diesen Preis verantwortlich zu machen, sondern *nur* einen bürgerlich befreiten Menschen, der verschiedene, *negative* gesellschaftliche Zustände losgeworden ist: z.B. die Kontrolle der Polizei/Justiz, die soziale Kontrolle anderer Bürger, seine Identität, anhand der er identifiziert und gerichtet werden könnte, seine Angst, seine Hemmungen, zu plündern oder seinen Haß auf sich selbst und all jene, die ihn zu dem machten, der er ist, auszuleben u.s.w..

In Straßenkämpfen, Aktionen und Aufständen drückt die "Linke" ihre ursprünglich kindliche Wut auf ihre Eltern, die ihre *eigenen* Gefühle nicht ausdrücken konnten und daher ihren Kindern den Ausdruck *eigener* Gefühle (Trotz, Wut, Unmut ect.) gegen ihre Bestimmungen eines braven Kindes nicht erlaubten, aus. Das Ausleben dieser Wut hätte als Kinder die "Liebe" ihrer Eltern zu ihnen gefährdet; sie konnte daher nicht als gleichwertiger Ausdruck (wie Reden oder Lieben!) der eigenen Persönlichkeit akzeptiert werden; diese Wut mußte den eigenen Eltern vorenthalten, auf andere Dinge umgeleitet und vor ihnen verheimlicht werden. Nur im Schutze der Nacht oder heimlich, verborgen unter einer Maske, die eine Identifikation durch andere erschwerte und zugleich eine wohltuhende Distanz zur eigenen, braven und liebenswerten Persönlichkeit gestattete, aus der gesichtslosen Menge heraus war wütende Randale möglich. Diese Randale, die sich gegen die Polizei richtet, diese aber nur als Ersatzobjekt für die eigenen Eltern *benutzt*, gestattet eine schizophrene Existenz: Aufgestaute Wut rauszulassen, ohne die angepaßte Existenz als braver Bürger, Arbeiter und Sohn/Tochter aufgeben zu müssen.

Solange die "linken" Kreise von der Staatsmacht in Ruhe gelassen werden, funktioniert das "linke" Leben zweier Existenzen: einerseits öffentlich ein braver Bürger, andererseits innerhalb "linker" Verbindungen ein "theoretischer" Revolutionär und Utopist. Die Angst vor der Macht der Eltern, dessen Erben im erwachsenen Dasein Polizei, Justiz und Politiker sind, zu strafen, wird sofort *aktualisiert*, wenn die Staatsmacht ihren Aufmerksamkeitspegel auf die "linken" Gruppen richtet. Ist Mensch als Kind der Strafe für verbotene Handlungen nur durch intensive Täuschung, Betrug und Lügen entgangen, so wird er jetzt ebenfalls zu täuschen und zu lügen versuchen, um den *Preis*, für seine abweichenden Ideen und Taten einzustehen, nicht bezahlen zu müssen. Nicht ein *freier* Mensch erhebt in den "linken" Gruppen sein Haupt, um jenes, was er gut findet, durchzusetzen und persönlich zu verantworten - gegen Werte und Ansichten, die er nicht mehr teilt - , sondern der *ungehorsame* Knecht, der den Preis der Freiheit weder zahlen kann noch zahlen will.

Autorität und Macht, dessen Werte die "Linke" wie ihre Eltern als gute Kinder nach wie vor teilt, kann nur dort *persönlich* abgelehnt werden, wo die Angst vor Sanktionen weniger stark ist als in der direkten Konfrontation mit ihrer Gewalt: innerhalb "linker" Gruppen und Projekte, die als schützendes Getto die "gefährliche" staatliche Öffentlichkeit ausgrenzen. Es genügt schon die leiseste Andeutung, um die kindliche Wut zu aktivieren und den kindlichen Ungehorsam gegenüber Beschlüßen und Ordnungen herauszuholen: weißt z.B. jemand auf einen Beschluß hin, in bestimmten Räumen keinen Alkohol zu trinken, weil AlkoholikerInnen dem Kollektiv angehören, so wird dieser Fingerzeig als *anmaßende Autorität* gedeutet, die einem die eigene Freiheit beschneiden will. Entweder wird jetzt demonstrativ weitergesoffen, um sich und anderen zu zeigen, wie "frei" Mensch ist, oder Mensch verläßt türenknallend das Lokal.

Politik und gegenseitige Anpassung

Nicht die angestrebte Utopie, sondern die *Verwundungen der Erziehung* bestimmen "linke" Politik: zwanghaft werden Situationen der eigenen Kindheit politisch nachempfunden, wenn zum Beispiel eigene Freiheit mit dem Ungehorsam gegen Beschlüsse und Ordnung(en) verwechselt wird, jeder Hinweis sofort zum Lehrergehabe und unangemessenen Autorität umgedeutet wird und die Angst vor Strafe "Linke" dazu verleitet, in jedem einen Spitzel zu sehen, der etwas über ihren "Widerstand" wissen will. Hierzu gehört ferner das politische Austragen emotionaler Probleme miteinander, die Suche nach Gefolgsleuten und Bewunderern, die einem täglich die eigene "revolutionäre Grandiosität" aufs Butterbrot schmieren und die vielfache irrationale Angst vor Organisation und formaler Verbindlichkeit.

Genau wie alle anderen Menschen sind die "Linken" von ihren Eltern zur Anpassung erzogen worden. Nur, weil die "Linke" jetzt ein utopisches Ziel hat, ist Mensch vom *Zwang* zur Anpassung nicht plötzlich frei. Sich einfügen können, verbal die Sätze, Theorien und Parolen der anderen "Genossen" nachzuplappern, statt selbst nachzudenken, die gleiche Überzeugung (zumindestens offiziell) zu teilen, die selben Klamotten zu tragen und durch Abzeichen einander die eigene Kirchenzugehörigkeit zu dokumentieren bis zur Verwendung der selben Möbel und Plakate bestimmt den "linken" Alltag. Dabei paßt Mensch sich nicht nur dauernd "seiner linken Gruppe" an, sondern darüber hinaus auch der ganzen "linken Scene". Dies geht mitunter soweit, das z.B. die hamburger Redaktion der AKTION die Auseinandersetzung über eine Vergewaltigung in der Redaktion in Frankfurt/Main deckt und lange Zeit mit vertuscht, nur um den Konsens mit der frankfurter Redaktion nicht zu gefährden und in letzter Minute Farbe bekennt, als der Zorn sich gegen die AKTION zu richten droht; doch dieser Anpassungsdruck zeigt sich ebenso in der unüberlegten Eile, mit welcher die übrigen "linken Gruppen" Abscheu vor den Vergewaltigern bekunden, ohne sich um Lösungen zur zukünftigen Vermeidung von Vergewaltigungen zu kümmern.

Genauso, wie überall sonst im Kapitalismus, stellen "Linke" ihre Schokoladenseite zur Schau, versuchen exakt so zu sein, wie der/die Andere(n) es von ihm erwarten könnte und vermeiden verbal möglichst Konflikte und Unterschiede. Statt emotionale und denkerische Unterschiede zwischen den Menschen (und Geschlechtern!) wahrzunehmen, ist jeder/jedes ausgesprochene Gedanke und Gefühl *grundsätzlich wahr*, jeder Eindruck vom Gegenüber richtig, ohne mögliche Fehleinschätzungen durch konsequentes Nachfragen bezw. Wiedergeben des vom anderen Menschen vermutlich Verstandenen ausgeräumt zu haben. Viel zu oft sind Mißverständnisse und Fehlerwartungen an andere Menschen - die dem Idealbild, welches sich Mensch von einem Genossen gemacht hat, *ohne dies an der Wirklichkeit zu überprüfen*, nicht nahekommen - Grund monatelanger Streits und Gruppenspaltungen, weil die "Linke" zwar das Aussprechen eigener Gefühle schätzt, jedoch diese oft mühsam hervorgerungenen Gefühle nicht an der denkenden und emotionalen Verschiedenheit des anderen Menschen überprüfen will.

Seit Kindestagen eingeübte Verhaltensweisen, nur als exakte Kopie des Marlboro-Mannes oder als "Papis-kleiner-Liebling"-Mädchen emotional sicher handeln zu können (ohne immer nachzufragen, ob es so richtig sei, ob Mensch dies richtig sehe u.s.w.), sind in der "Linken", ebenso wie in der Gesellschaft drumherum, weit verbreitet. Ihre intellektuelle Hinterfragung nutzt wenig, um dieses klischeehafte Rollenverhalten loszuwerden, solange jedes handeln außerhalb dieser Rollen zu "linken" Sanktionen ("Iihhh, ein Müsli!"-"Scheiß Softi - alles nur Schwule und Stricher!") und emotionaler Unsicherheit führt. Ebensowenig, wie die kindliche Trotzhaltung ("Nun erst recht!" oder "Solange es Huren gibt, gibt es keinen Feminismus!") heutiger Männer weiterhilft.

Aber statt nun nach neuen Wegen zu suchen, neue Verhaltensweisen auszuprobieren oder den "linken" Realitätstunnel, in dem kein Käse zu finden ist, zu verlassen, verführt die hirnlose gegenseitige Anpassung dazu, fieberhaft schneller wie ein Hamster im Laufrad zu rennen und ewig die selben Ideen aufzuwärmen. Die Tragik der "Linken" liegt wahrscheinlich darin, ihr Scheitern noch nicht begriffen zu haben - eben weil Mensch sich noch immer etwas vormacht.

Vorläufiges Fazit

Die "Eroberung des Brotes" mittels Kropotkin und die "Eroberung des Mondes" durch die NASA folgen dem selben Fortschrittsgedanken, unabhängig davon, ob der "technische", "kulturelle" oder "soziale" Fortschritt gemeint ist. Immer geht es darum, die eigene Einsamkeit dadurch aufzuheben, daß wir







der Welt/ihren Menschen unseren "Sinn" aufzwingen - mag dieses unter "Linken" auch heftig dadurch kaschiert werden, "das Wohl aller" und jedermanns "Freiheit" zu wollen. Die Menschen müssen irgendwie immer zu ihrem "Glück" gezwungen werden - wobei die "Linke" selbstherrlich bestimmt, wie dieses "Glück" auszusehen hat.

Die "linke" Freiheit ist nie wertfrei; die Menschen werden nicht für ihre Freiheit, sondern nur für die Freiheit, z.B. Anarcho-Syndikalisten zu sein, umworben. Damit wird Freiheit stehts auf eine "linke Idee", eine Utopie oder einen "linken Glauben" reduziert; bewegst Du dich in "linken" Kreisen, so wirst Du stehts aufgefordert, dich vorhandenen Strukturen, Argumentationsformen und "linkem" Glauben anzupassen.

"Was der Denker denkt, wird der Beweisführer im Kopf des Denkers beweisen...." schreibt R.A.Wilson aufgrund neurologischer Kenntnisse. Das Denken der "Linken" oder der "Rechten" führt dazu, nur überdeutlich "Beweise" wahrzunehmen, die die Richtigkeit der eigenen Annahmen und Schlußfolgerungen untermauert. Nicht die Realität, sondern der, vom Denker gesteuerte, Wahrnehmungsapperat, dessen Empfindlichkeit bei Aspekten, die das eigene Denken untermauern, tausendmal höher ist, als bei Aspekten, die es widerlegen, befindet über Wahrheit oder Fiktion einer Utopie oder Theorie. Solange wir "linken" Ideen und Vorstellungen anhängen, "schreit" für uns die Welt danach, "befreit" zu werden - indem die Rebmanns und Bubacks "einen Kopf kürzer gemacht werden".

Die "linken" Bomben zu feiern und den Tod von Rebmännern und Bubacks geil zu finden, bedeutet, Menschen zur Rolle oder Funktion verdinglicht warzunehmen. Wer jedoch Menschen verdinglicht, d.h., zur Kellnerin denkt:"Bringen sie mir meinen Kaffee, aber lassen sich mich in Ruhe mit ihren wunden Füßen und ihren Geldsorgen, weil ihr Typ arbeitslos ist...." und zum entführten Kanzler meinen würde:"Schrei und jammere als höchster Staatsdiener, aber laß mich in Ruhe mit deinen Selbstmord-gedanken, Familienproblemen und der Liebe zu deinem Dackel....", kann auch *töten*; er bewegt sich schließlich im Reich der Notwendigkeiten, in dem die halbe Republik einschließlich aller Regierenden denkt. Nur sich human und menschlich Verhalten, Menschen in ihren individuellen Sorgen ernst nehmen und Intimität herstellen kann er/sie nicht. Eine solche "Linke" ist *unfähig*, die Vereinzelung und Einsamkeit der Menschen hinter ihren Rollen und Funktionen aufzuheben und damit die Grundlage von Gewalt, Vergewaltigung und Mißverstehen zwischen den Menschen des "Systems" zu beseitigen....

"Wir haben gelernt, uns als die Zentren eines zarten, sensiblen, verwundbaren Bewußtseins zu fühlen, das einer Welt gegenübersteht, die sich keinen Deut um uns kümmert. Und so müssen wir mit dieser äußeren Welt einen Kampf anzetteln und sie unter das Joch unseres Willens prügeln. Wir sprechen von der Eroberung der Natur; wir erobern alles. Wir sprechen von der Eroberung von Gebirgen, der Eroberung des Raumes, der Eroberung der Krebskrankheit u.s.w.. Wir sind im Krieg. Und dies deshalb, weil wir uns als einsame Ego-Bewußtheiten vorkommen, gefangen und irgendwie unentflechtbar mit einer Welt verbunden, die sich nicht nach unserem Sinn richtet, außer wir vermögen sie dazu zu zwingen."

(Alan Watts "EGO" Goldmann 11798)





Epilog

Verachtung ist eines der Schmiermittel, die das gesellschaftliche Gefüge reibungslos funktionieren lassen. Solange man/frau verachtet und die eigenen Fähigkeiten, die eigene Vorstellungen, die eigenen Leistungen oder die eigenen Ideen ("er kann die Tür zur Freiheit nicht aufstoßen, aber *ich kann*) überbewertet, muß man/frau nicht die eigene Trauer erleben, als Kind *nicht* ohne eigene Fähigkeiten und Leistungen geliebt worden zu sein. Aber durch die Vermeidung der Trauer bleibt Mensch in der Tiefe selber der *Verachtete*. Indem die "Linke" ungewollt *verachtet*, d.h., voller Ekel von den verbürgerlichten "Prolls", ihren hirnlosen Vergnügungen und ihrer mangelnden Bereitschaft zum "Widerstand" spricht und sie belehren zu müssen glaubt, wie man/frau "widersteht" und "das Tor zur Freiheit aufstößt", verprellt sie immer wieder jene, die sie eigentlich erreichen will.

Das Geheimnis ihrer *utopischen* Weltflucht ist: alles, was in ihnen nicht großartig, gut und gescheit ist, muß verachtet werden. Damit verachten sie die Ohnmacht, die Schwäche, die Ergebenheit, Unsicherheit und Resignation, kurzum, das hilflose Kind in sich und in den Anderen.

Wer *verachtet*, ist jederzeit zu einer Vergewaltigung fähig; die Vergewaltigung ist hier nicht die Ausnahme, sondern die Regel - sei es durch Worte, die Frauen als selbständige Wesen ausschließen, sei es durch Mißachtung der Gefühle anderer, durch nicht zu Wort kommen lassen, durch aktives Nicht-Zuhören und nur dann ein Argument aufgreifen, wenn es von einer, in der Gruppe hoch angesehenen Person (noch einmal) vorgetragen wird, sei es durch ungefragt aufgedrängte Hilfe, durch Achtung und Stigmatisierung, körperliche Gewalt und sexuellen u.a. Mißbrauch anderer gegen ihren erklärten Willen.

Verachtung beschränkt sich beileibe nicht auf Männer, sondern spricht ebenso aus so manchem feministischen Text, wo z.B. geschrieben steht: "Da der Vergewaltiger nichts strukturell ungewöhnliches tut, ist es scheinheilig "verkehrt",(das, was er tut,) zu interpretieren als Ausdruck der psychischen *Schwäche* eines besonders von der Gesellschaft zugerichteten, *selbstunsicheren* Mannes."("Vergewaltigung/ Pulverfassfrauen zu Ralf Landmesser" aus *FLI*-Rundbrief Nr.18/8-88) So wird nicht nur dem Vergewaltiger der Status eines *Opfers*, welches zwanghaft die als Kind *erlittene* Verachtung heute an anderen *Opfern* auslebt, vorenthalten; vielmehr wird so ein selbstsicherer, sich *bewußt* entscheidender Peiniger "konstruiert", den frau für seine Tat voll zur Rechenschaft ziehen und ihrerseits *verachten* und *haßen* kann.

Vergewaltiger und Vergewaltigungen werden weder mittels Achtung der Vergewaltiger noch durch die Trennung von Männern und Frauen bei gleichzeitiger Brandmarkung der Männer als potentielle Vergewaltiger (in der "Linken" noch in der übrigen Gesellschaft) aus der Welt geschafft, sondern lediglich durch einen respektvolleren Umgang der Menschen miteinander. Nicht nur unsere Rollen, Images und Funktionen, sondern genauso unsere Beziehungen und Liebschaften müssen wir in Frage stellen, um unsere mangelnde Fähigkeit, wirkliche Beziehungen untereinander herzustellen, die den Namen verdienen, zu erkennen. Es ist geradezu *absurd*, die männliche Gewalttätigkeit gegen eine Frau zu verurteilen, *ohne* die vorausgegangene Beziehung der beiden in ihrer Klischeehaftigkeit, ihrem Aneinander-Vorbei-Reden, gegenseitigem Verdinglichen und laufenden Anpassen aneinander *nicht* zu berücksichtigen. Oft sind es gerade Bekannte oder Freunde der Frau, die sie sexuell mißbrauchen; diese Bekannten konnten entweder ihr sexuelles Interesse der Frau anders *nicht* darstellen oder durften dieses nicht (Inzucht, Eifersucht ihrer Ehefrau u.s.w.). Die Frage an uns lautet ergo:"Was läuft immer wieder an unseren Beziehungen schief?" und nicht: "Wer ist Schuld?"

Vom Zwang zur Verachtung *frei* zu werden bedeutet, "das verachtete Kind" in seiner Trauer, nicht die Eltern gehabt zu haben, die es *damals* gebraucht hätte, in uns emotional, nicht nur intellektuell, freizulegen; es beinhaltet, intensiv zu trauern, nicht *an sich*, sondern nur für unsere Leistung und für unsere Anpassung geliebt worden zu sein.

Von unseren, einander in unserem wirklichen Wesen *verachtenden* Beziehungen *frei* zu werden, bedeutet, respektvoller miteinander umzugehen. Wir "sollten" erkennen, das Freiheit kein statischer Zustand ist, sondern u.a. eine Fähigkeit, unsere Einsamkeit als Ego-Bewußtheiten durch zwischenmenschliche Intimität jederzeit und überall aufzuheben und so mit Ablehnung fertig zu werden, ist. Mensch kann sein Leben nicht auf bessere Zeiten verschieben, sondern muß, wenn Freiheit einen Sinn haben soll, versuchen, jetzt *freier* zu leben, jetzt seine Wünsche zu realisieren, statt ihre Verwirklichung in eine ungewisse utopische Zukunft aufzuschieben. Und um *herrschaftsfrei* miteinander umzugehen, müssen wir einander die Chance einräumen, uns so zu geben, wie wir jetzt gerade *denken* und *fühlen*. Dies ist letztlich für jede gesellschaftliche Anarchie eine notwendige Voraussetzung.

Für unsere Gespräche miteinander bedeutet dies.:

- klare Äußerung der *augenblicklichen* Gefühle und Gedanken sich selbst und dem anderen Menschen gegenüber

- überprüfen aller Vermutungen über die Gefühle, Gedanken, Ansichten und Meinungen anderer Menschen durch direktes Nachfragen

- wiederholen all dessen in eigenen Worten, was der andere gerade gesagt hat, um ihm/ihr die Möglichkeit zur Korrektur bezw. Präzision zu geben

- meiden von Unterstellungen

- Mut zur Agression, wenn dir *jetzt* etwas stinkt

- meiden von Vorwürfen aus der Vergangenheit, sondern konstruktiv streiten über Verhaltensänderungen, die dem angegriffenen Menschen *gegenwärtig* möglich ist

- miteinander sprechen, statt Monologe der eigenen Ansichten gegeneinander setzen

- so früh wie möglich um Verhaltensänderungen bitten, nicht erst, wenn Du vor Wut schäumst

- laufend die gegenseitigen Erwartungen voneinander überprüfen

- nichts voraussetzen, was Du vom Gegenüber nicht definitiv erfragt und bestätigt bekommen hast

Nick van Offensein



Keine Frau,
keinen Mann,
keinen Pfennig
für Staat und Krieg!

ANTI-MILITARISMUS



BUNDESWEITER KONGRESS
Gegen Militarisierung:Kriegsdienste verweigern!
SUCHT NEUE WEGE

Ob Rechtsanwalt oder Deserteur,ob Totalverweigerer oder sozialer Friedensdienstler,ob Werpflichtabschaffer oder Grundrechtschützer - alle hatten sie am 14.und 15.Mai ihren Weg nach Frankfurt gefunden.
"Eine breite Diskussion über den Sinn und den Unsinn verschiedener Formen der Verweigerung ist dringlicher denn je", hieß es in dem Aufruf zu dem Kongreß "Gegen Militarisierung:Kriegsdienste verweigern!".Denn "trotz einer starken Friedensbewegung ist Kriegsdienstverweigerung nicht zum zentralen Thema geworden",zu einer "politischen Bewegung mit dem Ziel der Abschaffung jeglichen Militärs.(...)
Kriegsdienste verweigern - das muß wieder zum öffentlichen Thema werden,muß organisierte Verbreitung und politische Bedeutung bekommen.Aus diesem Grunde wollen wir einen bundesweiten Kongreß durchführen,auf dem wir gemeinsam,aber auch kontrovers
- die Geschichte der Kriegsdienstverweigrung contra Militarisierung und Kriegsvorbereitung aufarbeiten,
- die staatliche Planung benennen,
- unsere eigenen Konzepte und Ideen sowie die verschiedenen Formen der Verweigerung kritisch überprüfen und weiterentwickeln."



So formulierten es die VeranstalterInnen Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK),Selbstorganisation der . Zivildienstleistenden(SOdZDL) und Grüne in ihrem gemeinsamen Aufruf.
Und die TeilnehmerInnen des Kongresses diskutierten heftig und kontrovers -in 22 Arbeitsgruppen suchten sie den "radikalen Weg gegen die Kriegsvorbereitungen.Unter den etwa 500 TeilnehmerInnen waren auch Gäste aus Belgien , Österreich,Iran,Irak,Spanien,Griechenland und Namibia,die am internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer , dem 15.Mai,besonders herzlich begrüßt wurden.
Auf diesem nach 18 Jahren ersten KDV - Kongreß wurden tatsächlich einige Diskussionen geführt,die für die KDV-Bewegung neu sind.Diese wollen wir hier kurz dokumentieren.

WINTEX/CIMEX-Manöver soll gestört werden

Auf dem Kongreß wurde eine genauere Analyse der zivil - militärischen Kriegsvorbereitungen geleistet.Es ging nicht nur um die Einplanung von Kriegsdienstverweigerern - faktisch eine Perversion ihrer Verweigerung - es ging um die Einbeziehung aller BürgerInnen in die Kriegsplanungen der Militärstrategen.

Neben den Kriegsdienstverweigerern,die als Zivildienstleistende zwangsverpflichtet werden sollen und dem Maßgaben der Gesamtverteidigung unterstehen,werden auch für alle Frauen von 18 bis 55 Jahren,für bestimmte Berufsgruppen , insbesondere im sozialen Bereich und im öffentlichen Dienst und für alle Arbeitskräfte nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz zivil-militärische Zwangsdienste vorbereitet.
Geübt wird die Verflechtung militärischer und ziviler Dienste alle zwei Jahre , in den Nato-Manövern WINTEX/CIMEX,mit Beteiligung kommunaler Instanzen und Hilfsverbände.
Ein Ergebnis des Kongresses soll ein gemeinsames Forum der VeranstalterInnen sein, das sich auch mit der Vorbereitung von Aktionen befassen soll.
Wichtiges Ziel sei es,so wurde es auf dem Kongreß gefordert,das WINTEX/CIMEX-Manöver im Februar 1989 zu stören.Es

darf nicht sein, daß in aller Ruhe geübt wird, wie unter Einbeziehung von KriegsdienstverweigerInnen Krieg geübt wird.

Kampagne gegen Zwangsdienste

Auf dem Kongreß wurde ausführlich die soziale Rolle der Zwangsdienste beleuchtet. Dabei wurde schnell klar, daß der Zivildienst ein Zwangsdienst neben anderen ist, wie z.B. der Zwangsarbeit nach dem Bundessozialhilfegesetz.
Mit der Einführung von unterbezahlten und nahezu rechtlosen Arbeitsverhältnissen, mit Flexibilisierung und Ehrenamtlichkeit werden die Löcher im sozialen Bereich gestopft, um die unzureichende Versorgung zu kaschieren. Der Zivildienst spielt da, mit derzeit ca. 70.000 Zivildienstleistenden, eine entscheidende Rolle - und auch da, wo es darum geht, immer mehr Menschen in das System der Leih-und Zwangsarbeit abzudrängen. Ein System übrigens, daß so recht nach dem Wunsche der Unternehmer ausgestaltet ist, mit einer Menge billiger und billigster Arbeitskräfte.
Welche Rolle spielt in diesen Zusammenhängen der Zivildienst? -diese Frage ging um auf dem Kongreß. Die Antwort, die nicht selten kam, war die: "Der Zivildienst ist asozial. Das Bundesamt für den Zivildienst ist hierzulande das größte Leih-und Zeitarbeitsunternehmen."
So ist es notwendig geworden, die Kriegsdienstverweigerung nicht nur auf die von der Wehrpflicht betroffenen Gruppen zu beziehen, sondern auch die verschiedenen Zwangsdienste in eine allgemeine Kampagne gegen Wehrpflicht und Zwangsdienste einzubeziehen.
Dazu soll auch der vom 17.-19. Juni in Düsseldorf stattfindende Kongreß der "Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut" genutzt werden.

Velängerung des Zivildienstes - kein Thema mehr ?

Die am 19. Mai im Bundestag beratene Entfristung des KDV-Gesetzes und Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate, spielte auf dem Kongreß nur eine Nebenrolle. 24 Monate sind 24 Monate zuviel, heißt für viele Kriegsdienstgegner die Devise. Nicht um eine "Gleichberechtigung" im Zwang, oder eine gleiche Dienstzeit von Soldaten und Zivildienstleistenden soll gestritten werden, sondern um die Abschaffung der Wehrpflicht. Das soll auch bei den zu erwartenden antimilitarischen Aktivitäten und Streiks gegen die Verlängerung des Zivildienstes deutlich werden. Einig waren sich die KriegsdienstgegnerInnen auch in der Unterstutzung des Aufrufes der Arbeitsgruppe "Frauen gegen Militär", die auf die Bedeutung der sogenannten "allgemeinen Dienstpflicht" für die Diskussion der KDV-Organisationen hinwies:
"(...), in den 90er Jahren fehlen nicht nur Soldaten, sondern auch pflegende Frauen und Männer im sozialen Bereich. (...) Wir fordern euch auf:
Seht nicht nur die Einbeziehung der



Frauen in die Bundeswehr, sondern auch die schleichende Militarisierung der Frauen durch
- die Notstandsgesetze,
- Einführung und Ausweitung der freiwilligen Dienste und
- die Forderung nach einem sozialen Pflichtjahr für Frauen und Männer!"

15. - internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer

In diesem Jahr wies der internationale KDV-Tag auf die Situation der Kriegsdienstverweigerer in Polen hin. Auf dem Kongreß gelang es nicht die polnischen Kriegsdienstverweigerer mit Aktionen für ein Recht auf KDV zu unterstützen. Vertreter von KDV-Organisationen anderer Länder stellten vielfach ihren Kampf, gegen Militarismus und Krieg dar. Insbesondere Deserteure aus dem Iran und Irak führen diesen Kampf, oder flüchten unter lebensgefährlichen Bedingungen. Etwa 6.000 Menschen aus dem Irak und 60.000 aus dem Iran, zum größten Teil Oppositionelle, befinden sich zur Zeit in der BRD. Die Bundesrepublik unterstützt nicht nur beide kriegführenden Staaten, sondern verwehrt auch denen, die vor dem Krieg flüchten, das Recht auf Asyl. Das Leben dieser Menschen im Land der Komplizen ist menschenunwürdig.
Kriegsdienstverweigerer sind aufgerufen, gegen diese Komplizenschaft Widerstand zu leisten. Der Kongreß "Gegen Militarisierung: Kriegsdienste verweigern!" sollte ein Beitrag dazu sein.

Ein Resumée?

Die Bewegung der KriegsdienstgegnerInnen führt kontroverse Diskussionen, verstärkt ihre Vernetzung und spricht über neue Ideen. Es ist deutlich geworden, daß auf dem KDV-Kongreß Ergebnisse erzielt wurden, die so bisher nicht in den KDV-Organisationen verankert waren.
Der Kongreß also ein erstes Schrittchen hin (oder zurück?) zu einer Bewegung gegen Zwangsdienste und Kriegsvorbereitungen.
Wer an näheren Informationen interessiert ist, kann auch weiterhin im Kongreßbüro, Vogelsbergstraße 17, in 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/4980394, eben diese und die in Kürze erscheinende Dokumentation, für voraussichtlich 6,- DM erhalten.

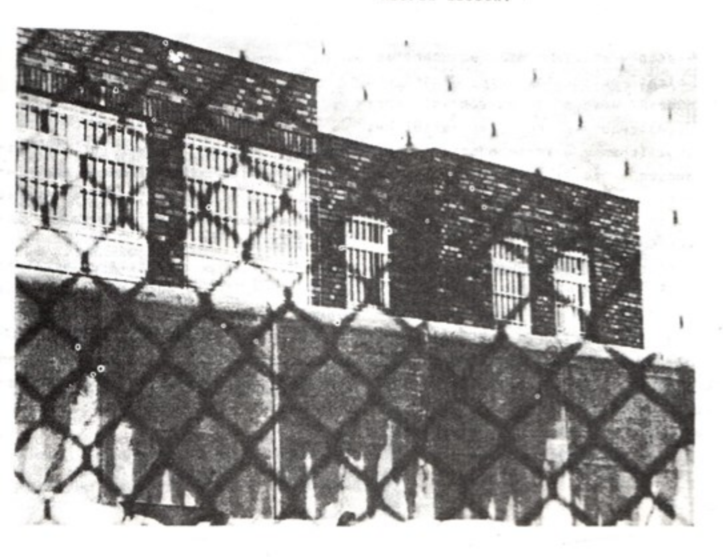


KNASTKUNDGEBUNG IN BERLIN

KNASTKUNDGEBUNGEN IN MOABIT UND PLÖTZENSEE

Donnerstag,23.06.88, 17°°h in Plötzensee, 18³⁰h in Moabit , Turmstraße

wir machen diese kundgebungen , weil knast für uns,als widerstand,bedingung und kampfterrain ist.
wir wollen den gefangenen vom 1. mai unsere solidarität rüberbringen,und den politischen druck für die hüftoperation von angelika goder und für die verlegung von angelika und gabriele rollnik in die gruppe von gefangenen aus der raf in lübeck verstärken.
der knast ist eine ständige bedrohung für alle,die sich gegen die alltägliche ausbeutung und unterdrückung wehren,für alle,die sich im revolutionären widerstand begreifen und kämpfen.
knast ist das gebiet der konfrontation, wo der zugriff der herrschenden auf uns am direktesten ist,er ist deshalb auch das gebiet,wo es existentiell für uns ist unsere identität zu bewahren und den kampf fortzusetzen.
knast ist ein kampfterrain,die kämpfenden gefangenen sind teil der revolutionären bewegung insgesamt. die gemeinsamkeit des kampfes drinnen und draußen drückt sich in konkreter praktischer solidarität aus.



in den letzten jahren hat sich die repressive gesetzgebung verschärft.
immer mehr frauen und männer,die widerstand leisten werden kriminalisiert und eingeknastet (§129a,konstrukt "legale raf",verhaftungen in düsseldorf, duisburg, ulla und ingrid,etc.),nicht zuletzt hat die repressionswelle nach den schüssen an der startbahn west,im herbst 87 deutlich gezeigt, daß die auseinandersetzung um verhalten und kampf im knast , für uns sehr wichtig ist.
das heißt z.b. auch die auseinandersetzung um aussageverweigerung.gerade nach den startbahnschüssen wurde es dem staatsschutz erst durch die aussagen,die leute gemacht haben,möglich, beschuldigungen und konstrukte gegen die festgenommenen aufzubauen und darüber hinaus zusammenhänge aufzurollen und weitere leute festzunehmen.
die entscheidung,bei einer festnahme nicht mit den schweinen zu kollaborieren, setzt unseren kampf/die eigene identität,gegen ihren zugriff auf uns.
vor dem hintergrund der mobilisierung gegen den iwf/weltbank - kongreß im herbst,bekommt diese auseinandersetzung für uns nochmal eine ganz konkrete bedeutung, schließlich wollen wir uns nicht,wie das kaninchen vor der schlange, von den repressionsdrohungen blockieren lassen.

im letzten jahr hat die spontane revolte in kreuzberg gezeigt, welche dimension unzufriedenheit und der haß gegen den staat und seine gewaltapparate mittlerweile haben,daß es ansätze einer klassenbewegung gibt.das ist von der tendenz her eine allgemeine entwicklung (z.b.rheinhausen),in k36 hat sie die zugespitzteste form.
die repression der schweine läuft nicht gegen den widerstand,sondern gegen die bevölkerung des ganzen stadtteils, die integrationsstrategien der letzten jahre konnten die gesellschaftlichen widersprüche nicht zu - kleistern. seit mai 87 wird kreuzberg immer wieder militärisch von der staatlichen bürgerkriegsarmee,genannt polizei,besetzt;oder,wie zum reagan - besuch im juni 87,abgeriegelt.sie bauen schon längst nicht mehr auf den politischen konsens,sondern setzen (neben ihren integrationsversuchen zwecks spaltung und ruhigstellung)immer mehr auf einschüchterung und offene gewalt.
gegen diese angriffe auf unseren lebensbereich, auf den stadtteil als soziale struktur, entwickelt sich immer wieder widerstand.einen organisierten politischen ausdruck,hat das mit der 1.mai-demo 88 bekommen.
in der nacht des 1.mai inszenierten die schweine einen lang vorbereiteten angriff,gegen die leute auf der strasse,um ihre schlappe vom 1.mai 87 wettzumachen und um unseren politischen erfolg mit der demo zurückzudrängen, dazu gehörten natürlich auch massive festnahmen, wovon jetzt noch vier männer in moabit sitzen.
VOR DEM KNAST WOLLEN WIR SIE GRÜßEN UND IHNEN UNSERE SOLIDARITÄT RÜBERBRINGEN.!
im hochsicherheits(hs)-trakt der frauen in moabit,sitzen zur zeit angelika goder und gabriele rollnik,beide gefangene aus der raf,in zweierisolation seit dem hungerstreik 84/85 fordern sie, im rahmen der forderung nach zusammenlegung der gefangenen aus raf und widerstand in große gruppen,ihre verlegung nach lübeck und die zusammenlegung mit den dortigen,gefangenen frauen aus der raf.
seit jahren fordert angelika eine dringend notwendige operation an der hüfte, ohne staatsschutzbewachung im krankenzimmer. jetzt gibt es eine konkrete zusage , daß die operation im knastkrankenhaus fröndenberg (nrw) unter ihren bedingungen laufen kann;daß die schweine jetzt endlich diese zusage gegeben haben,liegt auch daran, daß die forderung der gefangenen,im

Die ärztliche Versorgung ist in den Knästen überall gleichermaßen schlecht. Viele gefangene Männer und Frauen leiden ihr ganzes Leben unter den durch nicht geleistete oder miserable Behandlung verursachten körperlichen Schäden oder sterben daran. Die Schikanen, denen Angelika Goder ausgesetzt ist, haben zweifellos ihre Ursachen auch darin, daß sie sich bis heute dem Druck der Herrschenden nicht gebeugt und nicht aufgegeben hat; sie erlebt die gleichen Zwangsmaßnahmen wie jede/r Gefangenen, der/die sich dem Knastsystem nicht unterordnet.

Natürlich ist es nur logisch und legitim, sich zunächst mit jenen zu solidarisieren und auseinanderzusetzen, zu denen politisch und/oder menschlich die größte Nähe besteht. An diesem Punkt darf aber eine sich als politisch definierende Diskussion von "Knast" nicht stehenbleiben.

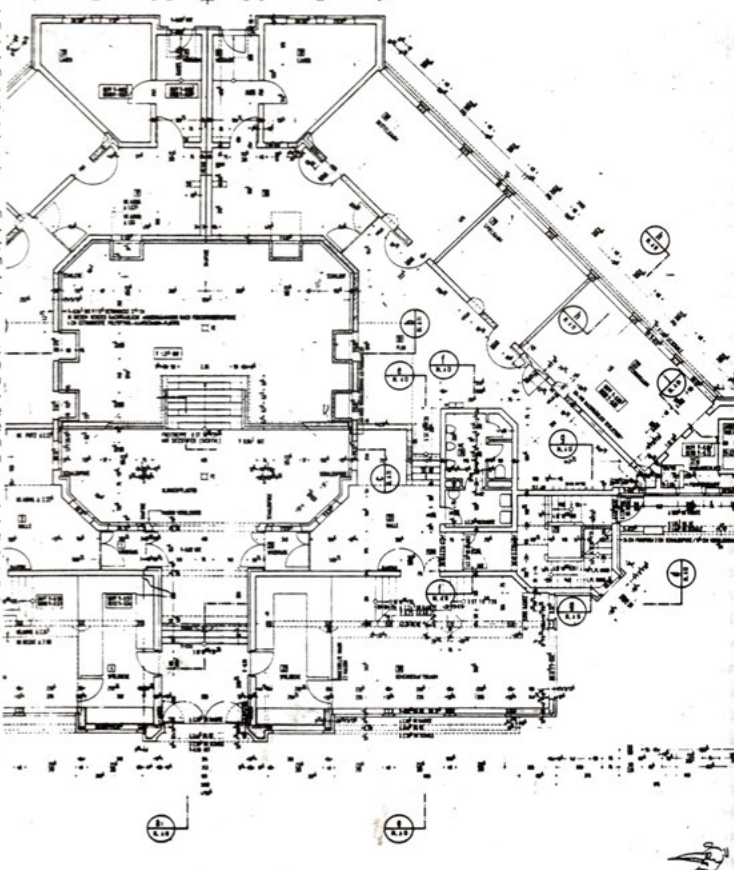
Was wir deutlich machen wollen, ist folgendes: Die Verfasser/innen gehen in ihrem Text nicht von einer grundsätzlichen Analyse der Funktion des Knasts und der Gefangenen aus, sondern beschränken sich auf die Darstellung der Situation einer ganz bestimmten Gruppe. Sie vermitteln nicht anhand eines Beispiels die gesamte Problematik und suggerieren so eine in Wirklichkeit nicht in dieser Form vorhanden Einzigartigkeit.

An diesem Punkt vollziehen sie die Spaltungspolitik nach, mit der der Staat seine Herrschaft sichert. Wenn z.B. also im Knast, je nach Art der Normverletzung, Grad der Angepaßtheit, Haftdauer o.ä., die Gefangenen unterschiedliche Haftbedingungen haben, dann soll damit auch das gemeinsame ihrer Situation verschleiert, jede Solidarisierungsmöglichkeit unterdrückt werden. Wenn wir Draußen eine einseitige Lobbypolitik zulassen, dann hat dies zur Folge, daß wir genau diese Spaltungspolitik mittragen und den Herrschenden damit in die Hände arbeiten.

Ziehen wir doch mal ganz gemein den Umkehrschluß aus einer Forderung wie "Freilassung für Günther Sonnenberg". Der heißt dann: "Die Anderen können drin bleiben".

Deshalb: **Keine Spaltung Drinnen und Draußen!**

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!



BUNTE HILFE FRANKFURT

c/o Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
6000 Frankfurt 1
Tel.: 28 39 48

Bürozeiten:
Mo – Fr 17.00 – 19.00
So 18.00 – 20.00

SPENDENAUFRUF

Seit dem 2.11.1987.dem Tag.an dem die tödlichen Schüsse an der Startbahn-West des Frankfurter Flughafens fielen.sind immer mehr Menschen aus dem Kreis der gegen die Startbahn Engagierten polizeilicher Verfolgung ausgesetzt.

Diese Schüsse lieferten den wohlfeilen Vorwand.die bisher breiteste und schärfste Repressionskamgagne gegen die Startbahnbewegung zu entfachen. Hilfreich dafür war auch die Änderung des §129a StGB zum 1.1.87:Sachbeschädigungen - z.B. an Strommasten - gelten dieser Neufassung gemäß als terroristische Anschläge.Damit konnte die Bundesanwaltschaft als für solche Delikte zuständige Behörde in gewohnter Manier tätig werden.

Innerhalb weniger Monate sind Hunderte von Personen als Beschuldigte.Zeugen. Betroffene unter Druck gesetzt worden. der auch vor ihren Familienangehörigen nicht haltmachte.Ihre Häuser und Wohnungen wurden durchsucht.sie wurden festgenommen oder verhaftet.bei polizeilichen Vernehmungen mit Drohungen traktiert.Erstmals sitzen mehrere Personen in Untersuchungshaft.Mit den ersten Anklagen ist bald zu rechnen.

Die Bunte Hilfe Frankfurt hat in den letzten Wochen und Monaten bereits rund 10.000.-DM für Beratung von Beschuldigten und Zeugen bzw. deren Verteidigung ausgegeben sowie Fahrtkosten für Rechtsanwälte auswärtig Inhaftierter bezahlt.

Unsere Mittel sind nahezu erschöpft.Da noch unabsehbare Kosten auf uns zukommen werden.sind wir auf finanzielle Unterstützung all derer angewiesen.die jahrelang mit uns den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu verhindern suchten.

Über die Verwendung der Spendengelder werden wir wie üblich mindestens einmal im Jahr Rechenschaft ablegen.

An dieser Stelle sei noch einmal allen gedankt.die durch ihre solidarischen Spenden unsere bisherige Arbeit ermöglicht haben.

Frankfurt.im Juni 1988

Spendenkonto: Sonderkonto Volker Luley, Postgiroamt Frankfurt, 160 72-603

betrifft: Mobilisierungsflugblatt

zu den Knastkundgebungen

Stellungnahme des *DURCHBLICK*

Am 23.6.88 haben vorm Frauenknast Plötzensee und dem Knast in Moabit Kundgebungen stattgefunden. Im Rahmen der Mobilisierung ist ein doppelseitiges Flugblatt erschienen, mit dem wir erhebliche inhaltliche Schwierigkeiten haben. Wir halten es für notwendig, den einseitigen und unserer Ansicht nach zum Teil falschen und spalterischen Darstellungen öffentlich etwas entgegenzusetzen.

Um unsere Kritikpunkte zu verdeutlichen und zu vermitteln, warum uns eine derart verkürzte und kurzsichtige Auseinandersetzung mit Knast einfach Bauchschmerzen bereiten muß, werden wir erstmal unser Verständnis von der Funktion des Knasts in der Gesellschaft vermitteln. Daß Knast und Justiz zu den wichtigsten Bestandteilen des Programms der Herrschaftssicherung des Staates gehören, ist klar. Eine Bedingung für Herrschaftssicherung ist ein gut funktionierendes System sozialer Kontrolle. Dies bedeutet, daß die in einer Gesellschaft herrschenden Normen innerhalb dieser weitervermittelt werden und deren Einhaltung kontrolliert wird. Das geschieht in der Familie, im Kindergarten, -laden, der Schule, der Kirche, vor der Glotze ... In der Regel klappt "Erziehung" zum/zur braven Bürger/in, der/die die herrschenden Werte und Normen verinnerlicht hat, auch problemlos. In den Fällen, in denen es trotzdem zu Normverletzungen kommt, schalten sich Jugendamt, Bullen und Justiz kontrollierend und strafend ein. Je nach Alter, Art der Normverletzung und gesellschaftlicher Stellung können die verschiedensten Maßnahmen ergriffen werden: Geldstrafen, Freizeitarbeiten, Heimeinweisung, Bewährungsstrafen, Psychiatrisierung usw. Das härteste Sanktionsmittel neben der Psychiatrie ist der Knast.

Es ist wichtig zu begreifen, daß alle Teile der sozialen Kontrolle aufeinander aufbauen. Jede Kontroll- und Strafinstanz funktioniert nur, weil sich bei ihrem Versagen sofort eine noch mächtigere einzuschalten droht. Letztes Glied in dieser Kette ist der Knast.

Das System der sozialen Kontrolle wirkt zum einen durch den direkten Zugriff auf die Einzelperson (Sanktion). Andererseits soll den normenkonform Lebenden durch die Bestrafung der Normverletzer/innen die Wirksamkeit und Gültigkeit der bestehenden Gesetze vor Augen geführt werden. So werden sie in ihrem angepaßten Verhalten bestätigt und können sich gleichzeitig positiv von den "Übeltäter/innen" abheben. Um dieses Gefühl und damit auch die Solidarität mit dem Staat und seinen Normen noch zu verstärken, wird durch die Medien der/die Normverletzer/in zum Feindbild aufgebaut. Es wird z.B. gezielt der Eindruck erweckt, es handele sich bei Gefangenen generell um "gewalttätige Verbrecher/innen" (tatsächlich sitzen ca. 70% aller Gefangenen wegen Eigentumsdelikten im Knast), vor deren blutrünstigen Aktivitäten nur der Staat Schutz bietet. Durch diesen angeblichen Schutz der Allgemeinheit legitimiert der Staat ganz nebenbei seinen Herrschaftsanspruch und den Ausbau der Maßnahmen und Institutionen zur Sicherung von Gesetz und Ordnung.

Wir fassen jetzt nochmal zusammen, welche Wirkung der Aufbau eines Feindbilds, in diesem Fall das der Gefangenen, hat:

Wird der "gesunde Volkszorn" gegen ein/e bestimmte/n Feind/in mobilisiert, kann sich der Staat ziemlich sicher darauf verlassen, daß "sein Volk" bestens im Sinne der Herrschenden funktionieren wird.

Es wird
- selbst Normen und Gesetze einhalten.
- alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Feindes/der Feindin gutheißen und sogar schärfere fordern. Nicht zur Kenntnis oder aber in Kauf genommen wird die damit verbundene Einengung des gesamten gesellschaftlichen Lebens. Jegliche Verantwortung, gerade auch für Konfliktlösungen, wird an den Staat abgegeben.
- abgelenkt von seinen tatsächlichen Problemen bzw. den/die Feind/in als Verursacher/in betrachten (z.B. Erwerbslosigkeit und Rassismus).

Der Blick darauf, daß die Gesetze und Normen nur der Durchsetzung der Interessen der Herrschenden dienen, ist verstellt. Es ist z.B. kein Zufall, daß gerade in einem kapitalistischen Staat wie der BRD das "Recht auf Eigentum" so betont wird. Daß damit in erster Linie der durch Ausbeutung zustandegekommene Reichtum der Herrschenden gemeint ist, ist klar. Allen anderen würde eine Umverteilung nur zugute kommen. Doch wer sich über den/die Ladendieb/in aufregt, merkt nicht vom wem er/sie eigentlich bestohlen wird.

Durch die Schaffung scheinbarer Fronten klappt die Spaltung immer besser: Erwerbslose gegen Erwerbstätige, deutsche Arbeiter/innen gegen solche aus anderen Ländern, ... und im Knast dann Drogengebraucher/innen gegen Nicht-Drogengebraucher/innen, "politische" gegen "soziale" Gefangene, "Resozialisierungswillige" gegen "Vollzugsstörer/innen" usw. So wird gespalten und gegeneinander ausgespielt, bis endlich keine/r mehr merkt, wo der eigentliche Feind ist. Während sie sich untereinander bekämpfen, können die Herrschenden ihr Geschäft in Ruhe weiterbetreiben.

Aus der kurzen Darstellung der Funktion des Knasts im System der sozialen Kontrolle und der Funktion des Feindbilds, das in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf die Gefangenen projiziert wurde, müßte eigentlich auch klar geworden sein, daß es für die Herrschenden im Grunde ziemlich egal ist, welche Leute im Knast sitzen, da dies für das Funktionieren des Gesamtsystems kaum von Bedeutung ist. Entscheidend ist dafür nur, daß es Knäste gibt und sich ein bestimmter Anteil der Bevölkerung dort befindet. Wie austauschbar die Gefangenengruppen sind, zeigt z.B. die Tatsache, daß trotz verstärkter Einknastung von Drogengebraucher/innen die Gefangenenzahl ziemlich konstant geblieben ist. So sitzt quasi eine Gruppe von Normverletzer/innen stellvertretend für eine andere im Knast. Welche Gruppe wann verstärkt kriminalisiert und eingeknastet wird, ist eher abhängig von ihrer propagandistischen Ausschlachtbarkeit als von der tatsächlich von ihr ausgehenden "Gefahr für die Allgemeinheit". Da bekommt doch der Satz "Ihr für uns Drinnen, wir für Euch Draußen" noch einen ganz anderen Sinn ...



Die einzige Gefangenengruppe, die von dieser Form der Austauschbarkeit nicht betroffen ist, ist die, die aufgrund ihrer direkt gegen den Staat gerichteten Aktionen eingefahren ist. In diesem Fall setzt der Staat allein auf unmittelbare Unterdrückung und Vernichtung.

Doch kommen wir nun endlich ganz konkret zur Kritik am erwähnten Flugblatt.

Es richtet sich - auch nach genauestem Durchzählen kamen wir an der Feststellung nicht vorbei - an nicht mehr als zehn von ca. 3500 gefangenen Männern und Frauen hier in Westberlin. Das entspricht auch genau dem eingeengten Weltbild, daß die Verfasser/innen uns in dem gesamten Papier vermitteln. Knast erscheint ihnen nicht etwa als Bedrohung für alle, die sich nicht normenkonform verhalten, sondern nur für die, die aufgrund ihrer politischen Aktivitäten kriminalisiert werden. Mit seiner gesellschaftlichen Funktion setzen sie sich nicht auseinander. Nur in den Absätzen über die Situation in Kreuzberg 36 scheint die Erkenntnis aufzutauchen, daß sich staatliche Repression gegen jede/n richtet. Dem Flugblatt zufolge liegt dies daran, daß sich in K 36 die Ansätze zu einer Klassenbewegung in besonders zugespitztere Form zeigen. Daß mit den gleichen Maßnahmen gegen jede Gruppe und Einzelperson vorgegangen wird, die die Normen der Herrschenden verletzt, fällt da völlig unter den Tisch. Treibjagden auf Drogengebraucher/innen, Versuche HIV-Positive zu kasernieren, polizeiliche Todesschüsse bei Einbrüchen usw. - daß der Vernichtungsapparat immer der gleiche ist und immer das gleiche Ziel, die Herrschaftssicherung, verfolgt, bleibt unbemerkt.

Da die Verfasser/innen anscheinend nur die eigene Bedrohung wahrnehmen, ist es natürlich naheliegend, daß sie diese Sichtweise auch auf "ihre Gefangenen" übertragen. Richtig ist natürlich, daß diese von vornherein besonders repressiven Haftbedingungen unterliegen (z.B. 24-Punkte-Programm bei den meisten, die nach § 129a einfahren), der Angriff auf ihre Identität findet unmittelbar und offensichtlich statt.

Jedoch ist den Autor/innen offenbar entgangen, daß die Trakte schon seit Jahren mit den verschiedensten Gefangenen belegt werden, die sich auf irgendeine Art nicht anstaltskonform verhalten. Mal reicht's aus, 'nem unerträglichen Schließer eine gescheuert zu haben, mal müssen angebliche Fluchtversuche herhalten und ab und an gibt's auch gar keine Begründung. Als "Vollzugsstörer/in" gilt schon, wer auf ganz legalem Wege ständig Beschwerden schreibt. Im Einzelfall wird der Traktaufenthalt noch durch Bunkerstrafen unterbrochen oder durch Verabreichung von Psychopharmakagaben zur Hölle gemacht. Da diese Gefangenen aber in der Regel keine Lobby haben, die ihre Situation und die Zustände in den Knästen öffentlich macht, kann sich hartnäckig der Glaube halten, nur Gefangene aus RAF und Widerstand seien Opfer der Sonderbehandlung.

Auch die Praxis der Trennung von Gefangenen, die Ansätze von gemeinsamem Handeln zeigen, ist uralt. Generell wird seit Bestehen der Knäste versucht, jede Entstehung von Strukturen, die für die Herrschenden nicht mehr absolut durchschaubar und kontrollierbar sind, zu unterbinden, indem die Gefangenen auseinandergelegt werden. Den Herrschenden ist sehr wohl bewußt, daß viele Gefangene für sich selbst und in kleinen Gruppen die verschiedensten Formen entwickelt haben, sich dem Druck zu entziehen und/oder dagegen Widerstand zu leisten (Verweigerung des Behandlungsprogramms, Arbeitsverweigerung, Sabotageaktionen ...). Sie wissen auch, daß sie, wenn sich daraus gemeinsam organisierte Aktionen entwickeln, nicht mehr viel zu lachen haben werden.

widerstand immer wieder zum punkt gemacht worden ist.(z.b.auch das plakat zu ihrer op.und zur zl.,mit dem das ex und die backstube kriminalisiert werden sollten;die aktionen der verwandten,ihre fahrt zum uno-menschenrechtsausschuß,als die brd-regierung den bericht,über die menschenrechtssituation in der brd,vorlegen mußte.)

konkret sieht die situation aber so aus,daß gabi und angelika in die plötze verlegt werden sollen,wobei nicht klar ist,wie das genau ausseheh soll, ob sie zusammen bleiben,oder getrennt werden sollen.

angelika kann die operation nicht machen lassen, bevor ihre weiteren haftbedingungen klar sind.die schweine könnten sonst die situation ausnutzen, um sie nach der operation in nrw zu behalten und so die beiden für den rest ihrer haftzeit zu trennen.deshalb kommt es gerade in dieser situation darauf an,daß wir weiter politischen druck für die erfüllung der forderungen der beiden frauen machen.

für viele der revolutionären gefangenen ist der kampf um zusammenlegung, also für große gefangenenkollektive, eine existentielle frage ,weil da, wo gemeinsame diskussion und arbeit möglich ist,das vernichtungskonzept der isolationshaft bricht.

der kampf um zusammenlegung ist auch unser kampf , weil die revolutionären gefangenen teil der revolutionären bewegung sind.mit dieser forderung ist gemeinsame diskussion und kampf mit den gefangenen möglich. die durchsetzung der zusammenlegung heißt,daß sich ein teil des widerstandes durchgesetzt hat,und das stärkt die gesamte revolutionäre bewegung.

klar ist,daß sich über die verlegung in den hs-trakt in der plötze,die bedingungen für gabi und angelika verschlechtern würden.die plötze ist ein nato-modellknast, der nach einem konzept der isolation und differenzierung (stufenweiser behandlungsvollzug),aufgebaut ist und der schrittweise und schleichend zu einem einzigen hs-trakt umgebaut wird.

der trakt in der plötze soll über die politischen gefangenen legitimiert werden, aber er ist in wirklicchkeit teil eines umfassenden knastkonzeptes, mit dem sie alle gefangenen männer und frauen bedrohen wollen,die sich wehren und organisieren.

zur zeit werden in der plötze die sicherheitsvorkehrungen verschärft (einbau von milchglas,abtrennen der höfe,überprüfung der kanalisation).

im letzten jahr haben gefangene frauen in der plötze,gegen dieses knastsystem mit einem hungerstreik gekämpft und in ihrer erklärung gesagt:"...er (der hungerstreik)ist unsere erste und bestimmt nicht letzte gemeinsame aktion,entgegen der spalterei und permanenter fremdbestimmung . denn was in diesem knast im großen läuft, macht auch vor den einzelnen stationen / zwangsgemeinschaften nicht halt.so wie wir in einzelne häuser und wohngruppen für soziale gefangene und politische aufgeteilt sind , sollen die stationen nochmals unter sich in kooperative und nichtkooperative aufgespalten werden - wobei die kooperativen die überhand gewinnen sollen."

uns hat der hungerstreik der frauen damals ziemlich mobilisiert.er ist ein weiteres beispiel dafür,daß der widerstand auch unter anderen bedingungen weitergeht,bzw.sich entwickeln kann.

wir wollen mit dieser knastkundgebung allen kämpfenden gefangenen frauen und männern in der plötze und in moabit powrige und solidarische grüße direkt vor ort rüberbringen.wir wollen ihnen damit zeigen,daß der gemeinsame kampf aus den unterschiedlichen bedingungen heraus,für uns das verbindende ist.

SOLIDARISCHE GRÜßE AN ALLE KÄMPFENDEN GEFANGENEN MÄNNER UND FRAUEN

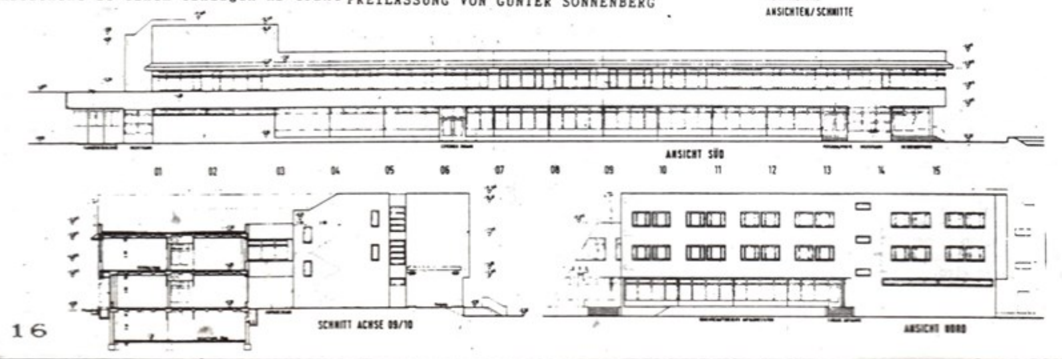
SPEZIELLEN GRUß AN DIE GEFANGENEN VOM 1.MAI

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND

OPERATION FÜR ANGELIKA OHNE STAATSSCHUTZ IM KRANKENZIMMER

FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG

BEHANDLUNGSZENTR./
VERWALTUNG
ANSICHTEN/SCHNITTE



FÜR EIN NEUES ZENTRUM !

ZENTRUMSKONZEPT!!!!

Auslöser für die Idee eines neuen Zentrums war die Kündigung der alten Räume des Libertären Zentrums (LZ) zum 30.Juni.Die entstehende Diskussion über ein "anderes" Zentrum bezog sich einmal auf die bisherigen (negativen) Erfahrungen im LZ.mit dem Anspruch unsere eigenen (Macht-)Strukturen zu knacken.und weitergehend auf unser Bedürfnis ein Zentrum zu schaffen in dem wir uns nicht nur zum "Politik machen" treffen.sondern dieses Teil unseres Alltags wird.Raum politisches und privates zu verbinden...Uns kam die Idee einer Kneipe.Dazu später mehr.

Treibende Momente in der Auseinandersetzung mit unseren Strukturen waren und sind weiterhin:

1 Das Verhältnis der Frauen zu den Männern und umgekehrt.Machtstrukturen und Mackerverhalten zu knacken.Dies soll jedoch nicht wieder an den Frauen hängen bleiben.die dann irgendwann doch die Nase voll haben und sich aus den gemischten Zusammenhängen rausziehen.sondern muß gemeinsam auch unter Männern laufen.

2 Die gerade sich an den Erfahrungen des 2.11. ergebende Diskussion über mangelnde persönliche und politische Auseinandersetzung in unseren Strukturen.Die Frage der Verbindlichkeit unter uns.unser persönliches Miteinanderumgehen.bei dem Menschen funktionalisiert werden.Frau oder Mann werden nicht als Persönlichkeit wahrgenommen. sondern haben nach einzelnen Fähigkeiten.z.B. "hat viele Connections". "kann gut reden".ihren "Rang" in der Bewegung.

Wir verstehen uns als AnarchistInnen.Autonome und Feministinnen.Teilweise haben wir jedoch auch Schwierigkeiten uns diesen politischen "Schlagwörtern" unterzuordnen.Unsere zentrale gemeinsame Vorstellung ist unser Politikverständnis von selbstbestimmter autonomer Organisierung.

Das Zentrumsprojekt begreifen wir dabei als ein Teil unserer eigenen Organisierung als Zentrumskollektiv.Darüberhinaus soll das Zentrum für Rhein-Main zu einem Knotenpunkt in einem Netz von autonomen Strukturen werden.ein Ansatz selbstorganisierter Gegenmacht hier in der Region.Diese Gegenmacht nährt sich für uns aus der Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft.Diese Vorstellung verweisen wir jedoch nicht in nachrevolutionäre Zeit.sondern versuchen sie jetzt.als Maßstab revolutionärer Identität zu leben.d.h. Widersprüche zwischen Utopie und Wirklichkeit zu hinterfragen und anzugehen.Dabei werden wir immer auf Widersprüche stossen.die wir in dieser Gesellschaft nicht aufheben können.



Die ersten Erfahrungen der Rebellion gegen das Ausbeutersystem haben die meisten von uns jenseits dem Zwang zur Lohnarbeit erlebt.Für viele von uns entwickelte sich ihr Bewußtsein von einem "besseren Leben" gerade in den Kämpfen.die außerhalb der Fabrik geführt wurden und werden.Diese Kämpfe richte(te)n sich gegen die Durchstrukturierung unseres gesamten Lebens.angefangen bei der Wohnung.Schule bis in die Zweierbeziehung.nach der Fabriklogik von Profit und Effektivität.

Schülerkämpfe.Jugendzentrumsbewegung. Häuserkämpfe.Frauenkampf und nicht zuletzt die Kämpfe an der Startbahn wurden immer auch in der Vorstellung von selbstbestimmten eigenen Lebensräumen und -vorstellungen geführt gegen die Logik von Auslese und Verwertung.Dabei spielte die Wiederaneignung von Räumen.Häusern.Straßen.Bauplätzen usw..in denen kollektives Leben und Handeln möglich ist.eine zentrale Rolle.Gerade in diesen Erfahrungen erkennen wir die Notwendigkeit für ein "neues Zentrum":Isolierung und Atomisierung aufzulösen in einem kollektiven Projekt.

Damit haben wir jedoch nicht die Frage nach einem politischen Konzept gelöst.Diese Fragen stellen sich erst jetzt viel genauer.

- Unser Verhältnis zur Masse der LohnarbeiterInnen.zur Arbeiterklasse.zur Klasse überhaupt oder wer oder was ist die Klasse?
- Inwieweit das Patriarchat durch Sexismus.Rassismus und gewalttätige Aneignung (unbezahlter) weiblicher Arbeitskraft Grundlage des Kapitalismus ist.
- Wir gehen ja auch arbeiten.Wie durchbrechen wir unsere Isolation beim Knete ranschaffen?Fabrikkampf oder Massenklau.
- Auf wen wollen wir uns überhaupt beziehen.wenn wir praktisch immer wieder mit der sog. bürgerlichen Öffentlichkeit (z.B. die 2.11.-Erklärung des LZ) liebäugeln?

Wir wollen kein Zentrum für die frankfurter Szene machen.Das Ganze ist davon abhängig.ob auch ein größerer Teil der sozialrevolutionären Szene das Zentrum als "ihr Ding" begreifen wird.



Dazu wollen wir noch mal Diskussionen anreißen, die für uns Gegenstand der "Konzeptdiskussion" sind. Eine Politik, die sich verstärkt an den gesellschaftlichen Widersprüchen hier in der Stadt orientiert, wird ihren Kampf viel stärker auf unseren Alltag und den der Menschen beziehen, die den gleichen "Zwängen" unterworfen sind wie wir. Aus unserer eigenen Betroffenheit heraus können wir uns eine eigene "soziale Basis" entwickeln. Mit Kontakten im Stadtteil und auf der Maloche, einem verstärkten Bezug zur Region (Flughafen, Bankenmetropole) und z.B. dem "Internationalismus" auch als soziale Frage hier in Frankfurt zu begreifen, kommen wir vielleicht über das Szene-Ghetto, Aktionismus und Kleingruppenmentalität hinaus.
Konkret gibt es in der Zentrumsgruppe bisher Vorstellungen an Jobbergeschichten, Gen-Tech, Umstrukturierung in der Region, Stadtsanierung, Migration, Asyl und Patriarchat genauer einzusteigen. Dabei gehen wir davon aus, daß von "außen" Einzelpersonen und Gruppen, die an diesen Themen arbeiten oder interessiert sind dazustossen und wir gemeinsam auch an anderen Punkten was auf die Reihe kriegen. Wir wollen



un[illegible] Strukturen schaffen, die auch neue Leute miteinbeziehen können. Es wird dabei von unserem persönlichen Miteinander aller Zentrumsleute abhängen. "Anonymität" in "Persönlichkeit" umzukehren und damit auch der Spitzelparanoia den Boden zu entziehen.
Wichtig ist für uns, daß im neuen Zentrum die einzelnen Arbeitsgruppen nicht bei einem räumlichen nebeneinander stehen bleiben, sondern in einem wöchentlichen Gesamtplenum zu einem miteinander Zusammentragen und Austauschen kommen. In diesem "Zusammenkommen" könnten sich für die einzelnen Gruppen auch neue Möglichkeiten, eine neue Qualität ihrer Arbeit ergeben, wenn wir die verschiedenen Themen aufeinander beziehen. So kann z.B. die Migrationsgruppe der Jobbergruppe einiges über die spezifische Verwertung ausländischer Arbeitskraft (Leiharbeit, Schwarzarbeit) "erzählen" und dabei den Jobbern ganz neue Impulse geben.

Genauere Vorstellungen über die Form der Zusammenarbeit wollen wir mit interessierten Leuten und Gruppen, die sich am neuen Zentrum beteiligen wollen, zusammen entwickeln.

Für Renovierung, Miete usw. werden wir viel Kohle brauchen. Spendet oder richtet Daueraufträge ein!!!!!!!
<u>Postscheckkonto: 335933-607</u>
<u>Fördergemeinschaft für Kultur und Kommunikation</u>

KNEIPENKONZEPT

Die Kneipe ist für uns ein zentraler Teil im neuen Zentrum. Sie entspricht unserer Einschätzung nach einem Bedürfnis, das in der Szene besteht. Sie soll die Möglichkeit des Zusammenkommens jenseits von Polit-dates und Veranstaltungen schaffen, uns unseren Forderungen nach Aufhebung der Anonymität in der Szene, der Trennung von "Politischem" und "Privatem" endlich ein Stück näher bringen.
Die Kneipe wird so lebendig sein, wie die Szene ist, so kollektiv, so solidarisch, wie die Bewegung die Gewaltverhältnisse zerstört, angreift, massenhaft zersetzt. Vielleicht kann die Kneipe Teil militanten Lebens sein, Ausgangsort und Rückzugsort, vorwärtstreibend und verteidigend.
Will die Kneipe den Anforderungen, die wir an sie stellen, also z.B. Ort des Zusammenkommens und Anlaufpunkt für "neue" Leute zu sein, gerecht werden müssen wir vor allem die Strukturen unter uns, unser Verhalten untereinander, bestehende hierarchische Verhältnisse in Frage stellen und verändern. Ansätze, das praktisch zu machen, sehen wir z.B. im Frauencafe, das ein fester Bestandteil in der Kneipe sein soll. (Einmal in der Woche ist das ganze Zentrum für Männer zu.) Es soll Zusammenkommen und Organisation von Frauen ermöglichen und die antipatriarchale Zielrichtung des Zentrums mitbestimmen.
Die Kneipe soll keine alternative Konsumanlaufstelle sein und unsere Arbeit darin soll nicht auf Serviceleistungen beschränkt sein. Das heißt z.B. daß aktuelle politische Ereignisse absoluten Vorrang haben vor dem Kneipenbetrieb. (Kneipe ist zu, wenn Treffen

[illegible] Veranstaltungen laufen.) [illegible] Selbstverständnis ergibt [illegible] die Finanzierung.daß das [illegible] auch die Kneipe nicht nur [illegible] Kneipenbetrieb *finanziert* werden können.(Finanzierung in erster Linie über Spenden und monatliche Beiträge.)
Das heißt auch.daß die Kneipenarbeit sich nicht nur beschränkt auf Bierausschank.sondern daß Zeit ist für den Info-Laden und die eventuell vorhandene Leihbücherei.

Nach Möglichkeit wollen wir jeden Abend ein Essen kochen und zu einer bestimmten Zeit zusammen essen.damit wir einmal alle an einem Tisch sitzen. *Unsere Vorstellung ist es.daß dies so* oft wie möglich in Form einer Volxküche läuft.was dazu beitragen kann.ein Stück weit Privatisierung und Isolierung aufzuheben und uns in allen Bereichen kollektiv zu organisieren.
Die Kneipe soll auch Zusammenspiel von Gegenkultur und politischer Arbeit werden.Gegenkultur heißt für uns Darstellung unserer eigenen Realität und Utopie.heißt auch uns jenseits trockener Polit-dates ein Stück Freiraum.Lebensraum zu schaffen.In der Kneipe *soll das in Form von* Filmen.Sessions.Ausstellungen.Lesungen.Konzerten etc. Raum finden.

KONTAKTADRESSE:Fördergemeinschaft für Kultur und Kommunikation.Schleusenstr. 17:Tel. 232 555



NPD-PROZESS

Aschaffenburg. Am 13.2.1987 wurde in Aschaffenburg die Mitgliederversammlung des NPD-Kreisverbandes A.-Miltenberg gestört.
An diesem Abend trafen sich ca.25 Leute aus Aschaffenburg und der Umgebung.um die NPD-Versammlung aufzusuchen.Nach einer längeren Diskussion entschloß sich die Gruppe zu einer gewaltfreien Aktion.Warnungen und Hinweise auf Gewalttätigkeiten von Seiten der NPD wurden nicht ernst genommen.
Als die "Störergruppe" den Versammlungsraum der NPD.ein Nebenraum einer Gaststätte ("Ratskeller").betrat.sagte der Sprecher der Gruppe.daß man keine weiteren Versammlungen dieser Art mehr dulden werde und daß diese Versammlungen nicht mehr in Hinterzimmern stattfinden würden.ohne gestört zu werden.Man wolle keine Gewalt und werde den Saal jetzt jetzt ohne Gewaltanwendung wieder verlassen.(Wohl doch ziehmlich naiv!)Die Faschisten.wie vorhergesehen.begannen mit einem Tumult.als die "Störergruppe" den Saal verlassen wollte.Dabei wurden auf beiden Seiten Personen leicht verletzt.Die "Störergruppe" flüchtete.eine Frau wurde abgegriffen. Als dies bekannt wurde.gingen ein paar Leute nochmals zur Gaststätte.Dort wurden von der Polizei die Personalien aufgenommen.und einer von ihnen direkt von einem NPDler beschuldigt.an der Schlägerei teilgenommen zu haben.Diese Person war zwar bei der Gruppe dabei gewesen.hatte aber mit dem Tumult nichts zu tun.
Drei dem Motorradclub "Kuhle Wampe" nahestehende Personen nahmen an diesem Abend zufällig (?.d.T.) an der NPD-Versammlung teil.um Informationen für ihre politische Arbeit (??.d.T.) zu sammeln.Sie beobachteten den Vorfall genauestens und konnten dadurch im Prozeß ziemlich genaue Angaben zur Sache machen.

Der Prozeß

Gegen den einen Antifaschisten und gegen drei NPD-Mitglieder wurden auf Grund von Aussagen Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen Körperverletzung. Andere Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt (Nötigung.Körperverletzung) verliefen im Sande.
Da der genaue Ablauf des Vorfalls nicht eindeutig geklärt werden konnte. wurden die Verfahren gegen die drei NPDler auf Antrag deren Verteidiger eingestellt.Der Antifaschist wurde freigesprochen.nachdem die einzige belastende Aussage (von einem der angeklagten NPDler) zurückgezogen wurde.Der Nazi konnte als Zeuge plötzlich nicht mehr mit Bestimmtheit sagen.daß ...Zudem wurde der Antifaschist von zwei "Störern" entlastet.

Einschätzung

Der Versuch.über Mittelsmänner/frauen.Zeugen bzw. Mitglieder der "Störergruppe" zu finden.schlug fehl.Bis auf die Leute.deren Personalien aufgenommen worden waren und zwei weitere Personen (von ca.25) war niemand bereit eine Aussage zu machen.sei es um den Angeklagten zu entlasten oder die NPDler zu belasten.Niemand wollte mehr mit der absolut beschissen gelaufenen Aktion zu tun haben.
Deshalb war es auch unmöglich.den Faschos eine reinzudrücken.wenn auch nur auf justitiellem Weg.Es mag umstritten sein.ob es sinnvoll ist.auch mir gefällt es nicht.jemanden mit solchen Mitteln zu bekämpfen.aber warum die Gegner nicht mit ihren eigenen Mitteln fertig machen?(stark bleiben.weitertippen!.d.T.)
Der Richter hätte den Faschisten gerne eine reingewürgt.es war aber.Dank der Unmenge an belastendem Material.leider nicht möglich!Es waren noch nicht einmal Verletzte da.die von den angeklagten NPDlern geschlagen worden sein könnten!
Letztendlich hat sich in Aschaffenburg zwar doch etwas bewegt (ist inzwischen jedoch schon fast alles wieder eingeschlafen).Die Presse hatte ihr Fressen (ein Erfolg?.d.T.).die Berichterstattung und das Gesamtbild spricht eindeutig für die Antifaschisten.der lokale Radiosender hat ebenfalls berichtet und im Stadtrat wurden heiße Diskussionen um die Vergabe von städtischen Räumen an die NPD geführt.
Aber vor allem für die wenigen Aschaffenburger.die bereit sind.derartige oder ähnliche Aktionen auszuführen bzw. daran teilzunehmen.ist eines klar geworden:Aktionen.die spontan und schlecht geplant sind.können in Aschaffenburg noch nicht durchgeführt nicht durchgeführt werden.(tippen. tippen!.d.T.)
Es wird trotzdem Zeit.sich etwas einfallen zu lassen.da in Aschaffenburg inzwischen öfters von Nazis.vor allem von Skinheads.Ärger gemacht wurde:Ein Skinhead-Treffen wurde von zwei Hundertschaften Polizei verhindert (30 frankfurter Skins wurden wieder nach Hause geschickt) .Trotzdem sollen noch ca.30 Skins in A. gewesen sein (Ende Januar 88).Im Frühjahr wurde einem Punk mit einem Messer die Wange aufgeschlitzt.Wenn die Aschaffenburger dem entschlossen und vor allem geschlossen entgegentreten.werden die sich bald verpissen! (nix für ungut aber wohin und wielange?.d.T.)

James Blond - 007

Libertäre Tage für NRW 88



DIE TATSACHE, DAß WIR MIT DEM RÜCKEN ZUR WAND STEHEN, GIBT UNS IMMERHIN EINEN GEWISSEN HALT.

Auf dem letzten Regional-INFO-Treffen in Köln entstand die Idee eines libertären/autonomen/anarchistischen Regionaltreffens, wenn möglich noch in diesem Herbst. Wir finden diese Idee gut und möchten sie unterstützen, da wir solch ein regionales Treffen möglichst vieler aktiver Gruppen und Projekte aus dem Ballungsraum um Rhein und Ruhr für dringend erforderlich halten.

Während gerade auch in NRW, dem angeblich so liberalen - weil SPD-regierten - Bundesland die Repressionsschraube gegen unsere Strukturen immer stärker angezogen wird, bietet unsere "Bewegung", diese amorphe Masse von Gruppen und Grüppchen, die in der Region gegen Staat, Patriarchat und Kapital kämpfen ein Bild der Hilflosigkeit. Obwohl es im Ruhrpott, im Rheinland am Niederrhein zusammengenommen eine ganze Menge Menschen gibt, die jetzt schon in sozialrevolutionären Zusammenhängen aktiv sind (und ne ganze Menge, die mit unseren Ideen sympathisieren, die aber versändlicherweise in dem, was wir bisher vorgelegt haben keine Perspektive sehen) gelingt es uns nicht, unsere Anzahl und politische Vielfalt in gesellschaftliche Relevanz umzusetzen, obwohl die HERRschenden in ihrer Macht- und Geldgeilheit eine Staats- und Parteienverdrossenheit bei der Bevölkerung hervorgerufen haben, wie es sie in der Geschichte der BRD wohl noch nicht gegeben hat.
Die Gründe für diese Unfähigkeit, kollektive Strategien zu entwickeln, sind natürlich vielfältig, aber daß die lokale Isolierung der (Klein)Gruppen in ihren jeweiligen "Ghettos" eine der entscheidenden Ursachen dafür ist, dürfte für die meisten unter uns nichts neues sein. Die Forderung nach radikaler, regionaler Vernetzung, bzw. sozialrevolutionärer Organisierung (je nach Sprachgebrauch) kommt nicht aus dem "hohlen Bauch", sie ist im Gegenteil die logische Schlußfolgerung aus den HERRschenden Zuständen in unserem Spektrum. Versuche im "1-Punkt"-Bereich, wie z.B. zur Anti-IWF-Kampagne reichen da nicht aus. Nur in kontinuierlicher, gemeinsamer Arbeit regionaler Zusammenhänge können die Verkrustungen, die sich in manchen Gruppen gebildet haben aufgebrochen werden, kann die Verbindlichkeit geschaffen werden, an der es uns bisher so spürbar mangelt, können Informationen schnell und umfassend ausgetauscht und genutzt werden, kurz: Nur so können die Grundlagen dafür geschaffen werden, daß autonome/anarchistische Politik, da wo wir leben und kämpfen eine neue Qualität bekommt und für mehr Menschen zu einer Alternative wird, für die zu engagieren es sich lohnt, die etwas bewirkt.

Natürlich kann es solche regionalen Strukturen, wie wir sie hier fordern, nicht von heute auf morgen geben. Wir können es uns aber nicht leisten darauf zu warten, daß sich solche verbindlichen Strukturen von selbst entwickeln, während wir doch wissen, daß nichts in der Richtung passieren wird, wenn wir nicht alle unseren Beitrag dazu leisten. Lippenbekenntnisse helfen nicht →



weiter!
Durchbrechen wir die Isolation, lernen wir uns kennen! Die beste Möglichkeit, so einen regionalen Dialog in die Gänge zu bringen, Scheinen uns größere, mehrtägige Treffen möglichst vieler GenossInnen aus dem Großraum Rhein/Ruhr, ob sie sich jetzt als Autonome oder AnarchistInnen verstehen, ob sie sich als AnarchosyndikalistInnen bezeichnen, oder als Libertäre, freiheitliche/undogmatische/antiautoritäre SozialistInnen, usw. Ein solches Treffen alleine kann und wird es natürlich nicht bringen, aber es ist höchste Zeit, daß ein mal ein Anfang gemacht wird.



Die LIBERTÄREN TAGE 87 in Frankfurt, bundesweit, und in viel größeren Dimensionen geplant und durchgeführt, als das, was wir uns vorstellen, haben gezeigt, welche Impulse von so einer Veranstaltung ausgehen können, in der wir uns als starke, bunte, lebendige Bewegung erkennen können. Den Vorwurf, die Schaffung regionaler Strukturen habe Vorrang vor bundesweiten Projekten, der damals aus dem autonomen Lager an die Frankfurter OrganisatorInnen gerichtet wurde, möchten wir aufgreifen, weil er uns heute, mehr als ein Jahr später, mehr denn je betrifft:
Die Schweine, die nun mal kein Interesse daran haben, daß wir uns endlich mal einig werden, bleiben natürlich nicht untätig und versuchen, unsere mühsam erkämpften Freiräume wieder zu zerschlagen, die sie als einen zentralen Lebensnerv unseres Kampfes gegen sie erkannt haben. Damit haben sie uns in eine fatale Defensive gedrängt, aus der wir nur dann ausbrechen werden können, wenn es uns gelingt zu einer wirkichen, kämpferischen Front gegen Staat, Patriarchat und Kapital zu werden und dem Widerstand eine Basis zu geben. →





Nachrichten, Berichte, Termine und Kommentare anarchistischer/autonomer Gruppen und Inis aus dem RHEINen AufRUHRgebiet
Erscheint monatlich DM 2.50- + 1.- Porto
Abonnement DM 10.- (Schein) vierteljährlich





c/o:
Der andere Buchladen
Dionysiusstraße 7
4150 Krefeld 1



Zurück zur praktischen Durchführbarkeit regionaler LIBERTÄRER TAGE im Herbst(Oktober).

Wir halten das Konzept, wie es auf dem INFO-Treffen in Köln andiskutiert wurde, für realistisch und durchführbar:

- Das Projekt eines mehrtägigen, libertären Regionaltreffens wird zur Diskussion gestellt, um zu prüfen, ob es nicht nur den Bedürfnissen einiger Weniger entspricht und auch von anderen Gruppen mitgetragen wird.
- Als Veranstaltungsort wird Köln vorgeschlagen. Das liegt erstens zentral und wir können damit auch den Kampf der Kölner HausbesetzerInnen unterstützen.
- Das A-Plenum Köln erklärt sich bereit, Unterbringung und Versorgung der TeilnehmerInnen zu regeln (Anmeldungen unbedingt notwendig!).
- Die LT 88 sollen kein reines Arbeitstreffen werden, sondern auch eine lustvolle Abwechslung zum frustvollen Alltag, bei der neben Arbeit und Diskussion auch das Vergnügen nicht zu kurz kommt. Autonome & anarchistische "Kulturschaffende", die einen Beitrag zum Gelingen dieses Ereignisses - so es denn stattfindet - leisten möchten, können sich ja beim A-Plenum in Köln, oder beim Regional-INFO melden.
- Für den 27.8.88 werden alle interessierten Gruppen, Inis und Projekte zu einem regionalen Vorbereitungstreffen in das besetzte Haus auf der Weißhausstr. 20 in Köln eingeladen, auf dem sich entscheidet, ob es eine Basis für das Herbsttreffen gibt und wie die praktische Durchführung gestaltet werden soll. Sollten die Bullen vorher die Weißhausstraße räumen, wird ein Ausweichtreffpunkt bekanntgegeben.

Dieser Zeitplan läßt genug Spielraum für eine solide inhaltliche Vorbereitung in den Städten.
Ein Mangel an wichtigen, aktuellen und brisanten Themen, die sich für das Treffen anbieten, steht wohl kaum zu befürchten. Es wird wohl eher auf eine zwangsläufige thematische Selbstbeschränkung herauslaufen, da wenige Tage einfach nicht ausreichen, um die ganze Masse aller Probleme zu bewältigen, die im Grunde da sind. Wir vom Krefelder LIBERTÄREN FORUM halten es aber für unumgänglich, uns auf dem Treffen auch und gerade mit dem Themenbereich "Das Patriarchat in der Szene/Männergewalt gegen Frauen in unseren Zusammenhängen" zu beschäftigen.
In mehreren Stadten hat es innerhalb kurzer Zeit mehrere Fälle von solcher Männergewalt gegeben. Die Heftigkeit und Härte der Reaktionen, die diese Vorfälle innerhalb unseres Spektrums ausgelöst haben, droht mancherorts die Arbeit der Gruppen zu paralysieren, sprengt gewachsene Strukturen; andererseits offenbart sie aber auch, daß es sich bei diesen Fällen, die im Gegensatz zu den meisten anderen öffentlich gemacht wurden, nicht um um "bedauerliche Ausrutscher" handelt, über die wir verschämt zur Tagesordnung übergehen können. Da ist abrupt die Spitze eines Eisbergs sichtbar geworden, denn patriarchales Verhalten fängt ja nicht erst bei der Vergewaltigung an. Wir möchten deshalb eine AG zur Geschlechterproblematik anregen, wobei wir glauben, daß dieses Thema in einer gemischten Arbeitsgruppe diskutiert werden sollte, was natürlich nicht für die Vorbereitungsgruppe(n) gelten muß.

Andere Arbeitsgruppen könnten wir uns z.B. zu IWF, Organisierungsdebatte, Lib. Medien in der Region, Stand u. Perspektive der libertären Bewegung in NRW und Strukturkrise im Ruhrgebiet vorstellen.

Soweit unsere Überlegungen zu einem libertären Herbsttreffen.

WIR SEHEN UNS IN KÖLN!

Libertäres Forum

KREFELD



RÄUMUNG IN KÖLN

Köln.Gegen zwei Uhr morgens rückte die Polizei in der Körnerstrasse 12 an.wo gerade das einjährige Jubiläum der Besetzung gefeiert wurde.

Acht Bullen forderten die BesetzerInnen auf.die Musik leiser zu drehen. Als darauf eingegangen wurde.suchten sie einen neuen Vorwand.um zu provozieren.Den lieferte innen ein Fetengast mit Polizeimütze.dessen Personalien festgestellt werden sollten.Die inzwischen zahlreich im Hausflur versammelten Gäste machten den Bullen klar.das sowas nicht läuft und sie im Haus unerwünscht sind.

Als daraufhin die Beamten zu ihren Knüppeln griffen und losschlugen.war spätestens klar.daß es nicht mehr nur um Ruhestörung ging.Allerdings kamen sie erstmal nicht sehr weit.und als sie sich draußen - in Reih' und Glied angetreten - zählten.kamen sie durcheinander.So entstand das Gerücht von der "Geisel" im Haus.die es nie gegeben hat.

Mit inzwischen eingetroffener Verstärkung warfen die Bullen dann herumstehende Fahrräder durch die Fensterscheiben im Erdgeschoß und sprangen in Rambo-Manier hinterher.Dabei dürfte die ominöse Stichwunde entstanden sein.von der die Presse berichtete.

Im Haus gingen die Bullen dann mit Knüppeln und Hunden gegen BesetzerInnen und Gäste vor.um sie alle zusammen festzunehmen.Während der folgenden Stunden wurden mehrere restgenommene und ZuschauerInnen brutal zusammengeschlagen.Auf dem Präsidium gingen die Mißhandlungen weiter und die meisten Leute wurden erkennungsdienstlich (ED-) behandelt.

Die Anzeigen lauten auf Schwerer Land-

friedensbruch.Gefährliche Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.Nach 12 Stunden wurden alle freigelassen.

Wer das Geld hat.hat die Macht...

Die lange herbeigeredete Räumung konnte also endlich durchgeführt werden:noch in derselben Nacht wurde das Haus durchsucht und teilweise zerstört.Die nächsten beiden Tage herrschte Belagerungszustand.
Der Spekulant Hillebrand hat das Haus bereits übernommen.Aus den von ihm gekauften und entmieteten Häusern in Ehrenfeld mußten die BewohnerInnen schon raus.Und im Hochhausghetto Kölnberg sorgt seine private Sicherungstruppe für "Ruhe und Ordnung".

Wer sind die Terroristen?

Am Tag nach der Räumung ließ Generalbundesanwalt Rebmann das Haus nochmal vom BKA durchsuchen.Eine Anklage wegen Unterstützung von oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung würde halt so schön vom Staatsterrorismus ablenken.



DIKKAT ANARSIST !

Köln."Vorsicht Anarchist !" ist der Titel der ersten einer ganzen Reihe von Broschüren mit libertären Inhalten.die auf türkisch erscheinen sollen.Herausgeber sind Genossen aus der Türkei.die auch eigens einen Verlag gegründet haben (Liberter Yayinlari. Postlagerkarte 063045c.5000 Köln 91). Der Inhalt der ersten Ausgabe gilt Emile Henry.einem anarchistischen Attentäter.Im einzelnen:Ein Vorwort. "Mein Terrorismus" von Luis Bunuel.die Aktion.die Verhandlung.ein Brief an den Gefängnisleiter.ein Andenken an die französischen Anarchisten und ein Gedicht von E.H.
Die Broschüre kostet 5.-DM.Bleibt noch die Aufforderung.es Euren türkischen Freunden weiterzusagen.



NATO-KRIEGSZENTRALE

Linnich-Glimbach.In Linnich-Glimbach (in der Nähe von Jülich zwischen Köln und Aachen) wird seit 1987 eine neue NATO-Kommandozentrale gebaut.Sie hat zur Aufgabe.im Kriegsfall einen Einsatz von Heer und Luftwaffe zu koordinieren.Etwa 700 Kampfflugzeuge .AWACS. 500.000 Soldaten und verschiedene Atomwaffen sollen in einem Einzugsbereich.der sich von der dänischen Grenze bis zur Linie Frankfurt-Kassel und den Benelux-Staaten erstreckt.befehligt werden.
Mit diesem Projekt werden Strukturen zur Durchführung des Air-Land-Battle-Konzeptes geschaffen.d.h..daß durch den gemeinsamen Einsatz von Heer und Luftwaffe das Ziel der "Vorneverteidigung" und der Erstschlagmöglichkeit und damit auch der Begrenzung von Atomkriegen erst denk- und durchführbar gemacht wird.
Während also die NATO neue Strukturen schafft und in den USA 8.000 neue Sprengköpfe gebaut werden.wird in den Massenmedien vom Abrüstungserfolg der INF-Verhandlungen (2.680 Sprengköpfe sollen abgebaut werden) gesprochen. Laufende "Stellvertreterkriege".low-intensity-warfare.erhöhte Militärhaushalte.das "Jäger 90"-Projekt u.a. bleiben in diesem Zusammenhang ungenannt.
Zum 15.10.88 rufen nun also gewaltfreie Gruppen aus der Region auf.um eine große überregionale Demonstration durchzuführen.
Am 2.11.88 soll nach den Vorstellungen derselben Gruppen eine Blockade der Baustelle der NATO-Kommandozentrale stattfinden.(Ob an diesem Tag ein Bezug zum 2.11.87 hergestellt werden soll.ist uns nicht bekannt.)Dabei verstehen sie den Aufruf zur Blockade als wichtigen Schritt.um dem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH).das auch solche Aufrufe unter Strafandrohung stellt.den einschüchternden Wind aus den Segeln zu nehmen.
Direkt neben der Baustelle ist auf einem Sperrgrundstück.das von vielen Menschen der Friedensbewegung aufgekauft und im Besitz weit gestreut wurde.ein "Friedensacker" entstanden. Er soll für die Zeit der Aktionen der Platz sein.auf dem das alternative Modell einer friedlichen und gerechten Gesellschaft dargestellt werden soll.



HOOLIGANS (engl..Strolche)

Hamburg.Am Dienstag.dem 21.6. fand das Fußball-EM-Halbfinalspiel BRD - NL statt.Nach dem Spiel griffen.z.T. unter Polizeischutz.mehrere hundert Hooligans.Skins.Neonazis und "normal faschistoide" deutsche Jugendliche die Hafenstraße an.Sie wurden weit vor den Häusern mit Steinen.Knüppeln.Gas und Mollies erwartet und vertrieben.

Ein toller Erfolg eigentlich.wenn da nicht einer von uns wäre.der dabei schwer verletzt wurde.

In den folgenden Wochen ist es nach HSV- und St.Pauli-Bundesligaspielen noch mehrmals zu Angriffen auf den Hafen gekommen:doch dazu später mehr.

(Antifaschistischer) Widerstand ist kein Spiel!Der Verletzte weiß das.aber einige von uns scheinen zu verdrängen. was sehr schnell Wirklichkeit werden kann.Knast.Verwundungen.Tötungen erfordern unsere gegenseitige Hilfe und Solidarität. Eingeknastete.Verwundete. Verkrüppelte müssen spüren.daß sie weiter zu uns gehören.

Wenn der Widerstand wachsen soll.dann wird es auch mehr Opfer der Konterrevolution geben.Wir sollten das nicht tabuisieren.sondern uns gemeinsam darauf vorbereiten.denn es hat doch alles erst angefangen.

KYBERNOKRATIE

Hamburg.Die schleichende Errichtung eines neuen Herrschaftssystems durch die Verbindung von sozialer Kontrolle und neuen Informationstechnologien (Kybernokratie) soll verhindert werden (s.AKTION Nr.29 und 30).Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen.findet am 29./30.10.88 in Hamburg im "Haus 3" um 13.00h ein Arbeitstreffen von Gruppen und Einzelpersonen statt. Wie können wir das herrschende System besser verstehen?Wie können wir (auch uns) Zusammenhänge verdeutlichen und diese dann gemeinsam bekämpfen?

Gesteuert und geregelt werden sollen alle.damit der Staat es leichter hat.die vereinzelten Menschen zu beherrschen.Wir kämpfen deshalb gemeinsam gegen Sanierung , Gen-Tech , BKA-Computernetz , ISDN , Sozialversicherungsnummer , Mikrozensus , Kriegsvorbereitung , Aufstandsbekämpfung , ...

Diese und andere 1-Punkt-Kämpfe hängen aber alle zusammen und deshalb sollten wir als Organisierte einzelner Kämpfe für eine stärkende Vernetzung unseres (Gesamt-)Widerstandes sorgen.

Interessierte in Sachen Informationsaustausch und Aktionen.Systemanalyse. Infomappe und Literaturliste können sich beim Kybernokratie-Plenum.c/o Schwarzmarkt.Paulinenstr.15.2000 Hamburg 4 melden.

Eine überregionale Veranstaltung soll folgen !Stellungnahmen von Gruppen und Einzelnen sind schärfstens erwünscht.

MAD-PROZESS

Hamburg.Gerd Haucke.ein beim Postamt 2 (PA 2) arbeitender Student.soll am 28.8.1987 versucht haben ein an den Militärischen Abschirmdienst (MAD) adressiertes Paket in die DDR umzuleiten.Er soll dabei vor die Postleitzahl die drei Buchstaben "DDR" geschrieben haben.Der "Kollege".der das als Augenzeuge behauptet.wurde einen Tag später befördert:G.Haucke wurde fristlos gekündigt.

Die Bundesanwaltschaft erwog noch am Abend der "Tat".ihn in Karlsruhe in U-Haft zu nehmen.er blieb aber in Hamburg.wo er im Juni diesen Jahres seinen Prozeß vor dem Oberlandesgericht hatte.Das Urteil:Acht Monate auf Bewährung und 2.500.-DM Geldstrafe.

G.H. war im PA 2 stark gewerkschaftlich tätig.Er war auch Vertrauensmann bei der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und als solcher bei der Amtsleitung unbeliebt.Das diplomatische Angebot einer "besseren" Stelle in einem anderen Amt nahm G.H. nicht an.er ging zurück.

Kurz darauf passierte der Vorfall mit dem MAD-Paket.Gegen G.H. wurde deshalb gezielt ermittelt.Mit "eindeutigen Ergebnissen":Mehrere DDR-Stempel im Reisepaß und eine SED-Anstecknadel in der Privatwohnung.Die Amtsgruppe der DPG (!) setzte von sich aus noch einen drauf:Sie behauptete.G.H. wäre auf der 1.Mai-Demo im Block der "Schwarzen Katze" gesehen worden.Für das Klischee des Ostspions bzw. Radikalen reichte das.

So ähnlich wurden schon öfter kritische Arbeiterinteressenvertreter abserviert.



Übrigens:Der Inhalt des Paketes wurde im Prozeß als "geheimhaltungsbedürftig" angegeben.Schwerer Schlag für den Nationalstolz - das Staatsgeheimnis zu dreifuffzich Porto !

Horst Herold am Symbol der neuen Herrschaft - jede Paketrutsche ein Tatort ?

Nach langer Ruhepause (deren Hintergründe in einer der folgenden Nummern der AKTION dargestellt werden) meldet sich die Hamburger Redaktion zurück.Wie beim letzten Hamburgteil so geht es auch diesmal um Häuser.Doch nicht die Hafenstraße sondern ein altes Concerthaus,ein Operettenhaus und eine besetzte und dann legalisierte Passage stehen im Mittelpunkt der jetzigen Auseinandersetzungen.Und das ist wörtlich gemeint,denn unter anderem ist die folgende Geschichte ein Beispiel dafür, wie sehr Menschen,Ideen und Lebensformen mit Fassaden,Steinen und anderen Oberflächen gleichgesetzt und dabei vernachlässigt werden.Im Zentrum der Kämpfe stehen also meist Objekte und sind sie verschwunden,abgerissen,geräumt so werden Lücken sichtbar - auch im Denken.

In der Hafenstraße hieß es als die Fixierung der sympathisierenden Szene auf die besetzten Häuser umzuschlagen drohte in völlige Mißachtung der politischen und sozialen BewohnerInnen- und UnterstützerInneninteressen: "Es ging nie nur um die Häuser!"

Im Sinne der Autonomie und des Anarchismus ist das richtig,als Zusammenfassung der eigenen Vorgehensweise und vor allem zeitweiligen Stimmung ist es leider falsch.

Dieser Bericht soll insofern ein Appell dafür sein,daß wir Oberflächlichkeit,die persönliche und inhaltliche Probleme unter uns zudeckt,bei anderen und bei uns nicht länger zulassen.Die Beschreibung eines relativ jungen und kleinen Kampfes aus Hamburg ist dabei aber allemal geeignet,auch in anderen Städten Weiterentwicklungen "unserer Szene" anzuregen.Zumal dieser Text logischerweise über das hinausgeht,was "Spiegel", "stern","Welt" usw. schon zu dem Thema abgelassen haben.

Im folgenden nun erst eine ausführliche Chronologie der Ereignisse,die danach näher betrachtet werden sollen.



&

Flora ist tot - es lebe die Flora!

Die Vorgaben

I.ImJahre 1888 wurde das "Concerthaus Flora" am Schulterblatt,einer Straße im hamburger Schanzenviertel, von den Vergnügungsunternehmern Mutzenbecher&Lerch aus der Taufe gehoben. Vor dem Ersten Weltkrieg lustwandelten dort zumeist feinere Herrschaften in den Gartenanlagen oder besuchten die aufgeführten Operetten.Zarah Leander und Hans Albers waren Flora-Stars der 20er Jahre,während in den 30ern nur noch Ringkämpfe und ähnliches veranstaltet wurde.Das Programm war der Zahlungskraft der Menschen angepaßt.Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zwei Etagen mit Künstlerwohnungen abgetragen und abermals Operetten aufgeführt.Die 50er Jahre bescherten dem Gebäude dann ein Kino bis schließlich in der Mitte der 60er die Firma "1000 Töpfe" ihren Betrieb dort aufnahm.

II.Im April 1986 wird am Spielbudenplatz an der Reeperbahn im neuen Operettenhaus das Musical "Cats" uraufgeführt.Nach einem riesigen Werbefeldzug öffnet das Theater seine Pforten,um sieben Jahre lang dasselbe Stück zu zeigen.Und in der Tat,nach über zwei Jahren sind die Vorstellungen noch immer ausverkauft.

III.Im Mai 1987 wird die Passage Schanzenstraße 41a besetzt,geräumt und wieder besetzt.Es kommt im Oktober - sozusagen im Zuge der Solidarität mit der Hafenstraße - zu einer Legalisierung der Häuser mit Vertragsabschluß und eigener Trägergenossenschaft.



Phantom

Noch haben "Flora","Cats" und "Schanze" nichts miteinander zu tun. Doch das ändert sich bald.Zuvor jedoch noch einige Informationen zum besseren Verständnis.

"Schanze"

Vor allem was die Situation des Schanzenviertels bereits vor den heutigen Flora-Auseinandersetzungen betrifft.

Wie an St.Paulis Hafenstraße so entwickelte sich auch an der Schanze ein Stück linke Stadtteilkultur,Viertelfeeling,Verwurzeltsein.

Wohngemeinschaften,Kneipen, Büros,Buchläden,Stadtteilzeitung,Frauenkneipe,Libertäres Zentrum u.a. gab es zum Teil schon lange,doch mit der Legalisierung und damit Etablierung der Schanzenstr.41a war für Teile der autonomen Szene ein wesentliches Stück Infrastruktur mehr erkämpft worden.

Andere Teile der Autonomen hatten sich von der Besetzung allerdings mehr versprochen und waren über die weitere Entwicklung mit ihren Alkohol- und Gewaltproblemen enttäuscht.

Schimmern auch hier hoffnungsvolle Erwartung an die Häuser und passiv das Geschehen abwartende Konsumdenken durch?

"Die Schanze" selbst (also die Leu--te in der 41a) hat dabei gar keinen guten Ruf unter hamburgs Libertären. Schließlich wohnen dort Leute,die ihre MitbewohnerInnen häufig bedroht und auch angegriffen haben.Alkoholismus und Punkromantik feierten bittere Exzesse.Diskussionsbereitschaft,Rücksichtnahme,Verständnis und pure Angst auf seiten der ebenfalls dort wohnenden sogenannten "Hippies" prallten am Delirium der "Suffpunks" ab.Aber: Selbst als hilferufend die Szene außerhalb der Häuser alarmiert wurde,um einen befurchteten Angriff auf die "Hippies" abzuwehren und - im rollback sozusagen - die "Besuffniks" rauszuwerfen,wurde kurz entschlossen noch ein Hausplenum dazwischen geschoben.Überspitzt formuliert:Die einen "Hippies" wollten rausschmeißen, die anderen therapieren.Angst hatten sie alle.Das Ergebnis heute:Die,die es nicht ausgehalten haben,sind ausgezogen.Die Situation ist dadurch allerdings auch nicht entspannter geworden.Und auf jeden Fall werden immer noch viele Kräfte gebunden,um die Alks und "Stumpfies" wenigstens etwas im Zaum zu halten.Den Bullen und der Stadt ist das recht.

Um der schwarz/weiß-Malerei aber keinen Vorschub zu leisten muß dieses Bild noch differenziert werden.Es gibt in der Schanze 41a nämlich auch Leute,die den zwei genannten Gruppen nicht ohne weiteres zuzurechnen sind, die also weder viel trinken noch eine z.T. recht lange Politgruppenerfahrung hinter sich haben.

Ungeachtet aller Querelen ging während der ganzen Zeit der Aufbau eines Büros für zwei Gruppen in den Häusern allerdings erstmal weiter und Probleme hin - Probleme her."die Schanze" gehörte halt zur Szene.Allein, die Ahnungslosigkeit vieler Leute,die Situation in den Häusern betreffend, und die lockere Oberflächlichkeit und Untätigkeit vieler,die wußten,was los war wird sich noch öfter rächen.Auf die Dauer hilft Verdrängung nicht weiter.Und nebenbei:Es ist eine Sache nichts zu wissen,weil die Informationsstruktur schlecht ist (und das ist sie in Hamburg nicht unbedingt),aber es ist etwas anderes nichts zu wissen,weil es einen nicht interessiert. Wer von denen,die die Häuser miterkämpft haben kümmert sich jetzt noch



um sie und die BewoherInnen?Feuerwehrpolitik.Ein-Punkt-Bewegung und Beliebigkeit des mal-hier-mal-da-Engagements lassen grüßen.

Ein Versuch,dieses Bündel von Gruppen und Menschen besser zu strukturieren war das Stadtteilplenum,das um die Jahreswende 87/88 initiiert wurde.Es hatte allerdings nicht lange Bestand.

Die Verbindung

Dafür ging aus ihm eine neue Gruppe hervor,die sich fortan damit beschäftigte,zu versuchen,die Ansiedlung eines riesigen Kommerz-Kultur-Spektakels im ¼ zu verhindern.Und zwar war im Oktober 1987 ein gewisser Friedrich Kurz von "Stella Management" an den hamburger Senat herangetreten,um die Nutzungsgenehmigung für das Flora-Gebäude zu erhalten.Der Senat (sprich:1.Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und 2.Bürgermeister und Kultursenator Ingo von Münch) sagte zu. Der Firma "1000 Töpfe" wurde zum 31. 12.1987 gekündigt.

Kurz,seines Zeichens Produzent von "Cats" in Hamburg und "Starlight Express",ebenfalls ein Musical,in Bochum,plant für die Flora - oh Wunder! - ein Musical.Pünktlich zum 800. Hafen- und 100.Florageburtstag im August 1989 soll "Das Phantom der Oper" uraufgeführt werden.

Das Musical "Cats",das ehemalige "Concerthaus Flora" und das ¼ "Schanze" erfahren so eine Verbindung über den schwaoischen Kulturindustriellen F.Kurz.

Schnell war abzusehen,was für Folgen das für das Schanzenviertel haben würde.Der Unmut gerade in der Linken über andere Kommerzkulturkakke wie "Hamburger Dom","Luna Luna", "Hamburg kocht auf","Du und Deine (!) Welt","Japanisches Kirschblütenfest", "Alstervergnügen","Hafengeburtstag" usw.usf. war eh stetig gestiegen.Vor der eigenen Haustür jetzt ein Projekt mit ein- bis zweimal täglich 2000 Besuchern (Eintrittspreise ab 70 DM) entstehen zu sehen,verlangte entschiedenes Handeln von den Linken aus dem Stadtteil.Das Motto der eigenen Aktivitäten leitete sich direkt aus der Gefahr für das ¼ und aus dem Wunsch nach Räumen für eigene Stadtteilkultur und -politik ab:

"Die Flora denen,die hier wohnen!"

Dem fast-culture-Konzept von Kurz, das einen 7-8stöckigen Neubau hinter der historischen Fassade vorsieht (30 Millionen Ditscher insgesamt,bis auf 10% Eigenkapital finanzieren das die Banken (Commerz-,Deutsche -,Hamburgische Landes-,Vereins- und Westbank)) sollte und mußte was entgegengesetzt werden.Rund um die Flora stehen nur 4-5stöckige Häuser,zwischen denen mensch bald Abend für Abend eine Touriauto- und Buslawine erwarten darf,die plattwalzt,was an junger radikaler Kultur gerade erst gewachsen ist,und zusätzlich ein Umstrukturierung des Viertels durch höhere Mieten und Preise.Da können die Alten, Ausländer,Sozialhilfeempfänger,Studenten usw. schnell von Yuppies, Dinks,Schickies,fast-food-soft-drink-life-style und we-try-harder-business weggeschwemmt werden...

Noch im Dezember letzten Jahres wurde überlegt,ob die Flora besetzt werden sollte,um Investoren abzuschrecken.Damals sprach dagegen,daß solch eine Aktion eine Werbung für das Musical sein könnte;es wurde also nicht besetzt.Allerdings wären dazu auch mehr Leute nötig gewesen,die es damals aber dafür noch garnicht gab. Auch im April diesen Jahres kam deswegen der Plan einer Besetzung nicht zur Vollendung.Unter dem Gesichtspunkt der Werbung jedoch muß nach all dem,was in der Zwischenzeit an Aktionen gelaufen ist,das "Phantom der Oper" ein verheerender Erfolg werden.



Ende Januar '88 zieht "1000 Töpfe" dann tatsächlich aus und der Plan von Leuten aus dem Stadtteil in der Flora ein Kino mit Restaurant zu betreiben, fällt flach.Die Entscheidung für Kurz fiel auf grund der "überzeugenden" Vorteile für die Stadt,bzw. gewisser Kreise,die ihre Politik mit prägen: "Standortpolitisch bedeutsamer kultureller Impuls" und "stadtwirtschaftliche Bedeutung des Nutzungswertes" waren ausschlaggebend.Außerdem:"Die Lärmbelästigung hält der Senat für hinnehmbar."(In der Tat pflegen die Senatsmitglieder in ruhigeren Teilen Hamburgs zu leben.)

Flora

Hamburgische Standortpolitik

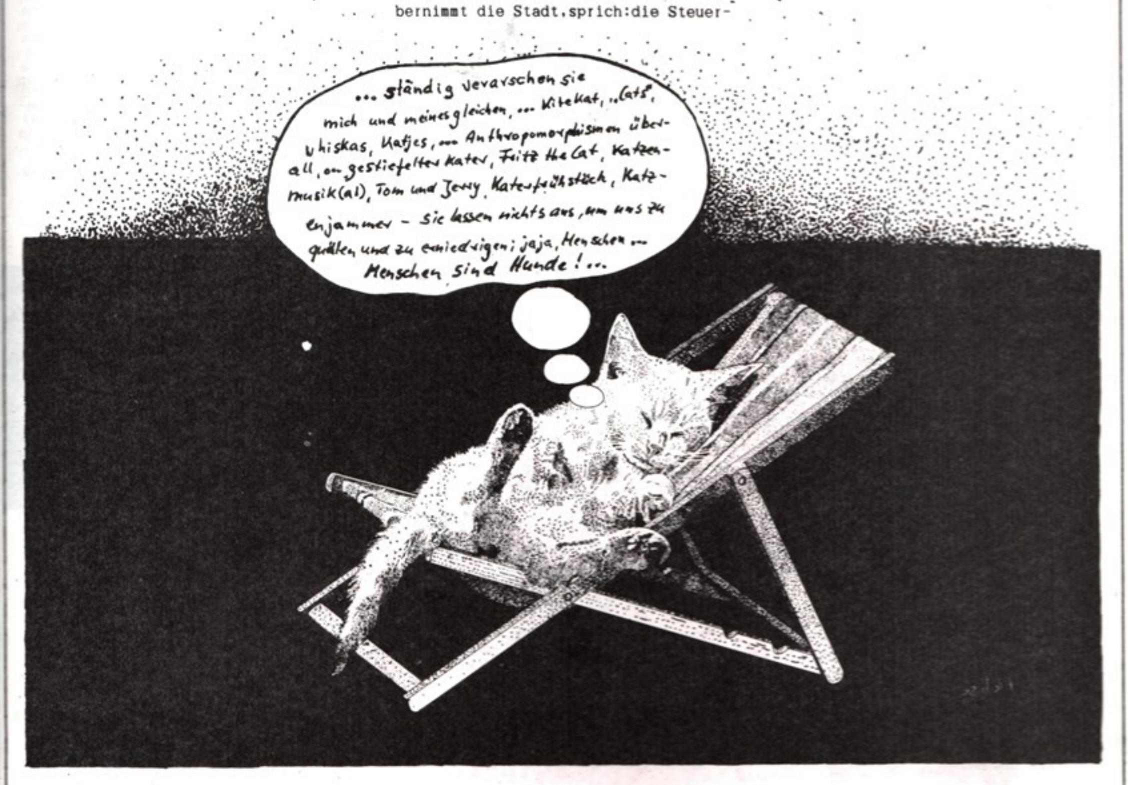
heißt dabei vor allem folgendes: Betrieben und Konzernen wird die Ansiedlung und Produktion in und um Hamburg schmackhaft gemacht. Geländeerschließung, Infrastrukturanschluß, beschleunigte Genehmigungsverfahren, gesenkte qm- und kwh-Preise, Landesbürgschaften, stillhaltende Kontrollbehörden - alles kein Problem. Das "Unternehmen Hamburg" (Dohnanyi) sucht dabei spezielle Industriezweige heraus. Medien, Tourismus, Biotechnologie, Mikroelektronik, Flugzeugbau, High-Tech allgemein, u.a. sind begehrt. Kapitalintensiv und sauber sollen sie das Vertuschen von Werftensterben, "Hafenstrukturkrise" usw. ermöglichen und zu eine Umstukturierung der hamburger Produktionssektion führen. Arbeitsintensive Industrien werden ausgetockt, mit Lohnniveau und Arbeitsbedingungen der sog. Billiglohnländer ist nicht zu kokurrieren.

Den 800. Hafengeburtstag können so eigentlich nur die Nutznießer von heute feiern. Sie profit-ieren von der Umstrukturierung des Hafens, mit der Arbeiterkultur, Selbstorganisation, Solidarität, Klassenbewußtsein und Widerstand weitgehend zerschlagen wurden. Sie können sogar noch mehr feiern, nämlich daß es ihnen gelungen ist, die Beugung der Menschen unter das Joch der Profitrate in ihr Unbewußtes abzudrängen. So werden hamburger Hafenarbeiter auch nächstes Jahr wieder an den Buden und Ständen dabei sein und fleißig Zuckerbrot und Bier konsum-ieren, um die eigene Knechtung zu feiern und zu finanzieren.

Der hamburger Standortpolitik entsprechend wurde Kurz die Flora bis zum 31.3.88 unentgeltlich anhand gegeben. Schließlich braucht Stella Management, also Kurz, für die jahrelange Nutzung des Operettenhauses, die ihm Millionen einbringt, auch nichts zu bezahlen. Die 50.000 Märker, die der Erhalt des Hauses monatlich kostet, übernimmt die Stadt, sprich: die SteuerzahlerInnen, auch noch.

Am 1.2.88 wird der Teilabriß beantragt, am 10.2. stellt die GAL eine Anfrage im Senat bzgl. der Ansiedlungspolitik im Falle der Flora. Es wird deutlich, daß die Bezirksregierung übergangen wird, was die wirklichen Entscheidungen angeht. Erster und Zweiter Bürgermeister machen das selbst. Vom Denkmalschutzwert der Flora ist eh schon keine Rede mehr.

Die GAL vertritt bei der Flora eine zwiespältige Position. Einerseits will sie mit Anfragen entlarven und unterstützt, wenn auch nur auf Drängen, die Floraaktionen mit Megaphonen und Druckmöglichkeiten andererseits wird im GAL-Bezirk Altona ein Antrag, der das Musical verurteilen soll, abgelehnt und der Rückzug auf ungelöste Verkehrsprobleme im Schanzen✗ vollzogen. Einige GALierInnen bekennen offen, daß sie das Musical wollen. Geld für Prozesse und Kautionen gibt's sowieso nicht.



Die Aktionen

(Nicht vollständig!)Am 20.2.88 gibt es einen "Tag der offenen Tür" bei der Flora.Mehrere Leute sehen sich das Haus von drinnen und draußen an:die erste größere Floraaktion.Am 3.3. besuchen 30-40 Menschen die "Cats"-Vorstellung im Operettenhaus (kurz und kostenlos) und verteilen Flugblätter an die Zuschauer.Am 10.3. gehen ca. 20 Leute zu Stella (Weidestraße 118b) und hinterlassen neben ihren Forderungen auch noch Spuren an den Wänden etc.

Auf der "öffentlichen" Anhörung vom 17.3. wird von einigen anwesenden Bürgern der Zusammenhang zwischen dem Sanierungsgebietstatus des Schanzenviertels und der Musicalansiedlung vermutet.Immerhin muß die geplante Verkehrsberuhigung vor dem Hintergrund anrollender Auto- und Reisebusmassen,prall gefüllt mit Steril-Kultur-Besessenen wie Hohn wirken.Sanierung und Musical werden aber von der Stadt befürwortet und verteidigt.Sinn macht das nur in einer "Auflösung" des Widerspruchs,die der Logik des Kapitalismus entspringt.Die Sanierung ist so nämlich das Mittel,mit dem gezielt Unruhepotentiale,selbstorganisierte Menschengruppen und Treffpunkte zerschlagen werden sollen und können.

Steigerung des Umsatzes und Reduzierung des Widerstandes - das sind die Ziele.Problemgruppen werden durch teure und kleine Wohnungen vertrieben,zerstreut."Cityuntypische" BewohnerInnen sind unerwünscht."Sozialhygiene" herrscht.Umstrukturierung als Aufstandsbekämpfung.

Am 6.4. gibt es ein Treffen im Haus-für-Alle.Das Interesse am Flora-Gebäude ist ungeachtet der rechtlichen Situation geweckt,viele Leute kommen und stellen die Idee eines "kulturpolitischen Zentrums" für die Menschen im ¼ auf.Am 19.4. wird der Pachtvertrag zwischen der Stadt und Stella unterzeichnet.Als Bonbon wird Kurz die Bereitstellung von 200 Parkplätzen für PKW erlassen:er muß jetzt "nur" 247 nachweisen.Da er sich aber weigert,das direkt zu tun und angibt, einen Vertrag mit dem Hamburger Verkehrsverbund abschließen zu wollen,was bedeuten würde,daß Musicalgäste mit ihrer Eintrittskarte auch die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen dürfen,signalisiert die Stadt den Bau eines Parkhochhauses auf ihre (unsere) Kosten.Standortpolitik.

Am 20.4. gibt es dann wieder ein Treffen im Haus-für-Alle.Diesmal wird ein konkretisiertes Nutzungskonzept besprochen.Es sieht folgendes vor:Ein "staatlich unterstütztes Pilotprojekt für von Basisgruppen organisierte Nutzung".Im einzelnen ein antifaschistisches Zentrum,Werkstätten,Kunsträume,Volksküche,sowie als Organisationsform die Selbstverwaltung.Zwar drücken zu diesem Zeitpunkt ca.700 Menschen - hauptsächlich aus dem ¼ - mit ihrer Unterschrift aus,daß sie mit dem Musical eine starke Veränderung zum schlechten kommen sehen,nur,das eigene Konzept ist ein Wolkenkuckucksheim.Es hat keine reale Basis.Das muß aber auch nur bedingt peinlich sein,denn es kommt sowieso ganz anders.

Am folgenden Tag,den 21.4.,treffen sich früh am Morgen 40-50 Leute vor der Flora.Ein anwesendes Zivilbullenauto läßt Luft,zehn Streifenwagen erscheinen als Verstärkung,später zwei Hundertschaften.Um 13.30h beginnt der Abriß der hinteren Gebäudeteile der Flora.Die Arbeiten werden unter Polizeischutz vorgenommen und ein Gerichtsbeschluß,der den



sofortigen Vollzug des Abrißes wegen eines Formfehlers von F.Kurz verbietet,wird ignoriert.Fakten werden geschaffen.Und jede Menge Staub, denn eine Besprenkelungsanlage wird nicht benutzt.

"Tag X"

"Tag X" ist also gekommen.Zur für ihn angekündigten Demo am Nachmittag kommen 600-700 Leute.In ihrem Verlauf kommt es zu einer Eierschlacht mit den Bullen.Am Abend besuchen dann noch 30-40 Menschen das Operettenhaus,dessen Eingangstür Blessuren erleidet.Als an der Rest-Flora der Abrißbagger demoliert wird,kommt eine neue Hundertschaft mit Hunden.Für den Bagger von Abrißunternehmer Feldtmann,Große Bahnstr.92),der mittags noch selbst mit Hand anlegte - auch an Demonstranten - kommt jedoch jede Hilfe zu spät.In dieser Nacht zeigt sich auch deutlich,daß es nicht mehr nur linksbewegte AnwohnerInnen und Autonome sind,die sich an den Auseinandersetzungen beteiligen.Auch aus anderen Stadtteilen sind Leute da,um den Abriß zu rächen.
Die Erkenntnis,daß diese Art Stadtteilpolitik alle hamburger EinwohnerInnen betrifft,scheint sich durchzusetzen.

Die Verbindung von "Cats","Flora" und "Schanze" ist jetzt sozusagen ze-



mentiert.Daß in der Politik aber nicht die Arithmetik von 1+1+1=3 gilt,wird sich noch zeigen.Viele Faktoren,die das heutige Ergebnis mitbestimmen,sind noch ungenannt.

Um 5.00h des darauf folgenden Tages wird die Schanzenstr.41a von Bullen eingekesselt:die Aktion geht bis in den Nachmittag.Um 20.00h läuft eine Demo mit 100-200 Menschen,bei der einzelne in einem Hinterhof gnadenlos von Bereitschaftspolizisten (BePos) zusammengeschlagen werden.Es gibt Barrikaden,Scherben,ein entglastes SPD-Büro,9 Verletzte und zwei Festnahmen.Am 23.4. findet dann ein Straßenfest vor der Flora statt,das wieder ziemlich ruhig verläuft.Ab dem 25.4 soll allabendlich eine Volksküche (VoKü) vor der Flora angeboten werden (einen Monat später sind nur noch zwei Abende die Woche zu schaffen,s.u.).

"Das Phantom der Oper kommt zu "Cats" heißt es am 27.4.Ungefähr 700 Menschen nehmen am Besuch des weiträumig von Bullen abgeriegelten Operettenhauses teil.Auch im Haus sind "Sicherheitskräfte" mit Funkgeräten;MitarbeiterInnen werden ausspioniert und nicht allein gelassen,um etwa Nebeneingänge öffnen zu können;es gibt eine on-line



zur Davids-Wache.Auf dem Rückweg zur Schanze wird ein verlassener Streifenwagen getilt,Barrikaden werden zurückgelassen.Hierbei zeigt sich die kurzsichtige Pogo-Mentalität einiger Teilnehmer:Die Barris werden von vorne gehenden gebaut,was bedeutet,daß der nachfolgende Demozug a) behindert wird und b) mit den Bullen im Nacken,plötzlich vor eine veränderte Situation kommt.Als die Bullen an einer Barrikade losknüppeln und Gas einsetzen,steht der Wind für die DemonstrantInnen glücklicherweise günstiger.Nur,als die derart (CS-)gereizten Pigs auch noch ausgelacht werden,wendet sich das Blatt abermals...(10-12 Verletzte,Rippenbruch, Nierenprellung,etc.,mindestens eine Festnahme).Den ganzen Abend über gibt es noch Hetzjagden durch die Straßen des Viertels.Erst in der Nacht beruhigt sich die Lage und das sieht dann so aus:Bullen und Musicalgegner stehen wie Brüder gemeinsam um ein Lagerfeuer und blicken in die Flammen...

Stunden später räumen irgendwelche Leute Sperrmüllhaufen auf die Straßen.Zweimal wird dabei überdeutlich, daß es nicht um Barrikaden als Mittel gegen die Bullen geht,sondern nur um "Pogo".Die Leute tragen dabei den



Müll erst garnicht weg sondern zünden ihn gleich auf den Gehwegen an. Ein türkischer Laden,ein Blumengeschäft und ein Wohnhaus erleiden Brandschäden.Bis heute ist nicht klar,wer dafür verantwortlich ist.Von Leuten aus der Schanze 41a kommt eine scharfe und glaubhafte Distanzierung von solchen "hirnverbrannten" Aktionen.Mensch bemüht sich um Entschädigung für die Betroffenen.An diesem Vorfall hängt aber noch mehr dran.Zum einen das bequeme Urteil von vielen Leuten in der Szene,daß das ja nur die besoffenen Schanzenpunks gewesen sein können.Zum anderen gibt es auch Gerüchte,die z.T. jedoch in dieselbe Richtung gehen.So soll nach dem Brand vor dem Blumenladen jemand dort gewesen sein,um gegen Bezahlung Schutz vor "der Schanze" anzubieten.Er wird,laut Gerücht,gebeten später wieder zu kommen und dabei dann festgenommen.Ein anderes Gerücht deutet den Blumenladenbrand als Anschlag,da der Mann der Geschäftsführerin bei Bullen arbeite.Wie gesagt:Es ist nicht klar,wer bzw. wie es war.Es besteht auch kein Interesse daran,die Gerüchteküche möglichst warm zu halten.Es soll nur klar sein,wie die Lage mit den verschiedenen Gruppen und Kräften im X aussieht.

Um 7.00h (mittlerweile 28.4.) beginnen andere Leute mit dem Bau von "echten" Sperrmüllbarris.An diesem Tag werden Menschen,die zum Musical-

widerstand gehören/gerechnet werden von Bullen offen und einzeln fotografiert.Teilweise werden sie vor ihren Hauseingängen abgefangen und verfolgt.(Es kommt in der nächsten Zeit auch öfter vor,daß Leute ohne spezielle Personalienfeststellung Vorladungen zur Politischen Polizei (FD 7) kriegen;sie sind halt schon von anderen Gelegenheiten her bekannt.)

Die Scheiben von vier Banken (Musicalfinanzierung!) im Nobelviertel Blankenese fallen am 29.4. aus ihren Rahmen.Am 30.4. ist wieder ein Straßenfest vor der Flora,das erst abends durch den Regen aufgelöst wird.Auch der 1.Mai verläuft in Hamburg ruhig.

(10.5.:Zwei Tage nach dem Wahlsieg von Engholm in Schleswig-Holstein kündigt Dohnanyi seinen Rücktritt an.)

Als das Straßenfest vom 12.5. vor der Flora beginnt,befindet sich das Schanzenviertel schon seit ca. drei Wochen im konkreten Belagerungszustand durch die Polizei.Eine Wanne vor der Flora,eine am Neuen Pferdemarkt (große Kreuzung zwischen St.Pauli und Schanze,eine Minute von Flora) und eine vor der neuen Wache in der Stresemannstraße (zwei Minuten von Flora),rund-um-die-Uhr.Es wird fast schon normal,BePos am Tag eisschleckenderweise über das Schulterblatt flanieren zu sehen.Dieser eklige Zustand hält bis Ende Mai an.

200-300 Menschen nehmen an diesem Straßenfest teil und bis abends die Stände abgebaut werden ist alles ruhig.Auch ein Scheinangriff auf die Bullen am Nachmittag mit Schaumstoff-"Pflastersteinen" und wassergefülltem Benzinkanister,der um eine Wanne herum entleert wird,ergibt keine Probleme.Als aber nach 22.00h immer noch Leute - im Vollrausch - die bereits wieder von den Bullen durchgelassenen Autos blockieren wollen,formiert sich eine Einheit BePos in geringer Entfernung und gut sichtbar.Über Lautsprecher wird das Fest für beendet erklärt,wer noch Lust hat auf Fete soll in die Brigittenstraße (Stadtteilladen) gehen.Doch weder derart diplomatisch noch durch direktes Zureden lassen sich die ca.15 Typen von der Straße holen.Sie sind blau und - um mal deutlich zu werden - sie wollen Randale.Den Bullen zeigen,wo's lang geht.Viel Feind - viel Ehr.Und schließlich:Was ist schöner als mit echten Freunden unterzugehen? Und so kommt es,wie es kommen muß:Sie reißen zwei Verkehrsschilder raus und werfen mit Bierdosen nach den aufgerückten Bullen...(zwei Verletzte,zwei Verhaftungen).

Laut Polizei werden auch drei Beamte verletzt.Entscheidend wichtiger könnte aber die "Feststellung" der Bullen sein,daß zwei "Amsterdamer Rohre" gefunden worden sein und daß eine Wanne ein Einschußloch aufweise,das womöglich von einem,mit jenen selbstgebauten Vorderladern abgefeuerten,Geschoß herrühren könne.Hier tut sich eine neue Dimension auf,die der "Flora-Bewegung" noch sehr schaden kann.

In den Tagen darauf solidarisiert sich zumindest die Flora-Gruppe mit einem der Verhafteten,einem 24jährigen Dänen.Er war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung total zu und wunderte sich - erst seit wenigen Tagen in der BRD und noch kürzer in Hamburg - plötzlich mit einer Anklage wegen Stein- und Flaschenwerfens sowie Schwerem Landfriedensbruch konfrontiert zu sein.Anfang Juni kommt er gegen Kaution wieder auf freien Fuß.Doch die Schwierigkeiten, die 3000 DM zusammen zu bekommen machen die Ungeklärtheit der Solidarität zu dem Verhafteten deutlich.Für viele Florabewegte stellt sich die Sinnfrage ihres Engagements erst,wenn Repressionen oder Spenden anstehen. Das vor-sich-her-schieben von Konsequenzen,die Oberflächlichkeit,wird allerdings auch durch Terminflut und Mangel an Zeit für inhaltliche Auseinandersetzungen begünstigt.

Überhaupt:Große Teile der hamburger autonomen Linken bleiben während der ganzen Zeit auf Distanz zu den Floraaktionen,weil der Zug doch abgefahren sei.Juristisch sei nichts mehr drin,das Gelände ist verpachtet und das Haus bis auf einen Rest abgerissen.Wozu also der Ärger,die Anstrengung,die Verletzten,die Verfahren?
Daß Trotz,Prinzipienreiterei und Lust auf Putz bei den meisten der Florabewegten ausscheiden und darüberhinaus die Anstrengungen Sinn machen,soll im folgenden gezeigt werden.

Zur "öffentlichen" Sitzung der Bezirke,die nach Auskunft ihrer Vertreter kein Geld hatten für Plakat- und Stellwandaufrufe,um die Öffentlichkeit über den Termin in Kenntnis zu



setzen,in Sachen Verkehrsplanung und Sanierung wird mit einem Flugi von der Flora-Gruppe mobilisiert.Dabei ist sie sich nicht einig,wie so eine Veranstaltung zu bewerten ist.Einige lehnen sie als Bürgerverarschung/-beschwichtung und Farce ab,andere wollen sie als Gelegenheit nutzen,um anwesenden Bürgern 'die inneren Widersprüche des Systems zu zeigen.(Dies



mag verdeutlichen,wie gemischt auch jetzt noch die Zusammensetzung und Sichtweise der Personen ist,die dort arbeiten.)Tatsächlich erscheinen ungefähr 100 Menschen und es wird klar, daß keiner der anwesenden Bezirksvertreter den Status der Versammlung erläutern kann.Das heißt zumindest soviel,daß alles,was gesagt wird,auf jeden Fall ohne Bedeutung bleibt.

Der 12.6. ist schließlich der Tag der Premiere des "Starlight Express"-Musicals in Bochum.

"Cats"

Während bei "Cats" noch Katzen,also Lebewesen,wie (sehr blöde) Menschen handeln,sind es beim "Starlight Express" nur noch Lokomotiven,also Maschinen.Mensch-Maschine-Identifikation,Dampfkessel als Modelle für menschliche Triebe,Fortschrittswahn, Puritanismus,Frauenunterdrückung,... Wehe mir,wäre ich gezwungen,mir eine solche Vorstellung anzusehen!

Eine Analyse der Stücke des Andrew Lloyd Webber ("Jesus Christ Superstar","Evita","Cats","Starlight Express" und "Phantom of the Opera") soll hier nicht vorgenommen werden,obwohl sie zeigen würde,welch krankes Weltbild dort seinen Ausdruck findet,gerade auch im engen Zusammenhang mit der Art der Vermarktung und Aufführung (F.Kurz hat die Rechte für die BRD von Webber gekauft).Nur soviel sei klargestellt: Wie auch schon bei Kinofilmen und Popkonzerten wird hier auf dem Gebiet des Musiktheaters konsequent alles und jedEr dem Profit geopfert.Das Niveau des "Inhalts" wird soweit gesenkt,daß alle zu ihm Ja sagen können bzw. es überhaupt bewältigen. Schließlich müssen Millionen von Menschen in USA (New York),Japan (Tokio) ,Australien (Sydney),Österreich (Wien) und Westdeutschland (Hamburg,Bochum) die Investitionen für Laserlightshows,Neubauhallen,Werbung,usw. vielfach wieder reinbringen.Wurden früher noch die Angebote den Geldbeuteln der Menschen angepaßt,so werden heute teuerste Bühnenstücke und Unterhaltungsprojekte durch ein gigantisch aufgeblasenes Einzugsfeld von Besuchern zur Rendite getrieben.Das neue Disneyland bei Paris kann sich schließlich auch nur bezahlt machen,wenn Deppen aus ganz Europa da rein gehen.

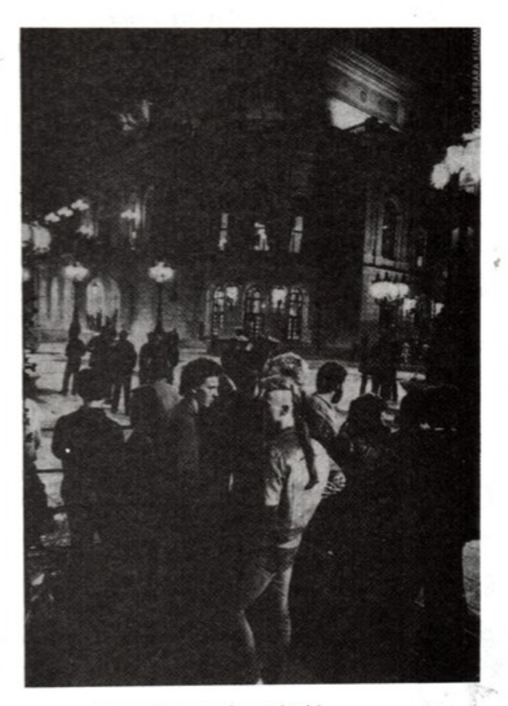
Für die Musicals unter Kurz ist es da nur konsequent,daß nicht ein z.B. "Cats"-Ensemble um die Welt tourt, oder wenigstens an einem Ort die ganze Spielzeit durcharbeitet.Wie auch, bei der Belastung?Acht Vorstellungen die Woche in Rollen und Kostümen,die Individualität und Charakter gar nicht zulassen,hält niemand lange durch.Nach ein,zwei Jahren ist Darstellerwechsel und niemand merkt es.Wenn vorher mal die Stimme "versagt",singt hinter dem Vorhang sowieso jemand anderes weiter."Qualitätskontrollen" des Autors A.L.Webber sollen garantieren,daß die AufführungsbesucherInnen auf der ganzen Welt dasselbe sehen können.Mc Donaldisierung ist ein passendes Wort dafür.



Kultur?!

Daß das Geld,das die "öffentliche Hand" solchen Projekten in den Arsch schiebt,für Kulturförderung woanders fehlt,ist sowieso klar.Auch daß andere Bühnen dicht machen oder Gassenhauerstücke spielen,die mit sex&crime das "einfachere" Publikum in die Theater holen (siehe Peter Zadek),kann uns egal sein - es ist eh nicht unsere Kultur.

Nur bei der Zerpflückung des "sozialen Netzes" wird spätestens klar,daß die Staatssäckl auch uns etwas angehen.Es sieht schon merkwürdig aus, wenn Nordrhein-Westfalen und Bochum 25 Millionen Mark hinlegen für eine Aufführungshalle des "Starlight Express" während gleichzeitig -zig Kumpel verrecken und verelenden.



Frankfurter Opernball

Auch bei der Politik eines Kulturkonzerns, wie ihn Kurz aufgebaut hat (mit Webber als Autor und Komponisten, "Teleticket" als Kartenvertriebsfirma, Stella GmbH&Cos für jedes einzelne Musical, Deutscher Akademie für Musical, Jazz und Popularmusik, Hotels, Parkhäusern, Baufirmen, usw.), ist klar, daß das unseren Interessen zuwider läuft. D.h., daß es uns egal sein kann, wenn staatliche Bühnen zu machen, die sowieso nur Mist bringen. Aber so wie Opernbälle als selbstzufriedenes Onaniergelage der Reichen auch bisher von uns angegriffen wurden, so muß der Inhalt und das Ausmaß der neuen privat finanzierten Unkultur erstrecht unseren Widerstand hervorrufen.

Ja zu Sexismus, Ja zu Rassismus, Ja zu Techno-Wahn und Anthropomorphismus, Ja zur Leistungsgesellschaft, Ja zu Schicksal und Gott - das sind Inhalte, die sich AnarchistInnen gerade im Zusammenhang mit Stadtteilsanierung, Umstrukturierung, sozialer Entmischung, Entpolitisierung des Alltags usw.usf. nicht gefallen lassen dürfen. Zu lange schon war die Forderung nach eigenen Räumen für eigene Kultur in unseren Städten kein ernstes Thema für "die Szene".



Grauzonen

(Stadt-)Staat, Privatkonzerne, Pseudokultur und Massenmedien gehören ganz klar zu unseren Angriffszielen. Was noch?

Schon bei den kleineren Politikern, Unternehmern, Angestellten weicht die harte Grenze von gut und böse auf. Bei einem Bauunternehmer, der auch Demonstranten angreift (s.o.) ist die Einschätzung wohl noch klar, bei Vertretern der Bezirksversammlung wird aber bereits Verständnis für ihre Lage entwickelt. Noch deutlicher ist die Unentschiedenheit bei der Bewertung der Musical-"Künstler" bzw. den Bewerbern. Sind es nun arme KünstlerInnen, die jeden Job brauchen, so wie wir meist auch nicht allzu wählerisch sein können? Oder sind es kalt kalkulierende junge showbiz-people, die wissen worauf sie

sich einlassen und das auch wollen? Oder was sonst?Bevor die Bewerbungsausscheidungen (im Juni,der Kurs dazu:12.9. bis 15.12.,Seilerstr.41) also angegriffen werden,muß klar sein,ob Veranstalter,Trainer,Choreografen und vor allem Bewerber als Gegner angesehen werden.Die schwarz/weiß-Betrachtungsweise nach dem Motto:Wer die Anarchie nicht will ist konterrevolutionär ist ungeeignet, solche Situationen zu bewerten.

Wie ist es zum Beispiel mit den Alk-Punks,von denen ja auch nicht alle aus der Schanze 41a kommen?Sind sie Opfer der menschenverachtenden Gesellschaftsdoktrin und des Systems, das in Form von bürgerlichen Kleinfamilien mit Prügelstrafe,Schulunbildung,Massenarbeitslosigkeit und Drogenangebot und Ausgrenzung keinen anderen Weg mehr ließ?Oder sind sie voll verantwortliche Menschen,die bewußt "no future" gewählt haben,weil Nihilismus,Aggression und (Selbst-) Zerstörung so lustig sind?Oder andersherum:Müssen wir diese Leute notfalls unsere Aktionen und Ziele in Verruf bringen lassen,weil wir uns nicht anmaßen dürfen,Besoffenen unseren Willen aufzuzwingen,weil sie ja auch irgendwie gegen Staat,Kirche und so sind?Oder müssen wir sie verjagen und ausgrenzen,woimmer sie uns stören könnten,weil sie eh nur counter-Aktionen bringen?

Oberflächlichkeit

Sowenig es nur "entweder/oder" gibt,sowenig gilt auch für "Cats","Flora" und "Schanze" 1+1+1=3. An jedem Teil hängen noch unzählige andere,die alle zusammen die Situationen bestimmen.Genau sowenig wie ein Haus eine einheitliche Operetten- oder Punkmentalität widerspiegelt, dürfen wir Punks oder Hippies oder sonst wen über einen Kamm scheren.Auf jede Situation und auf jede Persönlichkeit kommt es an.Verallgemeinerungen sind oft praktisch,mit entsprechender Menschenkenntnis stimmen sie auch oft.Insofern ist das "Schubladensystem" als Mittel der Pragmatik in Ordnung.Aber gerade wenn die Situation,in der mensch sich befindet,mit den beteiligten Leuten in Ursache und Wirkung,in der persönlichen Einschätzung nicht geklärt ist,dann sind verallgemeinerte Aussagen immer falsch.

Für die Zukunft der Flora-Bewegung muß die Oberflächlichkeit der politischen Heran- bzw. Vorgehensweise überwunden werden.Die Stimmung vieler junger Leute,die im Schanzenviertel wohnen und sich engagieren ist aber gerade auch davon geprägt,es zu genießen,den Freunden zu erzählen,man wohne ja jetzt da und da.Und geil,ey im ¼ ist immer was los.Scherben,Graffities,Demos - alles da.Kannst in ne Gruppe reingehen und "was machen" und wenn's zu persönlich wird,echtes Interesse,Engagement und Verantwortung oder Geld verlangt werden dann gehste halt wieder 'raus.Die,die da bleiben,machen das schon.Den Freunden kann mensch ja erzählen,es gebe ideologische Probleme mit Soundso,mensch kennt das ja.

Wir AnarchistInnen verhalten uns da natürlich ganz anders,gell?Wir wissen,daß solche Leute (politique chic) mit ihrem Verhalten Gift für ernsthafte Gruppenarbeit sind.Durch ihre Präsenz lassen wir uns allerdings oft selbst über die tatsächliche effektive Größe einer Gruppe täuschen.Die Arbeit bleibt da an wenigen hängen.Meist sind es jene, die schon Erfahrungen in anderen Gruppen gemacht haben,also oft auch in anderen Zusammenhängen gleichzeitig arbeiten.Verschleiß und Frust ist für sie dann das Ergebnis der Konsumhaltung der anderen.(Wer dann aber an den Erfolg von Mehrarbeit glaubt, läuft Gefahr nach dem Motto "Viel hilft viel" zum workoholic der Bewegung zu werden.Das Gegenstück zum Konsumenten,sozusagen,das zwar produktiver ist aber nicht revolutionärer,da selbstzerstörerisch.Das Tempo der Revolution bestimmt nicht die oder der Einzelne!)

Wie hinreissend ist da doch die Vorstellung,daß von 25 Leuten einer Gruppe nicht nur 5 schuften,sondern alle gleichmäßig arbeiten.Wenn mensch bedenkt auf wie wenig AktivistInnen



die Flora-Bewegung zurückgeht,dann mag mensch gar nicht daran denken,was alles möglich wäre,wenn alle Beteiligten ideenreich,ausdauernd,verantwortungsvoll und ernst bei der Sache wären.

Bezugspunkte

Mit den Unterschriftenlisten,Go-Ins, Festen,Demos usw. hat die Auseinandersetzung um die Flora quasi einen Schnelldurchlauf des Widerstands hinter sich.Auch die Grenze zur offenen Repression (Belagerung durch die Bullen) und Kriminalisierung (s.u.) wurde erreicht.Drei Gleise hatte sich der Widerstand offengehalten:Juristisches,öffentliches und illegales Vorgehen.Tatsächlich wurde der illegale Bereich kaum betreten.Der Polizei,die sich an ihre Vor- und Umfeldkriminalisierung hält,kann das egal sein.Sie wird sicher versuchen,zu den "gefundenen Amsterdamer Rohren" auch "Täter" zu kriegen.

Mit der neuen Qualität der Auseinandersetzung kommen aber auch neue Menschen dazu.Die flippigen alternativen (s.o.) bleiben weg und wegen defizitärer Inhaltsdiskussion, Überlastung der Verbliebenen,Dringlichkeit und Wichtigkeit der Sache wird eine neue Arbeitsweise angepeilt.Und zu dem unter anderem dafür angesetzten Treffen (12.6.,Haus-für-Alle) kommen diesmal auch mehr angesprochene Gruppen.Offenbar haben sie Bezugspunkte zwischen "Flora" und ihren jeweils eigenen Arbeitsbereichen festgestellt.Und davon gibt es wirklich genug.Anlaß zur Vernetzung verschiedener Gruppen und Kämpfe gibt es allemal,denn im Schanzenviertel soll es mit dem Mega-Musical noch lange nicht seine Bewandtnis haben.Das dazu geplante Parkhochhaus steht genauso an,wie der Plan,in den großen Montblanc-Häuserblock eine Computerfirma zu setzen.Daß auch örtliche Initiativen versuchen,einen Fuß in diese Tür zu kriegen,ist klar.Außerdem ist noch der riesige Wasserturm als zukünftiges Freizeitzentrum verplant und das alte Schlachthofgebäude ist auch schon zur Spekulation freigegeben.

Anknüpfungspunkte,Angriffsflächen gibt es da reichlich.Konzernpolitik, Kommerzialisierung,Standortwahn,Kaputtsanierung,Verkehrschaos,Umweltbelastung,Umstrukturierung,Entmischung, Pseudo-Kultur,Tourismus,2/3-Gesellschaft,Entgarantierung der Arbeit (viele Beschäftigte arbeiten bei Stella für kargen Lohn und werden von einer Firma zur anderen versetzt,bevor sechs Monate um sind und ein Vertrag geschlossen werden muß;Betriebsräte gibt es nicht) sind da nur einige Stichworte.

Der Tenor der bisherigen Auseinandersetzungen um die Flora,aus der jetzt ein Park ("Flora und Fauna") werden soll,wenn das Giganto-Kommerzprojekt gekippt werden kann,war kein ausgesprochen anarchistischer.In der Ablehnung von fremdbestimmter Vernutzung eines Stück Lebensraums kommt er aber auch dann zum Ausdruck, wenn zwischenzeitlich mit juristischen Mitteln (Revisionen) gearbeitet wurde.Dieser Kampf hat bisher keine starke soziale Verankerung im ¼ bewiesen,vielmehr waren seine TrägerInnen hauptsächlich Menschen der libertären Linken.

Selbst wenn...

Insofern ist das Ziel "außer" dem Versuch,das "Phantom der Oper" zu vertreiben,nicht die gesellschaftliche Verbreiterung anarchistischer bzw. libertärer Ideen,Gedanken und Lebensformen,sondern das Zusammenwachsen der verschiedenen Gruppen und Strömungen am gemeinsamen Gegner.Das gegenseitige Kennenlernen, die Vernetzung und Strukturverbesserung wird dann sowieso zu einer Verbreiterung der Bewegung führen.Die neue libertäre Kultur,die dabei zum Ausdruck kommt bzw. entwickelt wird kann ein schmerzliches Loch in unserem Leben und Kämpfen ausfüllen. Sie kann so aber auch - quasi indirekt - für Außenstehende deutlich machen,daß wir keine Anti-Haltungen verkörpern,sondern eine positive Einstellung zu Freiheit und Leben vertreten.

Umso erfeulicher ist in dieser Hinsicht,daß von den Florabewegten beschlossen wurde,Alkohol und Aktionen zukünftig strikt zu trennen.Allein in der Diskussion und Durchsetzung dieses Zieles liegt bereits der lange Atem für positive Veränderungen

begründet.

Das Folgetreffen vom 12.6. am 19.6. bestätigte im Großen und Ganzen die Tendenz zum gruppenübergreifenden Arbeiten,die aber auf keinen Fall eine plötzliche Wende,ein Umschalten bzgl. des Vorgehens bedeutet.Mit Fluktuation und anderen Problemen ist auch weiterhin zu rechnen.Die nächste Floraaktion ist aber halt gemeinsam geplant.Sie wird gemeinsam vorbereitet,und gemeinsam oder gar nicht wird sie auch durchgeführt:Die Besetzung des Bauplatzes am 25.6.!

Gib Kurz keine Schanze !

Am Sonnabend,dem 25.6.,versammeln sich um 11.00h ca.120 Leute in der Schanzenstr.41a.Eigentlich ist eine Personenzahl von 150 als Minimum zur Besetzung vorgesehen aber die gute Stimmung ist Anlaß genug es auch so zu probieren.Um ca.11.30h rennen dann alle über das Schulterblatt zur Flora,vorbei an staunenden Autofahrern und Passanten.In Sekunden ist der Bauzaun platt und zerlegt,die Leute auf dem "befreitem" Platz können von allen Seiten kommen und gehen.Lebensmittel und Werkzeuge kommen wenig später ,ein Zelt wird aufgebaut,Pflanzen werden gesetzt.Der dann beginnende Bau des "Freundschaftshauses" spiegelt dabei typisches wider.Zuerst fangen einige Leute an ein Loch zu graben und Stütz-balken auszusuchen,dann kommen andere Leute dazu.Ein reges Treiben entsteht.Daß das Haus einen Zentralpfeiler und fünf Randstützen haben soll,dann aber viereckig wird und schließlich nach zwei Seiten verlängert wird ist Ausdruck von Unkoordination,relativ blindem Aktionismus, Hetze,ja Chaos.Aber die Fähigkeit zur Improvisation,die Flexibilität und Übersicht,die gleichzeitig mitspielen führen eben doch zu einem stabilen Haus,dem weitere folgen.Ähnliche Erfolge in Sachen Selbstorganisation werden erzielt z.B. was das Essenmachen,Musizieren und Nachtwacheneinteilen angeht.

Als im Verlauf des Tages immer mehr Leute kommen wird zwar wieder klar, daß Konsumhaltung und Distanz bei vielen Leuten immer noch vorhanden sind,aber die Zahl der Aktiven und Verantwortlichen ist durch die Diskussionen der Vorbereitungstreffen sichtbar gestiegen und die Malereien, Hütten usw. zeigen das sehr anschaulich.

Am Abend werden auf einer geweißten Plakatwand Filme gezeigt,Videos laufen.Die ganze Nacht über brennen Feuer,lösen sich Wachen ab,schlafen oder reden ungefähr 50 Leute auf dem Dach der Flora oder auf dem Platz in den selbstgebauten Hütten und Zelten.Alkoholprobleme gibt es nur insofern als daß einige nicht wahrhaben wollen,daß sie - angetrunken,wie sie sind - bereits eine Gefahr für sich und andere darstellen und ein sturzbesoffener Typ folgerichtig des Platzes verwiesen wird.

Am Sonntag,den 26.6.,kriegt die Besetzung noch mehr Schwung.Diverse hundert Leute sind ständig da,Bands spielen,Plena finden statt,neues Baumaterial ermöglicht neue Bauten,ein Klo wird eingerichtet, Spenden treffen ein,eine Demo (Nordseeschutz) kommt vorbei und Alkohol ist so gut wie überhaupt nicht mehr zu sehen.Auch das Wetter spielt mit.Es ist warm und zeitweilig sitzen an die hundert Menschen auf dem Floradach.

Bevor am Abend wieder Filme laufen gibt es ein großes Plenum.Die Räumung wird für die kommende Nacht erwartet. Telefonkette,Wachen,Verhalten bei Alarm und danach sind die Punkte,die so gut es geht geklärt werden.In dieser Nacht bleiben ca.150 Leute auf dem Platz.Trotzdem ist es immer noch enttäuschend,daß ungefähr genauso viele,die zur Zeit des Plenums noch da sind,später weggehen ins gemachte Nest der "eigenen" vier Wände.





Zwei Monster vom "Starlight Express"

Für 1.00h ist der Gestellungsbefehl der BePo bekanntgegeben und etwa um 3.30h schlagen die Wachen Alarm. Die Bullen rücken an. Der Weckalarm auf dem Platz folgt prompt und in Windeseile kramen alle ihre Sachen zusammen, wärmen sich noch kurz am Feuer und sammeln sich dann - ganz wie geplant - als geschlossener Block in Ketten. Ein Seil wird um die Leute gespannt, damit niemand rausgegriffen werden kann. Die Telefonkette zur ist und über Megafon die aufgewachten Nachbarn grüßt und Forderungen an die Bullen stellt. Sie sollen mit der Filmerei aufhören, freien Abzug gewähren und verschwinden. ("Die Bullen nach Sibirien, auf daß sie dort erfrierien!") Leichte Unruhe macht sich breit, als es dann von den Bullen unversehens zur dritten Aufforderung heißt: "Es ist 4.25h." Laut eigener Vorbesprechung müssten die BesetzerInnen schon nach der zweiten (5.00h) !Sie wird von einem Plenum beendet, auf dem für den selben Tag, 17.00h, noch eine Demo beschlossen wird. Nach dem Plenum ist für die meisten dann erstmal schlafen angesagt.

Als nachmittags die Demo mit 150-600 (jeweils TeilnehmerIn-Schätzung!) läuft, ist auf dem Platz bereits alles abgerissen und verfrachtet. Am Abend findet wieder ein Treffen im Haus-für-Alle statt, auf dem das Wochenende



Mobilisierung der zu Hause schlafenden ist ausgelöst. Um ca. 4.00h rasen die Bullenwannen heran, BePos stürmen das (verlassene) Floragebäude, der Film- und Videozug besetzt das Dach, während zwei Hundertschaften die Geländeausgänge abriegeln. Auch Hundeführer sind da. Zwei WaWe 9, schwere Räumfahrzeuge und Zivi-Greiftrupps warten in geringer Entfernung. Über Lautsprecherwagen verkündet die Polizei die erste Aufforderung zur Räumung des Platzes. Auch die zweite Aufforderung streicht ins Land, während die Menge im Seil guter Stimmung aufbrechen. Es dauert aber noch ein bißchen länger, denn inzwischen haben sich Bulleneinsatzführer herabgelassen tatsächlich zu verhandeln über freien Abzug, keine Personalienfeststellung und Mitnahme der letzten privaten Sachen vom Gelände (Zelt u.ä.). Sie willigen ein und nachdem alles - auch die Piratenflagge - eingeholt ist, geht's los. Vom Seil eng umschlungen tippeln die Leute vom Platz, von dazugestossenen UnterstützerInnen lautstark und hell (mit Fackeln) begleitet. Aus diesem Abzug wird Hamburgs früheste Demo als voller Erfolg bewertet wird. Viele Menschen haben sich kennengelernt, nach dem Straßenfestauseinandersetzungen (12.5.) verloren gegangene Sympathien für die Florabewegung sind wieder gewonnen. Auch neue Strukturen entstenen, um den Schwung, den das gute Gefühl des Wochenendes gibt, zu nutzen und zu verstärken.

"Wir kommen wieder!"

hieß es schließlich beim Verlassen des Bauplatzes.

Wie stark und fähig die Menschen

Nix Flora Soft an der Schanze

bei der Besetzung waren,zeigt wohl auch die Reaktion der Medien bzw. der Senatspressestelle.Damit das große Echo der Radio- und Fernsehsender sowie der Zeitungen nicht in eine starke Sympathiewelle für die Flora übergeht,kommt prompt der Kriminalisierungskeil:Hafenstraßenbewohner seien auf dem besetzten Platz gesehen worden (viel gut,d.T.);"RAF-Umfeld" und "Autonome" würden jetzt in Stadtteilgruppen agitieren.Und letzendlich wird eine Verbindung zwischen einem abgefeuerten "Warn"schuss eines Zivibullen an der Hafenstraße und der Florabewegung lanciert.

Aber wir lassen uns nicht spalten! Wir machen weiter!Unser Widerstand geht jetzt erst richtig los!

Die millionste Besucherin

wird am Sonntag,dem 10.7. bei der 937. "Cats"-Vorstellung erwartet.Ungefähr 150 Florabewegte warten mit und blockieren und verschönern dabei den Haupteingang.Als ca. 20 BePos erscheinen und auf ihre Schilde schlagen flüchten alle DemonstrantInnen recht panisch, wobei einige Leute überrannt und leicht verletzt werden.Festnahmen und Verletzungen durch die Bullen gibt es allerdings auch auf dem Weg zurück zur Flora nicht.

Lediglich ein "guter Deutscher" ("Was die Polizei nicht schafft,mach' ich!") greift mit einer - wie sich später herausstellt - Gaspistole einige der Demonstranten an und verletzt dabei einen Typ durch einen Schlag.Immerhin gelingt es aber durch beherztes (eigentlich wahnsinniges) Vorgehen,ihm die Waffe abzunehmen.

Vor der Flora wird dann der schicke "WAA-Verschnitt"-Zaun aufgebrochen.Dabei bleibt es aber vorerst auch,denn die selben paar Bullen von "Cats" schaffen es auch hier,die planlosen Leute in Schach zu halten.Und nach einigem Hin und Her wird der Schauplatz zu Gunsten des Plenums dann auch verlassen.

haben doch schon 1.2 Millionen Überstunden.Wo soll denn das enden?") zur Vorsicht mahnten:Kurz darf bauen lassen!Wieder gab es eine große Demo mit vielen Hundert Menschen.In der Nacht gingen bei bestimmten (s.o.) Banken die Scheiben zu Bruch.die Polizei löste eine Fahndung aus.Allein,sie kriegte niemanden.

Am 6.8. tanzte der Widerstand "Die rote Flora".Eine Riesenfete in Haus-für-Alle brachte gute Laune,weitere



Letzte Aktualisierung:

Das Musical "Cats" ist in Hamburg mittlerweile nicht mehr ausverkauft. Studententarife sollen jetzt neue Schichten anlocken:teure Requisiten werden nicht mehr neu bestellt,sondern so gut es geht geflickt.Ist bald Schluß mit dem Katzenjammer?

Ein Brandanschlag auf Geräte einer Vermessungsfirma.die Arbeiten auf der Florabaustelle ausführte,richtete ca. 120.000.- DM Sachschaden an.

Der Senat verschob die endgültige Entscheidung über die Erteilung der Baugenehmigung um 14 Tage:Kurz war äußerst sauer.Trotz Nicht-Verhaltens der Stadtregierung lief eine Demo mit 1.500 (!) Leuten,in derem Anschluß der Bauzaun erneut zerstört wurde.

Am 2.8. fiel dann offiziell die Entscheidung,nachdem selbst die Bullen (GdP-Sprecher Pumm,sinngemäß:"Wir

Verbindungen untereinander und viel Geld,das dringend benötigt wurde bzw. wird.

Am 9.8. boykottierten Flora-Plenum,Anwohner-Ini und Geschäftsleute,die vertrieben werden,weil Parkplätze für das "Phantom" her müssen,eine live-"Diskussionsrunde" des NDR.Titel der Sendung:Flora - Kunst oder Randale?Der "Dialog" mit dem Bürger (eine beliebte Methode,tatsächliche Entscheidungsstrukturen zu verschleiern) sollte verweigert werden.Kurz und Co. saßen also allein im Studio mit einem vollständig irritierten Moderator.Zeitgleich zur Fernsehsendung wurde eine Pressekonferenz vor der Flora gegeben,die Demoausmaße annahm.Und die Stimmung dabei war so gut,daß nach den Redebeiträgen (von der Autonomen bis zur Oma) trotz Bullenpräsenz (seit der Besetzung wird das ¼ wieder belagert) der Bauzaun an zwei Stellen erneut

"KEIN HERZ FÜR KOMMERZ SONST SCHMERZ !"

plattgemacht und in die Baugrube geworfen wurde!

Dabei herrschte durchgehend bunteste Straßenfeststimmung. Unvermummte Leute jeden Alters in Sommerkleidung bestimmten das Geschehen. Unter den ca. 400 gab es keine Distanzierungen bis die anrückende Bullenverstärkung gegen die Leute vorging. Es wurden mehrere Personen verletzt (wohl hauptsächlich Bullen), aber niemand festgenommen. Danach meinten dann einige Leute, sich vor den Medien mit eigenmächtigen Stellungnahmen, in denen sie sich von der "angewendeten Gewalt" der Florabewegten distanzierten, profilieren zu müssen. Trotzdem: Das Viertel als (fast) Ganzes ist stinksauer - aber guten Mutes!

Wenn dieses Gefühl weiter umgesetzt werden kann - und es sieht sehr danach aus - dann geht hier in Hamburg der "Kulturkampf Flora" erst richtig los und die nächsten Projekte wie Wasserturm und Montblanc werden auf noch härteren und besser organisierten Widerstand stossen!

"Die Farbe des Alltags verblasst, wenn der Duft der Morgenröte durch die Straßen weht." (Die AKTION-Hamburg kann die Nase nicht vollkriegen und wird weiter berichten.)

Kein Herz für Kommerz sonst Schmerz !

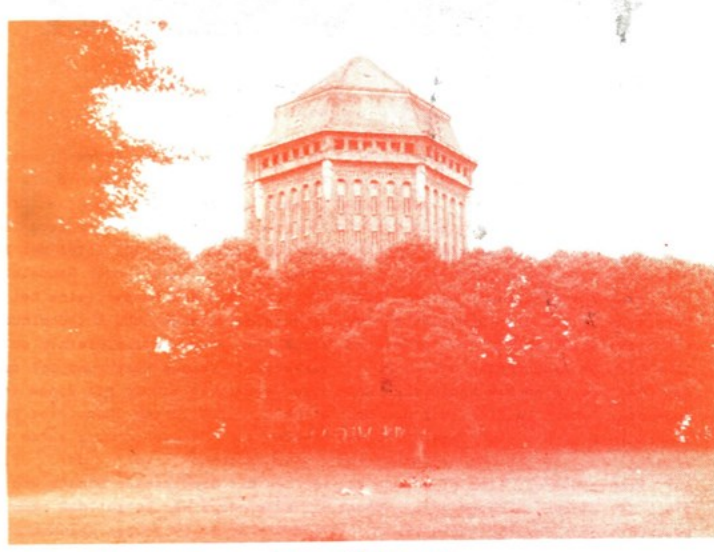
Daß unter anderem gerade im Schanzenviertel mit der neuen Fotokartierung Hamburgs begonnen wird, um die Stadtbauplanung und Aufstandsbekämpfung zu optimieren (digitalisierter Fotostadtplan mit Meldedaten für jedes Haus, mobile Terminals) scheint fast darauf hinzudeuten, daß auch die Stadtväter im Rathaus in naher Zukunft mit Ärger rechnen. Den sollen sie haben. Denn:

Es ging nie nur um die Häuser!

Achtung: Zu den Floraauseinandersetzungen werden zwei Dokumentationen erstellt. Eine kleine wird bald erscheinen. Die größere, mit vielen Kommentaren und Bezügen, braucht etwas länger. Interessenten können sich schon jetzt melden bei:

Schwarzmarkt, Paulinenstr. 15, 2000 Hamburg 4, Stichwort "Flora-Doku".

FKK
(Freundeskreis Kurz)



Der Wasserturm - bald "Creative Tower"?



REZENSION

Hans-Jürgen Degen."Wir wollen keine Sklaven sein ...".Der Aufstand des 17.Juni 1953.Berlin(West) 1988.Anarchistische Texte.3.Edition.Nr.34:Libertad-Verlag.Eine erste Fassung erschien 1979 im AHDE-Verlag.

Kritik an der DDR bereitet weiten Teilen der bundesrepublikanischen Linken (immer noch) Bauchschmerzen.die aus der Angst herrühren.Beifall von der "falschen Seite" zu bekommen.Und erst der 17.Juni!
Hat doch der BRD-Staat diesen Termin annektiert.ihn als "Tag der deutschen Einheit" gar zum Feiertag gemacht.Aber wer feiert da eigentlich was?!
Degens Broschüre ist eine verdienstvolle Provokation gegen die Denkfaulheit und Bewußtlosigkeit.die in "dieser unserer Linken" fröhliche Urständ' feiert.Denn was mit dem Marsch der Bauarbeiter in der Stalinallee in Ost-Berlin zum "Haus der Ministerien" am 16.Juni 1953 begann und bis zum 18.Juni die Industriezentren der DDR wie ein Steppenbrand erfaßte.war.wie Heinz Brandt sarkastisch analysierte.eine revolutionäre Situation.wie sie Lenin klassisch definiert hat.(S.Heinz Brandt.Ein Traum.der nicht entführbar ist.Mein Weg zwischen Ost und West. Frankfurt/M 1985.S.228f)
Ohne das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsarmee wäre die damalige DDR-Regierung gestürzt worden.wobei bemerkenswert ist.daß die Aufständischen selbst deutlich gemacht haben.daß ihre Bewegung gegen das SED-Regime.und besonders gegen den vor allen anderen verhaßten Walter Ulbricht und seine Clique.gerichtet war.nicht aber gegen die Sowjet-Truppen.
Degen zeigt vor allem klar und deutlich.daß die Aufstandsbewegung spontan von der Arbeiterklasse der DDR ausging und auch von ihr bestimmt wurde.daß es erste Ansätze zur Bildung von Räte-Organen in den Betrieben (und z.T. in Kommunen) gab.wobei gerade das mitteldeutsche Industriegebiet mit seiner langen links-sozialistischen Tradition besonders hervorstach.Sachsen und Thüringen waren in der Weimarer Republik Hochburgen der linken Sozialdemokratie.der Kommunisten wie auch der Linksradikalen (Rätekommunisten und Syndikalisten).Diese Tradition hat auch den NS-Staat überlebt und äußerte sich seit der Befreiung auch immer wieder.zuletzt massiv während des Aufstandes.
Degen nimmt ohne Mühe die Lügen der "real-sozialistischen" Apologeten auseinander.die eine vom Westen gesteuerte Verschwörung vorschützen.Selbstverständlich haben auch Agenten und Provokateure aus dem Westen mitgemischt. doch deren Aktivitäten waren allenfalls für die propagandistische Ausschlachtung durch die SED-Führung zu gebrauchen.Den Aufstand konnten sie weder auslösen noch beeinflussen.



Ebenso bleibt nichts von den Legenden der hiesigen Geschichtsklitterer übrig.wonach die ostdeutsche Arbeiterklasse Sehnsucht nach dem bundesrepublikanischen Kapitalismus gehabt hätte.Von wegen!Interzonenzüge erhielten Aufschriften wie "Fort mit Ulbricht und Adenauer".an der Autobahn Magdeburg-Helmstedt wurde ein Schild aufgestellt.das Ulbricht und Adenauer in trauter Gemeinschaft am Galgen hängend zeigte...
Unmittelbarer Auslöser der Arbeiterproteste war die Erhöhung der Arbeitsnormen gewesen.was Lohneinbußen zwischen 20 und 50% bedeutet hätte: hinzu kam noch die schlechte Lebensmittelversorgung.die scharf kontrastiert wurde durch die Sonderzuteilungen der Partei- und Staatsfunktionäre.Diese beiden Punkte tauchten denn auch in den meisten Forderungskatalogen der Bewegung auf:ebenso wurde der Rücktritt der verantwortlichen Politiker und die Demokratisierung von Partei und Staat gefordert.
Zusätzliche Brisanz erhielt der Aufstand durch die - durchgängig gestellte - Forderung nach der Einheit Deutschlands.Es ist Degens Verdienst. die nationale Frage in der libertär-sozialistischen Debatte (wieder) auf die Tagesordnung gesetzt zu haben:"Der unerträgliche status quo muß als solcher erkannt und überwunden werden.(...)Solange die Elementarforderung der Aufständischen nach Beseitigung der Teilung.nach einem wiedervereinigten.nach einem sozialistischen Deutschland nicht erfüllt ist.ist die politische Ruhe um dieses Problem real eine latente Unruhe.(...)Indem die Aufständischen in ihrer überwiegenden Mehrheit kein Votum für den "Freien Westen".für die BRD abgaben. wie es noch immer von BRD-Geschichtsklitterern vermittelt wird.haben sie auch schon quasi 1953 (unbewußt) die Stoßrichtung unserer Zeit vorweggenommen:die Notwendigkeit der Beseitigung der Grenzen in Deutschland (und überhaupt).die Lösung aus allen Militärallianzen.um jeglichem Chauvinismus den Wind aus den Segeln zu nehmen:die Ablehnung der bestehenden Gesellschaftssysteme und deren Ersetzung durch einen Selbstverwaltungs-Sozialismus und die damit gekoppelte Dezentralisierung und Föderalisierung

Deutschlands:aktive Mitgestaltung an einem föderalistischen Gesamteuropa."(S.32)
Doch bei all dem Verdienst enthält Degens Schrift einige Ärgernisse.Daß die "sowjetischen Aktiengesellschaften" nach dem Juni 1953 an die DDR zurück und nicht "völlig in den Besitz der UdSSR" gingen (S.11).mag ein Korrekturfehler sein:eine Formulierung wie "maßlose Reparationsforderungen der UdSSR" an die SBZ/DDR (S.10) erscheint aber angesichts der Verwüstungen der Nazis während ihres Rußlandfeldzuges selbst "maßlos".
Doch der Abschnitt "Die Spaltung Deutschlands" (S.11) zeugt von schlichter Unkenntnis der deutschland-politischen Konzeption der Westalliierten.speziell der USA unter Truman.Der "Kalte Krieg" erscheint bei Degen als Produkt einer.von der UdSSR und den West-Alliierten gleichermaßen gegeneinander betriebenen Konfrontationspolitik.Resultat eines gegenseitigen Hegemoniestrebens.Tatsächlich aber hat Horowitz schon vor 20 Jahren detailliert nachgewiesen.daß die Truman-Administration gegenüber der SU auf Konfrontationskurs ging und den Verbündeten von gestern geradezu nötigte.in Polen und anderswo Satellitenregimes zu errichten.(S.David Horowitz.Kalter Krieg.Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam.2 Bde..Berlin-West 1969.Wagenbach)
Speziell zur Deutschland-Frage ignoriert Degen völlig die Initiativen der SU - der stalinschen SU! - zur Wiederherstellung Deutschlands (der vier Besatzungszonen).die in der berühmten "Stalin-Note" vom 10.3.1952 gipfelte.Die einzige wirkliche Bedingung.die die UdSSR darin stellt.war die Neutralität eines vereinigten Deutschland (und keine Illegalisierung der Kommunisten).
Daß dieses Deutschland ein kapitalistisches Land wäre.darüber war sich die sowjetische Führung im klaren.Aber die geostrategischen Interessen der USA.denen an einer militärischen Präsenz im Herzen Europas lag.standen diesem Vorschlag entgegen.Der rheinische Separatist Konrad Adenauer betrieb als "Kanzler der Amerikaner" (Kurt Schumacher) vehement die Wiederbewaffnung und bedingungslose Integration des bonner Spalterstaates.(Minutiös wird dies dargestellt von Uwe Johnson.Begleitumstände.Frankfurter Vorlesungen.Frankfurt/M 1979.Suhrkamp. S.337-392)
Mehr noch:Gerade der Aufstand des 17.Juni hat ein Ergebnis gezeitigt.das wie ein Treppenwitz der Geschichte anmutet.Stalins Nachfolger Malenkow und Berija hatten Ulbricht praktisch schon gekippt.ihre Vertrauten im ZK der SED stellten schon ein neues Politbüro zusammen - Vorarbeit für den letzten großen Versuch der UdSSR.die endgültige militärische Integration der BRD ins westliche Lager zu verhindern.(Dies schildert ausführlich und gut dokumentiert:Heinz Höhne."Berija wollte die DDR liquidieren".in:Der Spiegel.Nr.24.13.6.1983.S.75-88)



Der Aufstand machte dies zunichte.Ulbricht blieb bis 1971 im Sattel.die USA und ihr Kanzler mußten nicht handeln.und die Grenze zwischen den beiden Blöcken verläuft mitten durc Deutschland.
Wer feiert also was am 17.Juni in der BRD?Die herrschenden Klassen eines garantiert nicht:Einen Tag der deutschen Einheit.

Jonnie Schlichting.Hamburg

IWF/WELTBANK

DIE TERMINE FÜR WEST-BERLIN

In der Zeit vom 22.9.88 bis 29.9.88 sollen verschiedene Kundgebungen und Aktionen direkt vor bzw. parallel zu der IWF/Weltbank-Konferenz in Berlin stattfinden.Die Thematik und Bedeutung,sowie die Hintergründe dieses Kongresses sollten hinreichend bekannt sein.Es gibt inzwischen reichlich Informationen darüber.Wir wollen hier nur noch einmal den aktuellen Terminplan abdrucken.

Am 23. und 24. September findet der Gegenkongress statt,auf dem die an die Öffentlichkeit gerichtete Kritik an den herrschenden mondialen und ökonomischen Bedingungen des Systems und der Politik des IWF bzw. der Weltbank dargestellt werden.Politische Alternativen und Strategien von oppositionellen Bewegungen stehen zur Diskussion.
Dieser Kongress bietet außerdem die Möglichkeit,Erfahrungen auszutauschen,Kontakte zu knüpfen und für die teilnehmenden Gruppen,darzulegen,wie sie arbeiten.Es wird auch eine breite Skala von in- und ausländischen ExpertInnen,Organisationen und Initiativen eingeladen.Der Gegenkongress wird durch eine international besetzte Organisation getragen.

Am 25.9. ist eine große Demo mit anschließender Kundgebung mit TeilnehmerInnen aus der BRD und anderen Ländern geplant.Hierbei sollen die auf dem Kongress diskutierten Inhalte und Alternativen an die Öffentlichkeit gebracht werden.Es soll die Breite des Protestes gegen die IWF/Weltbank-Konferenz und die dargelegte Politik zum Ausdruck kommen.Die Gegenkampagne wird von West-Berlin aus organisiert,durch West-BerlinerInnen und bundesdeutsche Organisationen.

Vom 26.9. bis 29.9. ist eine Aktionswoche geplant,in der Gruppen ihren Protest und Widerstand gegen die Jahresversammlung und gegen die Politik von IWF und Weltbank mit dezentralen Aktionen und Kundgebungen verdeutlichen.

Das "Permanent People Tribunal" (26.9. bis 29.9. ist eingeladen,um seine Position bezüglich einer Klage von lateinamerikanischen Juristen gegen die Folgen von IWF und Weltbank zu vertreten.Das Tribunal gehört in die Tradition der Russell-Tribunale und wird durch die Lelio-Basso-Foundation (Italien) organisiert.

AKTIONSKALENDER SEPTEMBER WEST-BERLIN

21.9.-Zusammenkünfte für die offizielle IWF-Konferenz
23.9.-Versammlung von 24 Abgeordneten (Staatssekretäre,...).Gegenkongress
24.9.-Versammlung der Gruppe der 24 (Minister,...).Pressekonferenz.Gegenkongress
25.9.-Interim-Kommission.Demo,Kundgebung
26.9.-Entwicklungskommission.Pressekonferenz.Aktionswoche,Aktionsbüro: Crellestr.22,1000 Berlin-West 62,Tel.030-781 40 18),Basso Tribunal
27.9. IWF/Weltbank-Konferenz.Beginn 10h.große Demo 15h.Aktionswoche,Basso-Tribunal
28.9.-IWF/Weltbank-Konferenz.große Demo,Aktionswoche,Basso-Tribunal
29.9.-IWF/Weltbank-Konferenz.Pressekonferenz.große Demo.16h Pressekonferenz.Aktionswoche,Basso-Tribunal

Fortsetzung von Seite 3

Im März 1989 finden in Hessen die Kommunalwahlen statt. Mehrere faschistische Parteien haben inzwischen ihre Teilnahme an der Wahl angekündigt. Unter ihnen auch die Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP), die durch ihr offenes neonazistisches und militantes Auftreten bekannt ist und sich selbst in der Tradition der NSDAP und der SA sieht. Die FAP will sich in Frankfurt und Langen zur Wahl stellen.

Führender Kopf dieser Partei ist der im März aus dem Butzbacher Knast entlassene und nun in Frankfurt wohnende Michael Kühnen. Er hat sich offenbar in allen innerparteilichen Querelen durchgesetzt und bereitet sich mit seinen AnhängerInnen offensiv auf den Wahlkampf vor.



Die Rolle von Michael Kühnen

Als Kühnen nach 3,5-jähriger Haft Anfang März aus dem Knast entlassen wurde, zeigte sich sehr schnell, daß sich die Spekulationen über einen weitgehenden Ausschluß seiner Person aus der "Bewegung" als falsch erwiesen haben. Trotz des Streits bei den Neonazis wegen Kühnens Schreiben "Nationalsozialismus und Homosexualität" und der darausfolgenden Spaltung der "Bewegung" in den "Mosler und den Kühnenflügel", trotz der Distanzierungskampagnen von z. B. der Gruppe um Ernst Tag, der Wikingjugend und Teilen der Eurorechten, nahm Kühnen nach seiner Haftentlassung keineswegs eine isolierte Position ein.

Er setzte sich sofort wieder in den Chefsessel, der ihm von seinem Statthalter Tomas Brehl freigehalten worden war. Er nahm seine neonazistischen Aktivitäten wieder auf und hatte keine Mühe alte Gefährten und neu gewonnene Mitglieder um sich zu scharen. Frankfurt und Langen dient ihm dazu als Schaltzentrale und Aktionsfeld.

Mit der Ankündigung Kühnens, die FAP werde zur Kommunalwahl 1989 antreten, gehen die Neonazis in die Offensive. Vermehrt fallen im Frankfurter Raum neonazistische Umtriebe und Aktionen auf.

Militante Neonazis in Frankfurt und Umgebung

Das Potential der FAP im Frankfurter Raum ist schwer einzuschätzen. Es dürfte sich aber um mehrere Dutzend Aktivisten handeln.

In einigen Stadtteilen Frankfurts, im Offenbacher Landkreis und um den Taunus, sowie in anderen Städten und Vororten findet der Neonazismus immer wieder ein ideales Rekrutierungsfeld. Schon seit Jahren bilden sich selbst in kleineren Orten Bomberjacken-Gangs mit rechtsradikalem Charakter, in denen Skins oft die führenden Köpfe sind.

Diese Gruppen werden zunehmend von organisierten, propagandistisch geschulten Faschisten durchsetzt, politisiert und immer stärker in die Strukturen des organisierten Neofaschismus eingebunden. Dies zeigt sich vor allem in der eskalierenden, militanten Handlungsweise, wobei übliche Kneipen- und Fußballprügeleien immer mehr durch geplante und ungewöhnlich brutale Aktionen ersetzt werden.

So treten sie bei Straßenfesten und anderen Veranstaltungen geschlossen auf, um ganz gezielt Jagd auf Feindbilder (Ausländer, Hippies, Punks und andere) zu machen. Z. B. deponierten Mitglieder der "Taunusfront" nach dem Tod von Rudolf Heß eine Bombe in einem Schließfach des Frankfurter Hauptbahnhofs. Andere dieser Gruppe, z. B. Bad Homburger Skins, verteilen Naziflugblätter und haben enge Verbindungen zur FAP. Skinheads der "Braunen Adler" aus Gießen machen seit Jahren massiv Terror gegen besetzte Häuser. Sie schossen mit Luftgewehren auf BewohnerInnen und warfen eine Rauchbombe (aus BW-Beständen) durch ein Fenster. Ein Stadtzeitungsfest wurde überfallen und eine Person mit einer abgebrochenen Flasche am Hals schwer verletzt.

Ein jugendlicher Tramper, den sie irrtümlicherweise für einen Hausbesetzer hielten, wurde fast totgeprügelt.

Auch einige "Fußballfanclubs" fallen immer wieder durch neonazistische Aktivitäten auf. So diente die "Adlerfront" einst als Aktionsfeld für Mitglieder der ANS und der WSG Hofmann. Angehörige des Eintracht-Fanclubs "United" nehmen an Veranstaltungen gegen die "Ausschwitzlüge" teil. Mitglieder des "Pressewerks" (Rüsselsheim) schlugen vor knapp zwei Jahren im Anschluß an ein Straßenfest einen Punk tot.
In selbstgemachten Skinhead- und Fußballheften wird ganz offen für die FAP geworben. Die gleichen Phrasen, die gleichen Embleme werden benutzt. Einige Skins - auch in Frankfurt - sind in der FAP organisiert, werden dort mit scheinbar "verantwortungsvollen" Aufgaben betreut und somit immer stärker in den Strudel des Rechtsterrorismus gezogen.

Wie auch in den meisten Städten, gehört es auch hier zur Taktik der FAP-Funktionäre die theoretische Hintergrundarbeit zu leisten, um angebräunte Jugendliche systematisch zu politisieren und zum Straßenterror aufmarschieren zu lassen.

Bevorzugte Angriffsziele der Faschisten sind Ausländer, bzw. ausländische Einrichtungen, aber auch selbstverwaltete Jugendzentren, linke Kneipen und Buchläden und besetzte Häuser. AntifaschistInnen werden unter Druck gesetzt oder zusammengeschlagen. Wie Skinheads und andere Jugendliche von der FAP funktionalisiert werden, wird durch die Aussage des ehmaligen FAP-Spitzenkandidaten und Ritterkreuzträgers Otto Riehs aus Frankfurt deutlich:

""Die Skinheads halten wir uns so lange warm, bis wir an der Macht sind ..."

NPD und andere

Die letzte größere Aktion der NPD in Frankfurt fand im August letzten Jahres auf der Zeil (Fußgängerzone) statt. Die NPD-Jugendorganisation "JN" hatte großkotzig einen "Kampftag" angekündigt. Dieser wurde dann dank des entschlossenen Vorgehens der AntifaschistInnen zum Debakel für die NeofaschistInnen.

Nach einer längeren Phase der Zurückhaltung tritt die NPD, wohl mit Blick auf die Kommunalwahl, wieder häufiger in der Öffentlichkeit auf. In den letzten Wochen gab es unter der Leitung des hiesigen NPD-Vorsitzenden Gutjahr einige Verteileraktionen (Infostände) in Frankfurt. Die letzteren wurden auf Grund "höherer Gewalt" vorzeitig beendet.
Anders ist die Situation im Wetteraukreis. Hier kam die NPD bei den letzten Wahlen in einigen Orten klar über 10%. Nicht verwunderlich, daß Neofaschisten den Wetteraukreis gern für diverse Großveranstaltungen aussuchen. Andere Faschoparteien, wie die Republikaner, die ÖDP, die EAP treten kaum auf und wenn, dann nur in geschlossenen Kleinveranstaltungen oder über kurzzeitige Flugblattaktionen.

Chronologie:

Hier eine kurze chronologische Zusammenstellung der wichtigsten neonazistischen Aktionen seit dem 01.03.88:

März 1988

Anfang des Monats wird Michael Kühnen aus der Haft entlassen. Am Vortag seiner Entlassung werden in 61 Städten 92 Hausdurchsuchungen gegen Neonazis durchgeführt. Waffen und umfangreiches Infomaterial werden aufgestöbert.

- Langen
Nur wenige Tage nach Kühnens Haftentlassung versuchen ca zehn FAP-Mitglieder, darunter Kühnen, Reisz und Brehl, eine antifaschistische Kundgebung an einem Mahnmahl zu stören. Sie stellen sich provozierend in einer Reihe vor dem Mahnmal auf. Nach kurzem Wortgefecht können sie vertrieben werden.

Hochheim/Ts.
Vor seinen Getreuen, die aus der ganzen BRD anreisen, hält Kühnen in der Gaststätte "Zum Taunus" in Hochheim die "Antrittsrede" nach seinem Knastaufenthalt. Er kündigt die Teilnahme der FAP an den Kommunalwahlen im März 1989 in Frankfurt und Langen an. In einem anschließendem Gespräch mit Pressevertretern bezeichnet Kühnen Adolf Hitler als sein persönliches Vorbild, weswegen ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet wird.

- Königstein/Ts

Die "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" mit Sitz in Frankfurt hält am 19.03.88 Jahreshauptversammlung im Haus der Begegnung in Königstein. Ca 250 GegendemonstrantInnen werden durch ein bürgerkriegsähnliches Aufgebot von 600 Bullen beschirmt und anschließend im "Gefangenentransport" durch die Stadt geleitet.

- Wetterau/Hungen-Inhelden

Die FAP gründet auf einem Parteitag eine "Freie deutsche Gewerkschaft". Vorsitzender wird der Langener Zuhälter Heinz Reisz. Im Vorfeld kommt es am Ortseingang von Hungen zu Auseinandersetzungen. Faschos versuchen, Autos von AntifaschistInnen, die sich dem FAP-Konwoi ab Bahnhof Wölfersheim anschließen, durch halsbrecherische Fahrmanöver von der Straße zu drängen. Dabei landet Michael Kühnen im Straßengraben, provoziert anschließend eine Schlägerei, bei der er und sein Leibwächter arg gebeult werden.

- Gießen

Faschoskins der "Braunen Adler" organisieren ein bundesweites Skinheadtreffen mit Konzert in einer Grillhütte auf dem Schifferberg bei Gießen. Nach massivem öffentlichem Druck wird ihnen die Hütte gekündigt. Die Organisatoren müssen Ausladungen verschikken. Trotzdem versammeln sich am Wochenende (29.04.88) mehrere Dutzend Skinheads in der Stadt. Nachdem schon in der Nacht zum Samstag ein Passant von Skins überfallen und zusammengeschlagen wurde, versuchen ca drei Dutzend Skins am Samstag Nachmittag das besetzte Haus in der Südanlage 20 anzugreifen. Nachdem die Skins vertrieben werden, kommt es zu einer Schlägerei. Es gibt Verletzte auf beiden Seiten. Die Polizei greift ein und besprüht verletzte Antifaschisten mit der Chemischen Keule während andere AntifaschistInnen mit gezogener Knarre in Schach gehalten werden. Die Glatzen können inzwischen mit ihren Waffen z. B. Baseballschläger, ungestört weiter prügeln. Dennoch weinen sich die Skins auf der Bullenwache aus und erstatten zahlreiche Anzeigen. Als Folge davon wird nun willkürlich gegen einen Antifaschisten ermittelt.

April 1988

- Frankfurt

Wütend über die "Schlappe" in Gießen überfallen fünfzehn Skins in den Abendstunden des selben Tages eine Schülerfete in Frankfurt-Bonames. Die Skins, die ausnahmslos in Gießen beteiligt waren, schlagen einen 15-Jährigen! schwer zusammen und zünden dessen Fahrrad! an. Fast alle Schläger werden festgenommen.

Mai 1988

- Frankfurt

Auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen einer antifaschistischen Woche Anfang Mai in Sachsenhausen erscheint Michael Kühnen in Begleitung von zwanzig Neonazis, um mitzudiskutieren. Als die Faschisten hinausgedrängt werden, verweist Kühnen auf den Wahlkampf und droht "Frankfurt auf den Kopf zu stellen".

- Hanau

Ca 50 Skins und rechts Psychs (z. B. aus Hanau, Ffm, Aschaffenburg) feiern am 07.05.88 eine Fete am Steinheimer See bei Hanau. Zu Auseinandersetzungen kommt es nicht.

- Hanau

Rechte Schläger überfallen das besetzte Haus in der Metzgerstraße und verletzen mehrere Personen.

- Maintal/Hanau

Neonazis wollen in der Maintalhalle in Maintal-Dörnigheim eine Veranstaltung durchführen. Da der angemietete Raum von AntifaschistInnen besetzt gehalten wird, ziehen sich die Nazis, unter ihnen der aus dem Führungskader der FAP ausgestoßene Exkameradschaftsführer von Frankfurt Arnd Heinz Marx, in eine Hanauer Gaststätte zurück, aus der sie wenig später auch vertrieben werden.

Juni 1988

- Hanau

Nach einem erneuten Überfall der mittlerweile bekannten Faschobande, können die Schläger kurz danach ebenfalls schlagkräftig vertrieben werden. Wenige Stunden später wird ein Brandanschlag auf das besetzte Haus in der Metzgerstraße verübt, der aber nur geringen Schaden anrichtet.

- Bad Homburg

Neun Skins werden vorübergehend festgenommen, als sie in Bad Homburg Flugblätter mit rechtsradikalem Inhalt verteilen.

- Wetterau-Oberhörgern

In der Dorfhalle in Oberhörgern treffen sich Faschos der NPD-Landesverbände Hessen, Rheinlandpfalz und Saarland am 17.06.88 zu einem "Aufmarsch". Es nehmen daran ca 80 NDP-Mitglieder teil. Als Saalschutz werden Skins und rechte Psychs postiert. Diese Veranstaltung wird von einer Gegenkundgebung begleitet. Dabei gibt sich ein JN-Mitglied als taz-Reporter aus, stellt Fragen und fotografiert.

- Frankfurt

Im Rahmen der Fußball-EM provozieren Skins und Hooligans vor und nach dem Spiel England gegen UdSSR mehrere Schlägereien mit englischen Fußballfans.

- Juli/August 1988

- Hofheim/Ts.

Auf dem Hessentag Anfang Juli in Hofheim sammeln sich am Schlußwochenende ca 150 Skins aus dem Rhein-Main-Gebiet, Mannheim und anderen Städten zum "Tag des deutschen Bieres". Sie belästigen und verprügeln Passanten, überfallen einen Kebab-Imbiß und liefern sich anschließend schwere Schlägereien mit den Bullen. Mehrere von ihnen werden festgenommen. Schon zu Beginn des Hessentages kam es zu Zwischenfällen mit Nazi-Skins.

- Frankfurt

Die Republikaner wollen eine Veranstaltung im Haus Dornmbusch abhalten, um über den Bundesparteitag in Schloß Hambach zu informieren. AntifaschistInnen können die Veranstaltung verhindern.

Die NPD kann mehrfach ungestört Infostände in Bornheim aufstellen. Eine Infostand in Bockenheim wird kurzerhand platt gemacht. Die Polizei nimmt danach im Umkreis des Tatorts willkürlich fünf Personen fest und will diese dem Haftrichter vorführen. Bald haben sich 150 BürgerInnen um den zertrümmerten Stand versammelt, protestieren gegen die NPD und die Bulleneinsätze und zeigen Sympathie mit den Verhafteten. Die NPD muß mit Polizeischutz aus Bockenheim gebracht werden.

- Wölfersheim

In dieser NPD-Hochburg (ca 15%) trifft sich am 30.07.88 die DVU/Liste D, um die Weichen für den Kommunalwahlkampf zu stellen. 150 Faschisten nehmen daran teil.

- Hanau

Zwei Neonazis überfallen in der späten Nacht einen Punk und schlagen ihn zusammen. Danach gießen sie Spiritus über seine Jacke und zünden diese an.

Natürlich sind die Aktivitäten von Kühnen und Co nicht auf das Rhein-Main-Gebiet beschränkt. So ist die Gruppe um Kühnen verantwortlich für den FAP-Aufmarsch Mitte Mai bei einer Festwoche in München. 27 Neonazis, auch Kühnen, werden festgenommen.

Auch die versuchte FAP-Demo in Rheinhausen am 1. Mai 1988 entstammt Kühnens Plan. Dies sollte der erste Auftritt der neugegründeten Nazigewerkschaft sein. Als es den Faschos ratsam schien, nicht nach Rheinhausen zu gehen, wichen sie in eine Gaststätte in Bottrop aus.

Auch in Stuttgart war Kühnen aktiv als er mit ca dreißig Gleichgesinnten in die Szenekneipe "Röhre" ging, um provokativ dort ein Bier zu trinken.

Letzte größere Aktion des "Kühnenflügels" war das "Bereichstreffen Mitte" in Eschwege (östlich von Kassel) am 30.07.88.

Einschätzung zum Kommunalwahlkampf

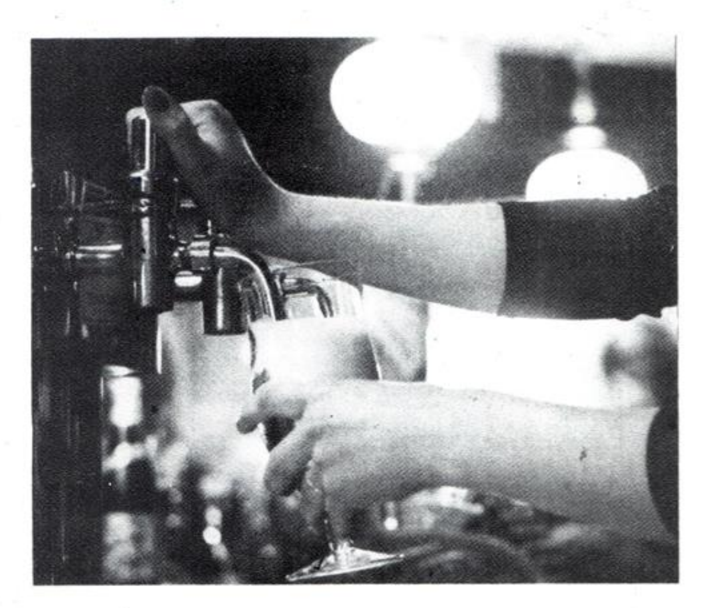
März 1989 finden in Hessen Kommunalwahlen statt. Wir erwarten einen offensiven Wahlkampf zumindest von seiten der NPD/Liste D mit öffentlichen Aufmärschen und Aktionen. NPD/Liste D hat ihren Wahlkampfauftakt bereits festgelegt auf den 15. Oktober 1988 in Frankfurt, wo eine Großdemonstration geplant ist. Von der FAP ist bisher nichts bekannt. Der Parteitag am 30.07.88 in Kassel war nach Aussage von Kühnen der Auftakt zum hessischen Wahlkampf. "Weitere Veranstaltungen in Langen undj Frankfurt werden folgen" (Kühnen).

Wir denken, die FAP wird sich nicht so dumm anstellen wie die NPD, die mit sechs oder sieben Trotteln in Bockenheim auf der Leipziger Straße Infostände aufbaut und mit ihrer braunen Show zum Abräumen förmlich einlädt.

Genau so wie Kühnen "seine" Leute für Ffm und Langen mobilisiert, müssen wir möglichst zahlreich, entschlossen und geschlossen gegen FAP-Auftritte vorgehen. Der antifaschistische Widerstand in Frankfurt muß aber besser koordiniert werden, damit wir dem Nazi-Wahlkampf wirksam entgegentreten können.

In den nächsten Monaten werden einige Prozesse gegen AntifaschistInnen stattfinden. Auf die genauen Termine werden wir zur gegebenen Zeit hinweisen.

Lassen Sie einfach alles hinter sich.



Im nächsten Jahr wird es noch schlimmer